

NACHHALTIG GUT



GESCHÄFTS- BERICHT 2020

Verantwortung für die Menschen in der Region und nachhaltige Lösungen für kommende Generationen. Stark für Energie und Mobilität der Zukunft!

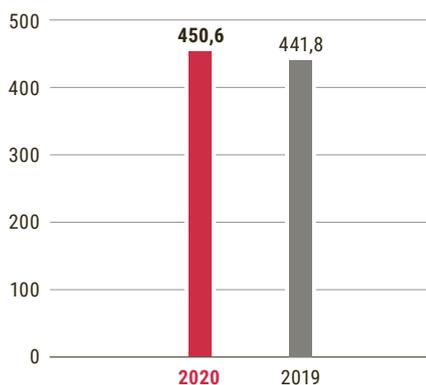
WVV

DIE WVV IM ÜBERBLICK

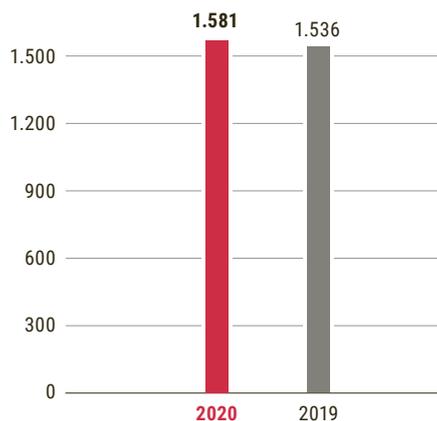
		2020	2019
Bilanzsumme	Mio. EUR	468,9	445,6
Investitionen	Mio. EUR	59,1	70,3
Eigenkapital	Mio. EUR	92,4	92,0
Anlagevermögen	Mio. EUR	357,4	334,9
Umsatzerlöse	Mio. EUR	450,6	441,8
Personalaufwand	Mio. EUR	100,1	98,7
Konzessionsabgaben	Mio. EUR	10,6	10,8
Konzernjahresüberschuss	Mio. EUR	3,0	2,5
Fernwärmeverkauf	Mio. kWh	274,4	287,8
Stromverkauf	Mio. kWh	778,9	733,8
Erdgasverkauf	Mio. kWh	1.850,7	1.983,9
Trinkwasserverkauf	Mio. m ³	9,1	9,1
Fahrgäste Nahverkehr	Mio.	29,82	*32,46
Güterumschlag	Tonnen in 1.000	1.149,0	1.166,1
Stadtverkehr	Kurzparker in 1.000	1.786,6	2.590,8
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt		1.581	1.536

* Vorjahreszahl wurde angepasst

Konzernumsatz (in Mio. EUR)



Mitarbeiterentwicklung WVV-Konzern



WVV BETEILIGUNGEN

Organobergesellschaft

WÜRZBURGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRS-GMBH (WVV)

Anteilseigner: Stadt Würzburg 100 %

Tochtergesellschaften

Stadtwerke Würzburg AG

Anteilseigner: WVV 56,82 %, Stadt Würzburg 20,45 %, Thüga AG 22,73 %

Mainfranken Netze GmbH

Anteilseigner: Stadtwerke Würzburg AG 100 %

Heizkraftwerk Würzburg GmbH; beteiligt an Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG 1,04 %

Anteilseigner: Stadtwerke Würzburg AG 59,03 %, Thüga AG 24,91 %, WVV 16,06 %

Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH

Anteilseigner: WVV 100 %

Wassergewinnung Würzburg-Estenfeld GmbH

Anteilseigner: Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH 80 %, Gemeinde Estenfeld 20 %

Würzburger Straßenbahn GmbH

Anteilseigner: WVV 74 %, Stadt Würzburg 26 %

NVG Omnibus-Betriebs-GmbH

Anteilseigner: Würzburger Straßenbahn GmbH 88 %, Gerhard Wagner 12 %

Verkehrsunternehmens-Verbund Mainfranken GmbH

Anteilseigner: Würzburger Straßenbahn GmbH 33,91 %, NVG Omnibus-Betriebs-GmbH 10,17 %

Würzburger Hafen GmbH

Anteilseigner: WVV 74 %, Stadt Würzburg 26 %

Würzburger Stadtverkehrs-GmbH

Anteilseigner: WVV 66,67 %, Sparkassenstiftung für die Stadt Würzburg 33,33 %

Würzburger Bäder GmbH

Anteilseigner: WVV 100 %

Genusswunder Würzburg GmbH

Anteilseigner: WVV 100 %

Weitere Beteiligungen der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH:

WVV Wirtschaftsstandort Würzburg Immobilien-Management GmbH 100 %;

beteiligt an Immobilien-Management GmbH – Gebäudeservice Würzburg 100 %

Kompostwerk Würzburg GmbH 100 %

Würzburger Recycling GmbH 50,49 %; beteiligt an Rhön-Saale Umweltdienste GmbH 30,83 %

Stadtwerke Merseburg GmbH 9 %

Stadtwerke Zittau GmbH 5,4 %

Würzburg AG 5 %

05	Unser Profil	08	Konzernlagebericht	79	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
06	Vorwort der Geschäftsführung	50	Konzernabschluss	82	5-Jahresvergleich des WVV-Konzerns
		56	Konzernanhang		
		78	Bericht des Aufsichtsrats		

UNSER PROFIL

Die Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (WVV) ist der zentrale Infrastrukturdienstleister der Region. Eigentümerin ist zu 100 Prozent die Stadt Würzburg. Die WVV gehört also den Würzburger Bürgern. Mit zukunftsorientierten Infrastrukturmaßnahmen trägt der Konzern wesentlich zur Erhaltung und Steigerung der Lebensqualität in Würzburg bei.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Reduzierung des klimawirksamen Gases Kohlendioxid (CO₂) gewidmet. Seit Jahren ist der WVV-Konzern auf dem Gebiet der umweltschonenden, hocheffizienten Energieerzeugung und des rationellen Energieeinsatzes aktiv. Der WVV-Konzern ist mit seinen Dienstleistungen erster Ansprechpartner in der Region. Kontinuierlich baut die WVV marktfähige Leistungen auf und aus. Als attraktiver Arbeitgeber schafft die WVV ein motivierendes Arbeitsklima und entwickelt die Mitarbeiter kontinuierlich anforderungsgerecht weiter.

Als Energiedienstleister ist das WVV Tochterunternehmen Stadtwerke Würzburg AG (STW) der umweltbewusste Energielieferant für Kunden und Marktpartner. Die STW beliefern deutschlandweit über 102.000 Kunden mit Strom – zuverlässig und in hoher Qualität. In der Region Würzburg versorgen die STW die Kunden mit Strom, Erdgas, Fernwärme und Trinkwasser. Der Würzburger Strom wird zu 77 % im Würzburger Heizkraftwerk (HKW) in effizienter Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt.

Unsere Fernwärme, die aus der Kraft-Wärme-Kopplung gewonnen wird, ist eine vorbildliche Energienutzung, die einen umwelt- und ressourcenschonenden Beitrag leistet. 26 % des gesamten Heizbedarfs in Würzburg werden mit schadstoffarmer Fernwärme abgedeckt. Mit der Wärme, die in das Heiznetz eingespeist wird, werden Wohnungen, Büros und Gewerbebetriebe in der Stadt versorgt.

Als Mobilitätsdienstleister steht die WVV für eine umweltschonende Beförderung der Menschen in Stadt und Region mit Straßenbahn und Bus. Investitionen in das Streckennetz und den Wagenpark gewährleisten einen schnellen und zuverlässigen Betrieb sowie ein hohes Maß an Komfort für die Fahrgäste. Mit der umweltfreundlichen

Straßenbahn, die mit Ökostrom betrieben wird, leistet die WVV einen herausragenden Beitrag zur Vermeidung von CO₂-Emissionen in Würzburg.

Für den Individualverkehr in Würzburg stellt die WVV zudem mit 18 Parkgaragen und Parkplätzen rund 5.000 Stellplätze zur Verfügung. Ein Parkplatzleitsystem sowie eine Parken-App sollen den Parkplatzsuchverkehr so umweltverträglich wie möglich gestalten und den Schadstoffausstoß durch PKW verringern.

Auch in der Wertstoffaufbereitung ist die WVV aktiv. Sie betreibt ein modernes Kompostwerk und erzeugt dort den wertvollen Bodenverbesserer Kompost und viele Spezialerden. In einer Recyclinganlage werden Abfälle getrennt und sortiert und anschließend der Weiterverwertung zugeführt.

Die WVV kümmert sich um die Menschen in der Region – auch in deren Freizeit. Die Würzburger Bäder sorgen für ein entspanntes Freizeitvergnügen. Die Mitarbeiter stehen als kompetentes und freundliches Service-Personal in den Würzburger Bädern, den Saunen sowie der Eisbahn bereit. Hier dreht sich alles um das Wohlergehen der Gäste.

NACHHALTIG GUT. STARK FÜR ENERGIE UND MOBILIÄT DER ZUKUNFT.



Das einschneidendste Erlebnis für uns alle war 2020 die weltweite Corona-Pandemie. Welche Auswirkungen hat sie für die WVV?

Thomas Schäfer: Zunächst einmal bin ich sehr froh darüber, dass die Pandemie bisher keine gravierenden Auswirkungen auf die Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im WVV-Konzern hatte. Bislang konnten wir im Unternehmen die Infektionen gut im Griff halten und mussten keine ernsthaften Erkrankungen verzeichnen. Die wirtschaftliche Situation dagegen zeigt sich in einzel-

nen Gesellschaften des Konzerns deutlich angespannter. Einige Bereiche waren in hohem Ausmaß betroffen. Dazu gehört die WBG, die durch die staatlich angeordnete Schließung der Bäder hohe Verluste einfahren musste. Ebenfalls betroffen waren die Stadtwerke durch den allgemeinen Rückgang der Stromabgabe und der Netznutzung während des Lockdowns Mitte März bis Mitte April 2020 und des erneuten Lockdowns ab Herbst 2020. Wir haben einen dramatischen Rückgang der Fahrgäste im ÖPNV erlebt, ebenso ging die Zahl der Kurzzeitparker in unseren Parkhäusern deutschlandweit auf ein Minimum zurück. Dazu kam der Ausfall von Anlegungen der Kabinenschiffahrt in den Würzburger Häfen. Glücklicherweise konnten die staatlichen und städtischen Hilfen, z.B. aus dem ÖPNV-Rettungsschirm für die WSB oder auch die November- und Dezember-Hilfen für WBG, GWW und SVG, ein allzu negatives Jahresergebnis des Konzerns abfedern. Direkt betroffen waren aber natürlich viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Konzerns. So mussten wir uns erstmals in der Geschichte der WVV mit dem Thema Kurzarbeit in einigen Gesellschaften auseinandersetzen. Auch neue Arbeitsmodelle und digitale Lösungen mussten von heute auf morgen geschaffen werden. Dennoch war es für uns zu jeder Zeit selbstverständlich, dass wir unsere Aufgaben weiterhin erfüllen und den Menschen in unserer Region für unsere Leistungen der Daseinsvorsorge Sicherheit geben. Mein Dank gilt hier allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dies in dieser Zeit mitgetragen haben und noch mittragen.

Flexibilität – besonders im Hinblick auf neue Arbeitsmodelle und Digitalisierung – war 2020 ein wichtiges Stichwort. Was bleibt? Was hat sich bewährt?

Thomas Schäfer: Innerhalb kürzester Zeit konnte durch die Bereitstellung von benötigter Hardware (Forti Clients) und digitalen Zugängen (VPN-Anschlüsse) bereits während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 ein Großteil der Bürotätigkeiten aus dem Homeoffice erbracht werden, um damit die Ansteckungsgefahr für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu minimieren. Schon damals trat die Eintei-

lung in einen wechselnden Schichtbetrieb aus Anwesenheit im Unternehmen und mobilem Arbeiten in Kraft, damit in den Abteilungen immer nur ca. 50 % der Angestellten vor Ort waren. Diese Regelung hat sich auch dann bewährt, als die Corona-Zahlen Mitte September wieder in die Höhe schnellten. Anwesenheit in Präsenz wurde auf ein Minimum heruntergefahren, die Kommunikation erfolgte hauptsächlich per Telefon, E-Mail oder Microsoft-Teams. Um Homeoffice und neue pandemiebedingte Herausforderungen, wie z.B. Homeschooling, in Einklang zu bringen, wurden für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neue bzw. erweiterte Arbeitszeitmodelle geschaffen. So wurden beispielsweise die Kernarbeitszeiten erweitert, mit einer WVV-internen Personal-App können die Zeiten für das mobile Arbeiten im Homeoffice außerdem digital und unkompliziert erfasst werden.

Konzepte und flexible Angebote wie mobiles Arbeiten und Homeoffice sind für einen modernen Arbeitgeber heute unabdingbar. Schon in den letzten Jahren hat sich auch unabhängig von der Corona-Pandemie bei der WVV in dieser Hinsicht viel getan. Auch in Zukunft sind Maßnahmen im Bereich „New Work“ geplant, um den Kulturwandel anzugehen und vernetztes Arbeiten weiter aktiv voranzutreiben.

Das Geschäftsleben geht weiter, auch während der Pandemie. Welche aktuellen Projekte sind für Sie besonders hervorzuheben? Welche Investitionen stehen im Fokus?

Thomas Schäfer: Investiert wurden im WVV-Konzern im Geschäftsjahr 2020 59,1 Millionen Euro. Dabei war die Modernisierung des Heizkraftwerks an der Friedensbrücke auch in diesem Jahr eines unserer Kernprojekte. Der 45 Meter hohe Wärmespeicher mit einem Durchmesser von 10 Metern ist bereits integriert, ebenso die neue Gasturbine. Mit der Modernisierung des HKW investiert die WVV in einen weiteren Meilenstein zur Reduzierung von CO₂-Emissionen und damit zum Klimaschutz in Würzburg.

Auch in die Mobilität der Zukunft wurde im Geschäftsjahr 2020 weiterhin investiert. Neben der geplanten Erweiterung des Straßenbahnschienennetzes in Richtung Grombühl/Unikliniken sowie in Richtung Frauenland/Hubland lag der Schwerpunkt vor allem auf der Neuanschaffung von je sieben Gelenk- und Solobussen der Euro-6-Norm sowie zwei Elektrobussen, deren „Jungfernfahrt“ im Juli 2020 stattfand.

Auch in Strom-, Erdgas-, Fernwärme- und Trinkwasserversorgung sowie in Straßenbeleuchtung, Fernmeldekabel und LWL-Netze wurde 2020 anteilmäßig investiert. Die pandemiebedingte „Zwangspause“, die unseren Bädern auferlegt wurde, nutzten wir beispielsweise für die Investition in die Außenanlagen und den Parkplatz für das neue Nautiland.

2020 hat sich die WVV mit einer neuen Nachhaltigkeitskampagne als besonders umweltaffines Unternehmen positioniert. Wie ist die Resonanz? Und wie geht es weiter?

Thomas Schäfer: Der Klimaschutz darf auch in Pandemiezeiten nicht Halt machen. Die neue Kampagne, die nachhaltige Projekte und Maßnahmen im WVV-Konzern aufmerksamkeitsstark und positiv „nach draußen“ kommuniziert und auf den Punkt bringt, wird nach dem erfolgreichen Start 2020 weiter fortgeführt. Der grüne Sessel, der zusammen mit dem Motto „Nachhaltig gut“ im Mittelpunkt der Kampagne steht, hat sich als Symbol für unsere nachhaltigen Produkte und Projekte etabliert. Aufbauend auf die Kampagne haben wir den WVV-Umweltpreis ins Leben gerufen, der sich aktuell reger Beteiligung erfreut und dessen Sieger die Würzburger Bürgerinnen und Bürger selbst küren dürfen. Großen Anteil hat die WVV auch an der Umsetzung des Umweltorientierten Verkehrsmanagements (UVM) der Stadt Würzburg und der Umsetzung der Sauber-Mobil-Strategie. Wir werden das Nachhaltigkeitsmanagement im Konzern stetig ausbauen und einen regelmäßig erscheinenden Nachhaltigkeitsbericht im Konzern etablieren.

Insgesamt gilt für den WVV-Konzern auch zukünftig, dass wir uns als regional verwurzeltes Unternehmen und als einer der größten Arbeitgeber in der Region der besonderen Verantwortung stellen, die wir für die Menschen, speziell auch für die nachfolgenden Generationen, haben. Deshalb setzen wir weiterhin auf die Straßenbahn als CO₂-freies Transportmittel, auf die Erzeugung von Energie und Wärme durch effiziente Kraft-Wärme-Kopplung im Würzburger Heizkraftwerk, auf unsere Ökostrom-Angebote, den Ausbau der Infrastruktur für Elektromobil-Ladestationen sowie auf unsere Trinkwasserschutzgebiete, in denen wir lebendigen Artenschutz betreiben.



Thomas Schäfer, Geschäftsführer

KONZERNLAGEBERICHT

für das Geschäftsjahr 2020 der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Würzburg

A. Geschäftsentwicklung

A.1. Rahmenbedingungen

Die WVV als Konzernobergesellschaft erfüllt insbesondere die Aufgaben einer geschäftsleitenden Holding für die einzelnen Konzerngesellschaften. Gegenstand des Unternehmens sind einerseits der Erwerb, die Errichtung oder die Beteiligung an Unternehmen aus den Bereichen der Energie- und Trinkwasserversorgung, des Nahverkehrs, der Parkraumbewirtschaftung, der Abfallbehandlung, sowie dem Betrieb der Häfen und Bäder. Andererseits führt die WVV für die Tochtergesellschaften und für Dritte die gesamten zentralen Tätigkeiten durch. Der bei der WVV anfallende Aufwand wird an die Konzerngesellschaften weiterverrechnet.

Die WVV hält als Konzernobergesellschaft des WVV-Konzerns Mehrheitsbeteiligungen an der Stadtwerke Würzburg AG (STW 56,8 %), der Würzburger Straßenbahn GmbH (WSB 74 %), der Würzburger Hafen GmbH (WHG 74 %), der Würzburger Stadtverkehrs-GmbH (SVG 66,7 %) und an der Würzburger Recycling GmbH (WRG 50,5 %). Bei der Kompostwerk Würzburg GmbH (KWG), der Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH (TWV), der WVV-Wirtschaftsstandort Würzburg Immobilien-Management GmbH (IMG). Bei der Würzburger Bäder-GmbH (WBG) und seit 2019 bei der Genusswunder Würzburg GmbH (GWW) ist die WVV alleinige Gesellschafterin.

Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge bestehen mit der STW, WSB, WHG, SVG und TWV. Mit der WBG besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Weiterhin hält die WVV 16,1 % der Geschäftsanteile der Heizkraftwerk Würzburg GmbH (HKW). Des Weiteren ist die WVV mit 9 % an der Stadtwerke Merseburg GmbH, mit 5,4 % an der Stadtwerke Zittau GmbH und mit 5 % an der Würzburg AG beteiligt.

Alleinige Gesellschafterin der WVV ist die Stadt Würzburg.

B. Wirtschaftsbericht

B.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Eurozone wurde durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen im ersten Halbjahr in eine tiefe Rezession gestürzt, die Industrie- und Dienstleistungssektoren gleichermaßen erfasste. Der Rückgang fiel jedoch in den einzelnen Mitgliedsstaaten recht unterschiedlich aus und wurde nicht nur von der Intensität des Infektionsgeschehens bestimmt, sondern auch von der Abhängigkeit von Wirtschaftsbereichen wie Tourismus und Gastgewerbe, die in der Krise besonders stark betroffen waren. Mit der Lockerung der Beschränkungen nahm auch in Europa die wirtschaftliche Aktivität über den Sommer wieder deutlich zu, wurde aber durch neuerliche Einschränkungen im Zuge einer ausgeprägten zweiten Infektionswelle ab dem Herbst erneut getroffen und verzeichnete im Gesamtjahr ein Minus von rund 7,0 %. Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt konnten durch Instrumente wie Kurzarbeit und andere Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung zumindest abgemildert werden. Die deutsche Wirtschaft schrumpfte in diesem Umfeld um geschätzte 5,0 %.

B.1.1. Branchensituation

Bei den aktuellen Zahlen handelt es sich um vorläufige Werte. Entsprechend wurden die im Vorjahr gemeldeten Daten ggf. auf die tatsächlichen Werte aktualisiert.

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2020 insbesondere aufgrund höherer Temperaturen, einer in 2020 geschrumpften Weltwirtschaft vor allem in Folge der ökonomischen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie sowie eines geringen Bevölkerungswachstums um 8,0 % (Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen) im Vergleich zu 2019 zurückgegangen.

Die Stromerzeugung der einzelnen Energieträger entwickelte sich uneinheitlich. Es wurde in 2020 mehr Strom aus erneuerbaren Energien sowie aus Erdgas gewonnen als im Vorjahr. Die Stromerzeugung der Kohlekraftwerke

PRIMÄRENERGIEVERBRAUCH IN DEUTSCHLAND

Energieträger	Mio. t SKE (Steinkohleeinheiten)			Anteile in %	
	2020	2019	Veränderung	2020	2019
Mineralöl	135,6	153,9	-18,4	33,7	35,2
Erdgas	107,0	109,7	-2,7	26,6	25,1
Steinkohle	30,8	37,0	-6,1	7,7	8,5
Braunkohle	32,6	39,7	-7,1	8,1	9,1
Kernenergie	24,0	27,9	-4,0	6,0	6,4
Erneuerbare Energien	66,9	65,0	1,9	16,6	14,9
Stromaustauschsaldo	-2,5	-4,0	1,6	-0,6	-0,9
Sonstige	7,6	7,8	-0,1	1,9	1,8
Summe	402,1	436,9	-34,8	100,0	100,0

Alle Angaben sind vorläufig, Abweichungen in den Summen durch Rundungen.
Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.

BRUTTOSTROMERZEUGUNG IN DEUTSCHLAND

Energieträger	Mrd. kWh			Anteile in %	
	2020	2019	Veränderung	2020	2019
Braunkohle	91,9	114,0	-22,1	16,1	18,7
Kernenergie	43,2	57,5	-14,3	7,5	9,4
Steinkohle	64,4	75,1	-10,7	11,3	12,3
Erdgas	91,9	90,0	1,9	16,1	14,8
Mineralöl	4,3	4,8	-0,5	0,8	0,8
Erneuerbare Energien	251,0	242,4	8,6	43,9	39,8
Sonstige	25,5	25,7	-0,2	4,5	4,2
Bruttostromerzeugung einschl. Einspeisung insgesamt	572,2	609,4	-37,2	100,0	100,0

Alle Angaben sind vorläufig, Abweichungen in den Summen durch Rundungen.
Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.

hingegen war stark rückläufig. Der Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland sank ebenfalls.

Der Erdgasverbrauch in Deutschland nahm 2020 um voraussichtlich rd. 2,4 % auf 965 Mrd. kWh ab. Dieser Rückgang ergibt sich im Wesentlichen aus einem gesunkenen Erdgasverbrauch der Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen u.a. aufgrund von Schließungen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie. Im Gegenzug ist der Absatz bei den privaten Haushalten gestiegen. Die Nachfrage der Industrie nach Erdgas war hingegen erkennbar rückläufig. Der Einsatz von Erdgas als Brennstoff in den Kraft- und Heizkraftwerken der Stromversorgung nahm 2020 zu. Für die Wärmeerzeugung bei den Fernwärmeversorgern wurde ebenfalls mehr Erdgas eingesetzt.

Ein wichtiger Kostenfaktor der Stromproduktion aus fossilen Brennstoffen ist die Beschaffung von CO₂ Emissionsrechten. Zum Jahresbeginn 2019 ist der Preis für Emissionszertifikate angestiegen und bewegte sich zwischen 20 und 26 Euro je Tonne CO₂. Dieses vergleichsweise hohe Niveau hat der CO₂-Preis unter Schwankungen bis Ende

2019 beibehalten (den Höchststand 2019 erreichte der CO₂-Preis mit mehr als 28 Euro je Tonne CO₂ im Juli des Jahres). Das Jahr 2020 war zunächst geprägt durch einen kräftigen Rückgang des CO₂-Preises, der in den Monaten März, April und Mai auch unter dem Eindruck der konjunkturellen Auswirkungen der Maßnahmen zur Einschränkung der Covid-19-Pandemie auf Werte um 20 Euro je Tonne gesunken ist. Seit Juni 2020 ziehen die Preise für Emissionsrechte wieder an; sie erreichten im Dezember 2020 mit 31 Euro je Tonne einen Höchststand.

Parallel zu den Erdgasimportpreisen sank das Preisniveau für Erdgas an der Börse, allerdings reduzierte sich der Großhandelspreis nur um etwa 2,1 % und die Abgabepreise an Kraftwerke gingen um 19,2 % zurück. Für große industrielle Abnehmer (Jahresabgabe größer 500 GWh) reduzierten sich die Preise aufgrund der kurzfristigeren Beschaffung um mehr als 23 % gegenüber dem Vorjahr, für kleine industrielle Gasverbraucher (Abgabe 11,63 GWh/a) waren es rund 10 % weniger. Aufgrund frühzeitiger Beschaffung steigen die Gaspreise für die Bereiche Gewerbe, Handel, Dienstleistungen sowie für Haushalte um rund 1,9 %. Für die Privaten Haushalte war 2020 im Vergleich zum Vorjahr im Durchschnitt eine Preiserhöhung von etwa 1,6 % zu beobachten.

Die Strompreise für Industriekunden nahmen, vor allem bedingt durch die Verringerung der Kosten für Beschaffung, Vertrieb und Netznutzung um etwa 10 %, insgesamt um rund 3,6 % ab. Demgegenüber erhöhten sich die Belastungen der Industrie durch Steuern, Abgaben und Umlagen im Jahr 2020 um etwa 3,7 %. Die Strompreise für Haushalte stiegen 2020 um 6,3 % an. Grund dafür waren die gestiegenen Beschaffungskosten am Großhandelsmarkt sowie der Anstieg der Netznutzungsentgelte. Der Anteil von Steuern, Abgaben und Umlagen am Strompreis der Haushalte sank 2020 auf 52 % (auch aufgrund der temporären Absenkung der Mehrwertsteuer) gegenüber noch 53 % im Vorjahr. Seit einem Höhepunkt von rd. 54 €/MWh im Dezember 2018 sind die Großhandelspreise unter Schwankungen bis Mai 2020 wieder auf eine Größenordnung knapp unter 37 €/MWh gefallen. Allerdings zeigten sich in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres 2020 wieder deutliche Preissteigerungstendenzen, so dass der Großhandelspreis im Dezember 2020 wieder die Grenze von 44 €/MWh übertraf.

Am 4. November 2020 trat der von Präsident Donald Trump initiierte Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen offiziell in Kraft. Damit war eine der größten Industrienationen und CO₂-Emittenten weltweit nicht mehr Teil des weltweiten Klimadialogs. Kurz nach dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Joseph Biden im Januar 2021 sind die USA jedoch wieder dem Pariser Klimaabkommen beigetreten. Biden hatte bereits im Vorfeld seiner Amtseinführung in Aussicht gestellt, den Kampf gegen den Klimawandel fortzusetzen.

Pandemiebedingt musste die ursprünglich für November 2020 anberaumte UN-Klimakonferenz COP 26 („United Nations Framework Convention on Climate Change, 26th Conference of the Parties“) in Glasgow verschoben werden. Als neuer Termin ist der 1. November 2021 geplant. Ursprünglich sollten in Glasgow auch Gespräche zwischen EU-Vertretern und chinesischen Delegierten stattfinden, mit dem Ziel, die Volksrepublik China näher an das Pariser Klimaabkommen zu bringen. Im September 2020 erklärte Staatspräsident Xi Jinping überraschend, dass China als einer der größten Emittenten von Treibhausgasen CO₂-Neutralität bis zum Jahr 2060 anstrebe. Allein die Ankündigung ist als Fortschritt bei den internationalen Bemühungen zum Klimaschutz zu werten.

Anfang Juni 2020 hat die Bundesregierung ein 130 Mrd. EUR umfassendes Konjunkturpaket für die Jahre 2020 und 2021 beschlossen. Allein 11 Mrd. EUR sind ab dem Jahr 2021 zur Stabilisierung der EEG-Umlage vorgesehen. Die Prämien des Bundes für den Kauf von Elektrofahrzeugen wurden verdoppelt und 2,5 Mrd. EUR sollen zusätzlich in den Ausbau der Ladesäulen-Infrastruktur gehen.

Das bereits Ende des Jahres 2019 von der Bundesregierung beschlossene Klimapakete, das unter anderem eine Bepreisung von CO₂-Emissionen im Gebäude- und Verkehrsbereich vorsah, wurde im November 2020 geändert. Demnach sind im Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) insbesondere höhere Preisplafonds der CO₂-Zertifikate vorgesehen. Der Startpreis wird im Jahr 2021 auf 25 EUR je Tonne CO₂ festgesetzt und soll schrittweise auf ein Niveau von 55 EUR je Tonne im Jahr 2025 ansteigen. Erlöse aus dem BEHG sollen überwiegend zur Reduktion der EEG-Umlage verwendet werden. Unter zusätzlicher Nutzung allgemeiner Haushaltsmittel soll die EEG-Umlage somit im Jahr 2021 auf 6,5 ct/kWh und im Jahr 2022 auf 6,0 ct/kWh begrenzt werden.

Die Europäische Kommission hat im März 2020 den Entwurf eines europäischen Klimaschutzgesetzes vorgelegt. Hierbei geht es um den ersten Legislativvorschlag zur Umsetzung des Green Deal der EU, den Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur obersten Priorität ihrer fünfjährigen Amtszeit erklärt hat. Mit dem Gesetz soll das EU-Ziel bis 2050 klimaneutral zu sein verbindlich festgeschrieben werden. Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten wären dann verpflichtet, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Netto-Treibhausgasemissionen bis zur Mitte des Jahrhunderts auf null gesenkt werden können. Bis 2023 will die Kommission erstmals eine Zwischenbilanz ziehen und erklären, ob die Maßnahmen der EU und der jeweiligen Mitgliedstaaten ausreichend sind. Danach soll es alle fünf Jahre eine solche Standortbestimmung geben.

Mit der Gesetzesinitiative ist außerdem der Weg für eine Anhebung des Emissionsminderungsziels für das Jahr

2030 bereitet worden. Die alte Zielmarke sieht eine Senkung des Treibhausgasausstoßes um 40 % im Vergleich zu 1990 vor, während im Gesetzentwurf vom März 2020 50 bis 55 % erwogen werden. Dies jedoch unter dem Vorbehalt einer umfassenden Folgenabschätzung. Welches Ziel am Ende festgelegt wird, muss nun von Vertretern des Rates und des Parlaments ermittelt werden, in die auch die Kommission eingebunden ist.

Mit dem Klimaschutzgesetz wird der Grundstein für den Green Deal gelegt, der einen weitreichenden Umbau von Industrie, Energieversorgung, Verkehr und Landwirtschaft vorsieht. Dafür will die EU-Kommission zahlreiche Gesetzesinitiativen in Gang bringen und Förderprogramme auflegen. Geplant sind u. a. ein beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien, eine neue Industriestrategie, Importhürden für klimaschädlich produzierte Waren und eine Strategie für sauberen Verkehr. Regionen, die durch diese Maßnahmen besonders belastet werden, sollen mit Mitteln aus einem „Just Transition Fund“ unterstützt werden. Des Weiteren will die EU den europäischen Emissionshandel reformieren. Dabei wird sie wohl die Anzahl der in den Markt gegebenen Zertifikate deutlich senken – in welchem Maße, dürfte davon abhängen, auf welches Emissionsminderungsziel sich Rat und Parlament verständigen.

Das Europäische Parlament und der Ministerrat haben im Juni 2020 die sogenannte Taxonomie Verordnung erlassen, die einen Überblick dafür geben soll, ob Wirtschaftsaktivitäten als nachhaltig einzustufen sind oder nicht. Hierbei müssen bspw. Gesellschaften, die zur nichtfinanziellen Berichterstattung verpflichtet sind, nähere Angaben über die Nachhaltigkeit ihrer Geschäftsaktivitäten machen. Von der erhöhten Transparenz erhofft sich die EU Impulse für Investitionen, die zum Green Deal beitragen. Die Taxonomie-Verordnung ist am 12. Juli 2020 in Kraft getreten. Als zentraler Rechtsakt bedarf sie keiner Umsetzung in nationales Recht. Die Veröffentlichungspflichten gelten ab 2022. Zuvor muss die EU-Kommission allerdings noch die Kriterien konkretisieren, auf deren Basis entschieden werden kann, welche Wirtschaftstätigkeiten die in der Verordnung genannten Nachhaltigkeitsgrundsätze erfüllen.

Im Juli 2020 hat die EU-Kommission Strategiepapier für eine bessere Vernetzung der Sektoren Strom, Wärme, Transport und Industrie (Integration des Energiesystems) und zum Thema Wasserstoff vorgelegt. Darin aufgeführt ist eine Vielzahl von Zielen und Maßnahmen, die im Rahmen des Green Deal einen Beitrag dazu leisten sollen, dass die EU das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 erreicht. In einem integrierten System werden beispielsweise Fahrzeuge mit Strom aus Solarpaneelen angetrieben, Wohnungen mit Fernwärme aus einer Fabrik geheizt und Produktionsanlagen mit Wasserstoff betrieben, der mit Strom aus Offshore-Windanlagen gewonnen wurde. Als zentralen

Ansatzpunkt für die Vernetzung der Sektoren sieht die EU-Kommission die Umstellung des Endenergieverbrauchs auf Strom, also beispielsweise die zunehmende Nutzung von Wärmepumpen und E-Autos. Für die Sektoren, in denen sich eine Elektrifizierung als schwierig erweisen könnte, soll der Einsatz sauberer Brennstoffe, z. B. grünen Wasserstoffs, vorangetrieben werden. Zu diesem Zweck will die Kommission u. a. ein neues Klassifizierungs- und Zertifizierungssystem für CO₂-freie und CO₂-arme Brennstoffe erarbeiten. Daneben plant sie Förderprogramme und umfassende Anpassungen des europäischen Rechtsrahmens.

Im Juni 2020 hat die Bundesregierung ihre Pläne zum Thema Wasserstoff veröffentlicht. In ihrer „Nationalen Wasserstoffstrategie“ bekräftigt sie, dass sie Wasserstofftechnologien als Kernelemente der Energiewende etablieren und die regulatorischen Voraussetzungen für deren Markthochlauf schaffen will. Geplant ist der Aufbau eines starken Heimatmarktes in Deutschland. Schwerpunkt der Strategie ist grüner Wasserstoff, der unter Verwendung von Strom aus erneuerbaren Energien gewonnen wird. Nur diese Variante sei auf Dauer nachhaltig, heißt es in dem Strategiepapier. Weiterhin hat sich die Bundesregierung vorgenommen, Strom, der zur Herstellung von grünem Wasserstoff verwendet wird, im Hinblick auf Steuern, Abgaben und Umlagen zu entlasten. Im Zuge einer Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist dieser Strom bereits von der EEG-Umlage, der Umlage nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) und der Offshore Netzumlage befreit worden.

Im Dezember 2020 haben der Deutsche Bundestag und der Bundesrat eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes verabschiedet, die am 1. Januar 2021 in Kraft getreten ist. Dem Gesetz nach soll spätestens 2050 der gesamte Strom in Deutschland treibhausgasneutral erzeugt werden. Ziel für 2030 ist, dass erneuerbare Energien 65 % des Stromverbrauchs bereitstellen. Um dies sicherzustellen, hat der Gesetzgeber neue Ausbaupfade festgelegt: Die Photovoltaikleistung soll bis 2030 auf 100 GW und die Windkraftkapazität an Land auf 71 GW steigen. Das entspricht einer Erhöhung um etwa 85 % bzw. 30 %. Das Gesetz enthält eine Vielzahl von Regelungen, insbesondere solche, die den Betrieb von Solaranlagen attraktiver machen. Auch für Windkraftanlagen bringt die Novelle Verbesserungen. Um die Stromverbraucher zu entlasten, begrenzt der Gesetzgeber die EEG-Umlage für 2021 und für 2022. Die fehlenden Mittel steuert der Bund aus seinem Haushalt bei. Bereits im November 2020 haben der Bundestag und der Bundesrat zwei weitere Gesetze beschlossen, die den Ausbau der erneuerbaren Energien voranbringen sollen: das Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG) und das Investitionsbeschleunigungsgesetz.

Am 3. Juli 2020 haben der Deutsche Bundestag und der Bundesrat das „Gesetz zur Reduzierung und zur Beendi-

gung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze“ (Kohleausstiegsgesetz) verabschiedet. Das Gesetz basiert auf den Empfehlungen der Regierungskommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vom Januar 2019. Es sieht vor, dass der Einsatz von Kohle zur Stromerzeugung in Deutschland bis 2038 schrittweise auf null reduziert wird. Daneben enthält das Gesetz u. a. Regelungen zur kontinuierlichen Überprüfung der Versorgungssicherheit und zur Einführung eines Anpassungsgeldes für ältere Beschäftigte im Kohlesektor sowie eine Ermächtigungsklausel, die es dem Bund ermöglicht, die Stromverbraucher finanziell zu entlasten, falls der Kohleausstieg zu einem Strompreisanstieg führt. Außerdem hat der Gesetzgeber die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung verlängert und weiterentwickelt. Ziel dabei ist es, die Umrüstung von Kohlekraftwerken auf eine klimafreundlichere Stromerzeugung voranzubringen.

Für Braunkohlekraftwerke gibt es nun einen anlagenscharfen gesetzlichen Abschaltfahrplan. Flankiert wird der Braunkohleausstieg von einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Bund und den Braunkohleförderunternehmen. Der Vertrag enthält eine Vielzahl von Regelungen, die insbesondere die Umsetzung der Stilllegungen und die Entschädigungen betreffen. Den Unternehmen soll damit Vertrauensschutz gewährt werden, während sie sich u. a. dazu verpflichten, keine weiteren Forderungen im Zusammenhang mit dem Braunkohleausstieg geltend zu machen. Nach der Billigung durch den Bundestag ist der Vertrag Anfang 2021 unterzeichnet worden. Jedoch bedürfen die Kompensationen noch der beihilferechtlichen Genehmigung durch die EU.

Auch der Ausstieg aus der Steinkohle ist im neuen Gesetz detailliert geregelt. Wann die einzelnen Kraftwerke vom Netz gehen und wie hoch die Kompensationen für ihre Betreiber sind, wird in Auktionen entschieden. Das Gesetz sieht jährliche Ausschreibungen im Zeitraum von 2020 bis 2027 vor.

Ebenfalls am 3. Juli haben der Deutsche Bundestag und der Bundesrat das „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ beschlossen. Danach wird der Bund den Braunkohlerevieren bis 2038 Finanzhilfen von bis zu 14 Mrd. EUR für besonders bedeutsame Investitionen gewähren. Ergänzend will der Bund die Regionen durch eigene Maßnahmen unterstützen. Hierfür sind 26 Mrd. EUR eingeplant; die Mittel sollen u. a. für den Ausbau des Schienen- und Straßenverkehrs sowie die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen eingesetzt werden.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat im September 2020 entschieden, dass die 2018 erlassenen Regelungen zur Entschädigung für den deutschen Kernenergieausstieg nicht in Kraft getreten sind. Das BVerfG gab damit einer Beschwerde von Vattenfall statt. Gegenstand des Verfahrens war die 16. Novelle des deutschen Atomgesetzes

(AtG). Darin wurde konkretisiert, wie die Versorger RWE, Vattenfall, E.ON und EnBW für bestimmte finanzielle Nachteile durch den beschleunigten Kernenergieausstieg entschädigt werden sollten. Der Ausstieg war 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima gesetzlich verankert worden. Dabei handelte es sich bereits um das zweite Ausstiegsgesetz nach 2000. Im Jahr 2010 hatte der Bund die Laufzeiten für Kernkraftwerke wieder verlängert. Nach der Reaktorkatastrophe machte er die Verlängerung rückgängig und verschärfte die Ausstiegskonditionen. Im Dezember 2016 urteilte das BVerfG, dass die Kraftwerksbetreiber für bestimmte Einbußen aus dem zweiten Atomausstieg entschädigt werden müssen, und gab dem Bund

auf, bis Mitte 2018 entsprechende gesetzliche Regelungen zu treffen. Mit der 16. AtG-Novelle von 2018 wollte der Bund diese Vorgaben umsetzen. Laut der jüngsten BVerfG-Entscheidung ist die Novelle jedoch wegen formaler Fehler nie in Kraft getreten. Zudem stellt das BVerfG die Verfassungswidrigkeit einzelner Regelungen fest, die den Ausgleich für nicht nutzbare Erzeugungskontingente betreffen und sich nachteilig für die betroffenen Unternehmen auswirken können. Nach der höchstrichterlichen Entscheidung ist der Gesetzgeber nun in der Pflicht, die Entschädigungsregelungen zu überarbeiten. Anfang 2021 hat die Bundesregierung dazu Gespräche mit den Kernkraftwerksbetreibern aufgenommen..

Erklärung zur Unternehmensführung

Das Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen sieht eine Berichtspflicht über die festgelegten Zielgrößen und Fristen vor.

Neufestlegung der Zielgrößen ab 01.07.2017 bis zum 30.06.2022

Im Rahmen eines schriftlichen Gesellschafterbeschlusses der WVV GmbH vom 08.05.2017 wurden neue Festlegungen für Aufsichtsrat und Geschäftsführung getroffen. Darüber hinaus bestimmte die Geschäftsführung wieder die Zielgrößen für die 2. und 3. Führungsebene.

Grund für die Festlegung von Zielgrößen mit 0 %:
Geschäftsführung: Die Geschäftsführung besteht aktuell aus einer Person.

ZIELGRÖSSEN FRAUENANTEIL	Plan (01.07.2017)
Aufsichtsrat	30 %
Geschäftsführung	0 %
2. Führungsebene	43 %
3. Führungsebene	15 %

A row of large industrial pumps in a water treatment plant. The pumps are yellow and blue, mounted on a concrete base. They are connected to a network of grey pipes and metal structures. The scene is brightly lit, showing the intricate details of the machinery and the clean, industrial environment.

GUT VERSORGT

Wasser ist Leben. Deshalb sind Gewässerschutz und der nachhaltige Umgang mit der Ressource Wasser wichtiger denn je. Mit unseren hochmodernen Anlagen zur Trinkwassergewinnung und -aufbereitung sorgen wir dafür, dass Trinkwasser auch in Zukunft sauber und bezahlbar aus der Leitung kommt.



B.2. Lage

B.2.1. Ertragslage

B.2.1.1. Geschäftsverlauf der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH

Die Stadt Würzburg legt auf Grundlage von Ziff. 26.4 des öffentlichen Dienstleistungsauftrages (ÖDLA) eine Gesellschaftereinlage i. H. von 2.800 TEUR in die WVV ein, handelsrechtlich als Ertrag. Danach stellt die Stadt Würzburg sicher, dass die nach dem ÖDLA zulässigen Ausgleichsleistungen der Würzburger Straßenbahn GmbH (WSB) zur Verfügung stehen. Die Ausgleichsleistungen sind vorrangig von der WVV über den Ergebnisabführungsvertrag zu gewähren. Die Stadt Würzburg kann einen gemäß ÖDLA im Jahr 2022 (n+2) ohnehin zu leistenden Verlustausgleich vorziehen und diesen bereits im Jahr 2020 begleichen. Hiervon macht die Stadt Würzburg Gebrauch.

Die Ergebnisse der Tochtergesellschaften vor Ergebnisabführung/Verlustübernahme, Zuführung zu den Gewinnrücklagen und vor Ausgleichsansprüchen anderer Gesellschafter stellen sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

in TEUR	2020	2019
Stadtwerke Würzburg AG (STW)	9.768	8.464
Würzburger Straßenbahn GmbH (WSB)	-15.813	-16.256
Würzburger Hafen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (WHG)	538	504
Würzburger Stadtverkehrs-GmbH (SVG)	-719	1.029
Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH (TWV)	1.857	1.956
Würzburger Bäder-Gesellschaft mit beschränkter Haftung (WBG)	-4.663	-3.610

B.2.1.2. Geschäftsverlauf wesentlicher Tochterunternehmen

B.2.1.2.1 Stadtwerke Würzburg Aktiengesellschaft (STW)

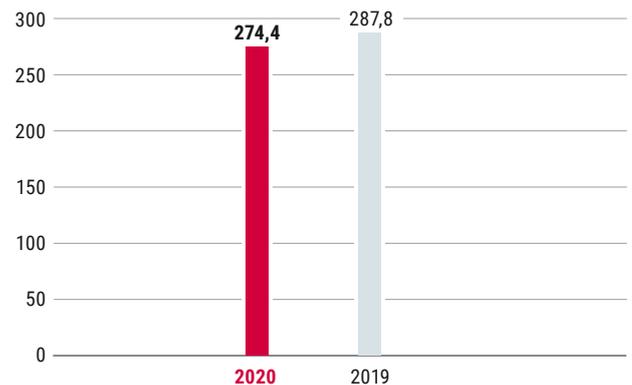
Die Umsatzerlöse in den einzelnen Geschäftsbereichen entwickelten sich wie folgt:

Entwicklung der Fernwärmeversorgung

Der Fernwärmeabsatz ging auf 274,4 Mio. kWh zurück. Die Umsatzerlöse hingegen stiegen auf 18,5 Mio. EUR. Dies resultiert aus einem um 0,43 ct/kWh höheren Durchschnittserlös im Jahr 2020.

	Umsatzerlöse in Mio. EUR		Absatz in Mio. kWh	
	2020	2019	2020	2019
Fernwärmeverkauf	18,5	18,1	274,4	287,8

Fernwärmeabsatz (in Mio. kWh)

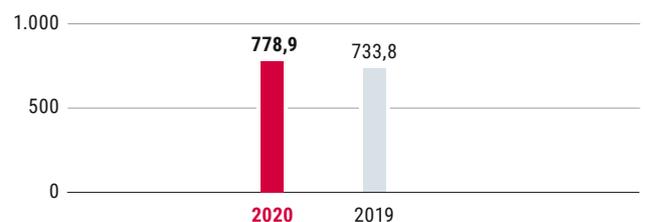


Entwicklung der Elektrizitätsversorgung

Bei den regionalen Kunden mit Standardlastprofilen (SLP) liegt die Abgabe um 9,2 Mio. kWh unter dem Vorjahr. Der Erlös wiederum fällt um 1,6 Mio. EUR höher aus als im Vorjahr.

Bei den Kunden mit registrierter Leistungsmessung (RLM) im regionalen Netz ist ein Anstieg des Absatzes um 4,7 Mio. kWh und der Erlöse um 1,6 Mio. EUR zu verzeichnen.

Stromabsatz (in Mio. kWh)



	Umsatzerlöse in Mio. EUR		Absatz in Mio. kWh	
	2020	2019	2020	2019
eigenes Netz				
Stromverkauf				
SLP-Kunden	62,2	60,6	241,7	250,9
RLM-Kunden	24,3	22,7	144,6	139,9
SUMME EIGENES NETZ	86,5	83,3	386,3	390,8
fremde Netze				
SLP-Kunden	7,1	6,7	34,9	34,8
RLM-Kunden	57,2	47,8	357,7	308,2
SUMME FREMDE NETZE	64,3	54,5	392,6	343,0

Im überregionalen Geschäft wiederum bewirkt ein Absatzanstieg i.H.v. 49,6 Mio. kWh – insbesondere bedingt durch die RLM Kunden – um 9,8 Mio. EUR höhere Erlöse.

Durch Terminmarktgeschäfte (z. B. Eigenerzeugungsvermarktung) und kurzfristige Optimierung (z.B. Spot- und Intradayhandel) sowie durch Mehr-/Mindermengen- und Ausgleichsenergie erzielte die Gesellschaft Erlöse in Höhe von 66,7 Mio. EUR (i. Vj. 68,1 Mio. EUR).

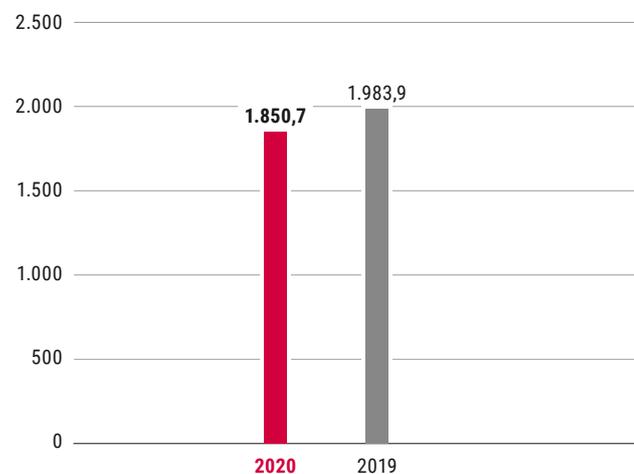
Entwicklung der Erdgasversorgung

Beim Erdgasverkauf im regionalen Netz ergibt sich bei den SLP-Kunden ein Mengenrückgang i.H.v. 30,3 Mio. kWh bei einem Erlösrückgang um 1,3 Mio. EUR.

Die verkaufte Gasmenge im regionalen RLM-Segment stieg um rd. 1,5 Mio. kWh.

Die Lieferungen in fremde Netze haben einen Mengenanstieg i.H.v. 21,1 Mio. kWh zu verzeichnen. Entsprechend sind auch die Erlöse um 0,7 Mio. EUR gestiegen.

Erdgasabsatz (in Mio. kWh)



	Umsatzerlöse in Mio. EUR		Absatz in Mio. kWh	
	2020	2019	2020	2019
eigenes Netz				
Erdgasverkauf				
SLP-Kunden	29,6	30,9	593,5	623,8
RLM-Kunden	3,0	3,0	92,4	90,9
	32,6	33,9	685,9	714,7
Kraftwerksgas	25,9	26,6	1.032,2	1.157,7
SUMME EIGENES NETZ	58,5	60,5	1.718,1	1.872,4
fremde Netze				
SLP-Kunden	2,3	1,8	69,7	54,4
RLM-Kunden	2,1	1,9	62,9	57,1
SUMME FREMDE NETZE	4,4	3,7	132,6	111,5

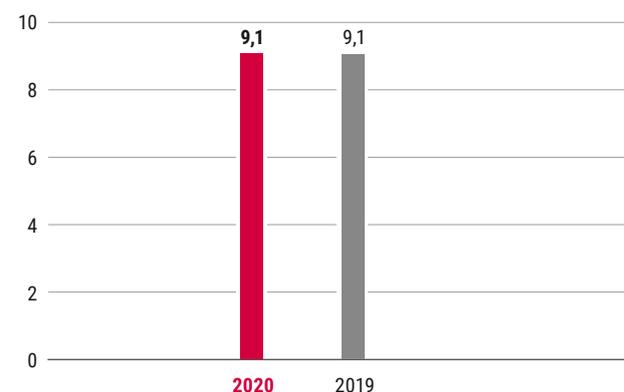
Am Termin- und Spotmarkt wurden 415,6 Mio. kWh (i. Vj. 330,8 Mio. kWh) abgesetzt. Zusammen mit den Mehr- und Mindermengen und der Ausgleichsenergie erzielte die Gesellschaft Erlöse in Höhe von 5,6 Mio. EUR (i. Vj. 5,8 Mio. EUR).

Entwicklung der Wasserversorgung

Der Trinkwasserverkauf befindet sich mit einem Rückgang i.H.v. rd. 69 Tm³ geringfügig unter dem Vorjahr. Dem entsprechend fielen auch die Umsatzerlöse um 0,1 Mio. EUR geringer aus.

	Umsatzerlöse in Mio. EUR		Absatz in Tm ³	
	2020	2019	2020	2019
Wasserverkauf	22,2	22,3	9.063	9.132

Trinkwasserabsatz (in Mio. m³)



Entwicklung im Materialaufwand

Der Materialaufwand stieg im Vergleich zum Vorjahr um rd. 11,1 Mio. EUR. Der Strombezug (Anstieg um rd. 6,2 Mio. EUR) erhöhte sich u.a. aufgrund der gestiegenen Verkaufsmengen an Endkunden insbesondere an RLM Kunden in fremde Netze sowie durch gestiegene Bezugspreise. Hierbei sind besonders die Bezugsaufwendungen aus Terminmarktgeschäften (Fahrplan) mit rd. 2,5 Mio. EUR sowie die EEG-Aufwendungen mit rd. 4,2 Mio. EUR gestiegen. Gegenläufig sind die Bezugsaufwendungen gegenüber dem Kraftwerk mengenbedingt um rd. 0,7 Mio. EUR zurückgegangen. Die Beschaffungsaufwendungen für Erdgas reduzierten sich um rd. 2,8 Mio. EUR. Davon entfallen auf den Kommunalgasbezug rd. 2,6 Mio. EUR und auf den Kraftwerksgasbezug rd. 0,2 Mio. EUR. Der Anstieg der Aufwendungen für Netznutzung i.H.v. 4,8 Mio. EUR teilt sich auf Strom i.H.v. 4,3 Mio. EUR und auf Gas i.H.v. 0,5 Mio. EUR auf. Die Abweichung bei Strom erklärt sich insbesondere aus dem höheren Stromabsatz an RLM Kunden insbesondere in fremde Netze. Der Wärmebezug stieg um rd. 0,5 Mio. EUR an und der Wasserbezug sank um rd. 0,2 Mio. EUR. Des Weiteren ging der Aufwand für die Netzbetriebsführung des Fernwärmenetzes um 0,4 Mio. EUR zurück und erhöhte sich beim Trinkwassernetz um 0,5 Mio. EUR. Die übrigen Positionen nahmen um rd. 2,5 Mio. EUR zu. Dies zeigt sich im Wesentlichen durch gestiegene Fremdleistungen, Materialaufwendungen aus dem lfd. Betrieb sowie Konzernaufwendungen ggü. der MFN.

Entwicklung im Personalbereich

Die Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten ist mit 234 (i. Vj. 178) Mitarbeiter*innen deutlich gestiegen. Dies resultiert im Wesentlichen aus den Teilbetriebsübergängen zum 01.04.2020, bei dem Personal von der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH sowie der Mainfranken Netze GmbH auf die STW übergegangen ist. Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 4,9 Mio. EUR. Der Anstieg resultiert überwiegend aus den Teilbetriebsübergängen. Weiterhin gingen die Rückstellungen für die Strompreis- und Energiepreisermäßigung durch die Kündigung der Betriebsvereinbarung um rd. 209 TEUR zurück, während die Rückstellungen für Alterszeit Rahmenkonzernbetriebsvereinbarung RKBV und TV Flex um 200 TEUR aufgrund des Teilbetriebsübergangs und einer Zuführung stiegen. Damit besteht zum Bilanzstichtag für 11 Mitarbeiter*innen eine Rückstellung in Höhe von rd. 679 TEUR.

Erklärung zur Unternehmensführung

Das Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen sieht eine Berichtspflicht über die festgelegten Zielgrößen und Fristen vor.

Im Rahmen einer Beschlussfassung im Aufsichtsrat der STW AG vom 24.03.2017 wurden neue Festlegungen ab 01.07.2017 bis 30.06.2022 für Aufsichtsrat und Vorstand getroffen. Hierbei betragen die Zielgrößen wieder 25% für den Aufsichtsrat sowie 0% für den Vorstand. Darüber hinaus bestimmte der Vorstand die Zielgrößen für die 2. Führungsebene mit 50% und für die 3. Führungsebene mit 0%.

Begründung für die Festlegung einer Quote von 0 %: Gerade in den technischen Bereichen bewerben sich erfahrungsgemäß vor allem männliche Kandidaten. Um nicht zukünftig in Personalauswahlprozessen die qualifiziertesten Bewerber aufgrund ihres Geschlechts ablehnen zu müssen, wurden die aktuellen Geschlechterverteilungen als Zielgrößen festgelegt. Die Entscheidung für oder gegen Bewerber*innen erfolgt jedoch – wie bisher gehandhabt – unabhängig des Geschlechts ausschließlich aufgrund der Qualifikation.

Ergebnisentwicklung

Aufgrund des Anstiegs der Erlöse und Erträge um 2,4 Mio. EUR und der um 6,8 Mio. EUR höheren Aufwendungen liegt das Betriebsergebnis der Gesellschaft um 4,4 Mio. EUR unter dem Vorjahr (12,5 Mio. EUR; i. Vj. 16,9 Mio. EUR). Das Beteiligungs- und Finanzergebnis stieg u.a. durch niedrigere Zinsaufwendungen (0,9 Mio. EUR; i. Vj. -2,0 Mio. EUR). In diesem Ergebnis ist die Übernahme des Jahresüberschusses der MFN in Höhe von 1,8 Mio. EUR (i. Vj. 0,1 Mio. EUR) enthalten. Nach Abzug der Ertragsteuern ergibt sich ein Überschuss vor Gewinnverwendung von 9,8 Mio. EUR (i. Vj. 8,5 Mio. EUR). An außenstehende Aktionäre werden Ausgleichszahlungen in Höhe von 2,5 Mio. EUR (i. Vj. 2,5 Mio. EUR) geleistet; an die WVV wurden aufgrund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages rd. 7,3 Mio. EUR (i. Vj. 6,0 Mio. EUR) abgeführt.

B.2.1.2.2. Würzburger Straßenbahn GmbH (WSB)

Die Vorjahreszahlen wurden aufgrund der endgültigen Fahreinnahmenaufteilung für das Jahr 2019 bei den Fahreinnahmen und bei den Fahrgästen aktualisiert.

Die Fahrgastzahlen und die Fahreinnahmen haben sich wie folgt entwickelt:

Die Fahrgastzahlen und Fahreinnahmen für 2020 sind vorläufig und werden im Jahr 2021 im Rahmen der endgültigen Fahreinnahmenaufteilung für das Jahr 2020 nochmals angepasst.

Die in Nutzwagenkilometern ausgedrückte Betriebsleistung liegt bei 4,60 Mio. km (i. Vj. 4,73 Mio. km).

Im Berichtsjahr sank die Betriebsleistung im Omnibusbetrieb der WSB gegenüber dem Vorjahr um 743 km auf

in Mio.	2020	2019	Δ	%
Fahrgäste (ohne Schwerbeh.)				
Straßenbahn	19,40	20,81	-1,41	-6,8
Kraftomnibus	10,42	11,65	-1,23	-10,6
Summe	29,82	32,46	-2,64	-8,1

in TEUR

Fahreinnahmen				
Straßenbahn	11.425	13.674	-2.249	-16,4
Kraftomnibus	6.181	7.237	-1.056	-14,6
Summe	17.606	20.911	-3.305	-15,8

* Als Grundlage der Ermittlung der Fahrgäste (früher Beförderungsfälle) dient der Fahrkartenverkauf (statistische Annahme der durchschnittlichen Fahrtenhäufigkeit aufgrund der VDV-Richtlinie)

1.277 km. Die Betriebsleistung der NVG sank um 125.135 km auf 2.973.349 km.

Die Zahl der im Jahresdurchschnitt Beschäftigten erhöhte sich um 1 auf 264 Mitarbeiter. Des Weiteren werden bei der WSB 12 (i. Vj. 8) junge Menschen zur Fachkraft im Fahrbetrieb ausgebildet.

Im Zuge der Altersteilzeit (TV-Flex) unterschrieben 2 Mitarbeiter im Jahr 2020 eine entsprechende Vereinbarung. Die in den Vorjahren gebildete Rückstellung für Altersteilzeit wurde mit 40 TEUR verbraucht, ein Zinsanteil in Höhe von 7 TEUR wurde im Jahr 2020 der Rückstellung zugeführt. Die Rückstellung für Altersteilzeit beträgt zum Jahresende 251 TEUR.

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen basiert auf den aktuellen Heubeck-Richttafeln 2018G sowie einem Rechnungszinssatz von 1,60 % (i. Vj. 1,97 %).

Die Betriebserträge liegen 193 TEUR unter dem Vorjahr. Der Rückgang bei den Erlösen aus Personenbeförderung resultiert wesentlich aus dem Rückgang der Nettofahreinnahmen aufgrund der Corona-Pandemie, der Einführung des 365-Euro-Tickets für Auszubildende und Schüler sowie dem Wegfall des Großwabenzuschlags. Die Tarife wurden zum 01.08.2019 um 2,9 % sowie zum 01.08.2020 um 3,32 % erhöht.

Diese Mindereinnahmen werden in den übrigen Umsatzerlösen als Ausgleichszahlungen für umgesetzte Tarifmaßnahmen (365-Euro-Ticket) zum 01.08.2020 durch die Stadt Würzburg und des Landkreises Würzburg über 882 TEUR sowie durch Erstattungsleistungen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm in Folge der Corona-Pandemie für den Zeitraum März-August mit 1.762 TEUR sowie für den Zeitraum September-Dezember mit 1.580 TEUR, welche im Neutralem Ergebnis abgebildet werden, kompensiert.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist die ÖPNV-Zuweisung der Regierung von Unterfranken mit 1.604 TEUR (i. Vj. 1.629 TEUR) ausgewiesen bzw. sind gegenüber dem Vorjahr wesentlich höhere periodenfremde Erträge sowie Erträge aus Auflösung von Rückstellungen angefallen. Diese Effekte führen zu einem leichten Anstieg bei den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Die Aufwendungen aus dem Anmietverkehr gegenüber der NVG haben sich mit -295 TEUR auf 13.513 TEUR gemindert. Zu begründen ist dies mit deutlich gesunkenen Materialaufwendungen bei der NVG, überwiegend aufgrund der angespannten Corona-Pandemie.

Bei den Material- und Fremdleistungsaufwendungen sowie bei den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe kam es ebenfalls zu niedrigeren Aufwendungen. Grund hierfür sind vor allem Konzernaufwendungen sowie Aufwendungen gegenüber der VVM.

Die Entwicklung beim Personalaufwand resultiert aus der Inanspruchnahme von Kurzarbeit bei gleichzeitiger Aufstockung des Kurzarbeitergeldes gemäß „Covid-19-Tarifvertrag“ sowie des durch die Corona-Pandemie bedingten Überstundenabbaus mit folglich niedrigerer Bewertung von Stundenrückstellungen. Trotz Personalzugängen sowie der Tarifierhöhung ab April mit 1,06 % verringerte sich der Personalaufwand im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr leicht.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im abgelaufenen Geschäftsjahr die Zuführung zu einer Rückstellung auf Grund bestehender Vorbehalte gegen die Einnahmenaufteilung aus dem Semesterticket. Des Weiteren erhöhten sich die Konzernverrechnungen sowie die anderen Dienst- und Fremdleistungen.

Das Finanzergebnis verbesserte sich um 122 TEUR auf -219 TEUR (i. Vj. -341 TEUR). Das Geschäftsjahr enthält Beteiligungserträge aus der Gewinnausschüttung der NVG für das Jahr 2019 in Höhe von 66 TEUR.

Das Jahresergebnis vor Verlustübernahme liegt bei -15.813 TEUR (i. Vj. -16.256 TEUR).

Der Jahresfehlbetrag wird gemäß Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag von der WVV ausgeglichen.

B.2.1.2.3. Mainfranken Netze GmbH (MFN)

Die Gesellschaft vereinnahmte im Geschäftsjahr 2020 Netzentgelte für die Nutzung des Stromnetzes in Höhe von 59.215 TEUR (i. Vj. 56.542 TEUR).

Für die Nutzung des Erdgasnetzes erhielt sie Netzentgelte in Höhe von 23.361 TEUR (i. Vj. 23.003 TEUR).

Im Bereich Strom beliefen sich die Mengen der Netznutzung auf 814,9 Mio. kWh (i. Vj. 860,2 Mio. kWh). Die Mengen im Bereich Gas betragen 2.344,9 Mio. kWh (i. Vj. 2.500,3 Mio. kWh).

Für die Betriebsführung des Fernwärme- und des Trinkwassernetzes erhielt die Gesellschaft 2020 8.070 TEUR (i. Vj. 7.950 TEUR). Für die Betriebsführung der Straßenbeleuchtung, LSA- und Telekommunikations-/Steuernetze wurden seitens der STW anteilig aufgrund des Teilbetriebsüberganges 1.390 TEUR vergütet (i. Vj. 3.150 TEUR).

Die Rückstellung für regulatorische Risiken in Höhe von 2.644 TEUR wurde zum 31.12.2020 vollständig aufgelöst. Im Jahr 2018 erfolgte erstmals die Betrachtung der Rückstellung für regulatorische Risiken anhand der Saldierung der Zu- oder Abschläge aus der Auflösung des Regulierungskontos. Die dort vorhandenen Zuschläge werden saldiert mit den Rückstellungsbedarfen aus der Blindstromvergütung und der Nichtverrechnung von Netzreservekapazität. Die einzelnen saldierten und kumulierten Jahresscheiben ergaben einen Rückstellungsbedarf zum 31.12.2018 in Höhe von 2.870 TEUR. So wurden von der Rückstellung für regulatorische Risiken in 2018 3.493 TEUR und im Jahr 2019 255 TEUR aufgelöst.

Die durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer verringerten sich um 24 auf 221 Mitarbeiter. Der Personalaufwand sank gegenüber dem Vorjahr um 1.832 TEUR. Der Rückgang ist vor allem auf den Teilbetriebsübergang der Bereiche Öffentliche Beleuchtung, Lichtsignalanlagen (LSA) und Telekommunikations-/Steuernetzen zur Stadtwerke Würzburg AG zurückzuführen, der auch das Gros des Personals umfasste. Des Weiteren wurden 30 junge Menschen in der MFN ausgebildet. Die Rückstellung für die Rahmenkonzernbetriebsvereinbarung (RKBV) für Altersteilzeit erhöhte sich um 98 TEUR. Bei den Verpflichtungen nach TV Flex wurden 104 TEUR verbraucht. Damit besteht zum Bilanzstichtag für die Altersteilzeit RKBV für 10 Mitarbeiter eine Rückstellung in Höhe von 684 TEUR, für die Verpflichtungen nach TV Flex für 3 Mitarbeiter 120 TEUR.

Die Aufwendungen für vorgelagerte und vermiedene Entgelte stiegen um 930 TEUR auf 24.090 TEUR (i. Vj. 23.160 TEUR). Aufgrund eines Ausfalls der GUD II ging das HKW im November 2020 zeitweise vom Netz. Der erhöhte Bezug aus dem vorgelagerten Netz führte zu höheren Entgelten und einer Überschreitung der 2.500 Benutzungsstunden-Grenze.

Den Erträgen in Höhe von 145.459 TEUR stehen Aufwendungen von 143.432 TEUR gegenüber. Das Betriebsergebnis beträgt + 2.027 TEUR (i. Vj. -460 TEUR). Die Ergebnisverbesserung erklärt sich aus einer leichten Erhöhung der Erlösbergrenzen Strom und Gas, dem Rückgang von Personal- und Sonstigen betrieblichen Aufwendungen im

Rahmen des Teilbetriebsübergangs und der Auflösung von Rückstellungen.

Nach Berücksichtigung des negativen Finanzergebnisses in Höhe von 60 TEUR und den sonstigen Steuern (142 TEUR) verbleibt ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.825 TEUR (i. Vj. Jahresüberschuss 99 TEUR). Der Jahresüberschuss wird gemäß den Regelungen des Ergebnisabführungsvertrages an die STW abgeführt.

B.2.1.2.4. Heizkraftwerk Würzburg GmbH (HKW)

Die Gesellschaft verkaufte im Geschäftsjahr 336,5 Mio. kWh (i. Vj. 389,5 Mio. kWh) Strom. Die aus dem Stromverkauf erzielten Erlöse betragen einschließlich der vermiedenen Netznutzung im vorgelagerten Netz, der Blindarbeit, der Sekundär- und Primärregelleistung sowie periodenfremder Umsatzerlöse 23,6 Mio. EUR (i. Vj. 30,3 Mio. EUR).

Die Fernwärmeabgabe an die STW sank im Berichtsjahr um 16,9 Mio. kWh auf 260,8 Mio. kWh (i. Vj. 277,7 Mio. kWh). Die Erlöse lagen aufgrund des höheren Verrechnungspreises mit 16,7 Mio. EUR über dem Vorjahreswert (16,5 Mio. EUR).

Die Gesellschaft bezog im Geschäftsjahr 1.032,2 Mio. kWh (i. Vj. 1.157,7 Mio. kWh) Erdgas. Für das Geschäftsjahr bestand mit der STW für jede Anlage ein fester Erdgasbezugsvertrag. Die Bezugskosten einschließlich Netznutzung belaufen sich auf 31,6 Mio. EUR (i. Vj. 33,0 Mio. EUR).

Das Betriebsergebnis liegt um 1.677 TEUR unter dem Vorjahr und beträgt -2.210 TEUR (i. Vj. -533 TEUR). Die Veränderung des Betriebsergebnisses resultiert im Wesentlichen aus niedrigeren Stromerlösen. Demgegenüber stehen vor allem geringere Abschreibungen sowie sonstige Aufwendungen für die Bildung einer Rückstellung im Vorjahr.

Das Finanzergebnis unterschreitet vor allem aufgrund niedrigerer Darlehenszinsen das Vorjahr um 87 TEUR.

Unter Berücksichtigung der Ertragsteuern in Höhe von 14 TEUR (i. Vj. 13 TEUR) weist die Gesellschaft für das Jahr 2020 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.561 TEUR (i. Vj. 972 TEUR) aus.

Es wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.561 TEUR auf neue Rechnung vorzutragen.

B.2.1.2.5. Würzburger Hafen GmbH (WHG)

Der Rückgang der Gesamtmenge der bahn- und schiffsseitig umgeschlagenen Güter in den Würzburger Häfen fiel im Geschäftsjahr 2020 mit 1,5 % auf 1.149.011 t (i. Vj. 1.166.084 t) im Vergleich zum bayerischen Durchschnitt geringer aus. Der Schiffumschlag betrug 277.596 t (i. Vj. 273.256 t). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies

einen Anstieg von 4.340 t bzw. 1,6 %. Über die Hafeneisenbahn wurden im Berichtszeitraum Güter mit einem Gesamtgewicht von 871.415 t (i. Vj. 892.828 t) transportiert. Die Beförderungsmenge sank somit um 21.413 t bzw. 2,4 %. Im Geschäftsjahr hat die WHG insgesamt 100 Anlegungen von Fahrgastkabinenschiffen (i. Vj. 979) an den Würzburger Häfen und den Anlegestellen an der Mainlände zu verzeichnen. Der Grund für den Rückgang bei den Anlegungen der Fahrgastkabinenschiffe war die Corona-Pandemie. Die Reisemöglichkeiten für die Fahrgastkabinenschiffe waren durch die „Covid-19“ Auflagen stark eingeschränkt. Die anlegenden Schiffe waren in 2020 nur mit Gästen aus dem deutschsprachigen Raum belegt. Die Umsatzerlöse aus Schiffs-, Eisenbahnverkehr, Personenschiffahrt, Vermietung und Verpachtung sowie die sonstigen Umsatzerlöse sind insgesamt mit 2.991 TEUR (i. Vj. 3.740 TEUR) gesunken. Zum Rückgang der Gesamterlöse haben u.a. die niedrigen Erlöse aus der Personenschiffahrt, der rückläufige Bahnumschlag sowie die geringeren Erlöse aus Vermietung und Verpachtung beigetragen. Der Grundbesitz der WHG unterlag im Vergleich zum Vorjahr keiner Änderung und beträgt weiterhin 858.978 m².

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt Beschäftigten blieb unverändert und betrug weiterhin 9 Mitarbeiter (i. Vj. 9 Mitarbeiter). Der Personalaufwand reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 43 TEUR. Dies resultiert insbesondere aus der Inanspruchnahme von Kurzarbeit bei gleichzeitiger Aufstockung des Kurzarbeitergeldes gemäß „Covid-19-Tarifvertrag“. Im Zuge der Altersteilzeit (TV-Flex) hat ein Mitarbeiter bereits im Jahr 2019 eine entsprechende Vereinbarung unterschrieben. Dementsprechend wurden für Altersteilzeitverpflichtungen im Jahr 2020 nochmals 18 TEUR (i. Vj. 28 TEUR) der Rückstellung zugeführt.

Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr in Höhe von 2.991 TEUR liegen unter dem Vorjahresniveau (i. Vj. 3.740 TEUR). Die sonstigen betrieblichen Erträge werden mit 145 TEUR (i. Vj. 111 TEUR) weitestgehend bestimmt durch übrige Erträge (70 TEUR, i. Vj. 47 TEUR) sowie Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (43 TEUR, i. Vj. 5 TEUR). Die übrigen Erträge beinhalten Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit für Kurzarbeit (22 TEUR). Der Materialaufwand beläuft sich auf 580 TEUR und unterliegt somit einem Rückgang i.H.v. 612 TEUR, der vor allem auf geringere Fremdleistungen bzw. Instandhaltungsaufwendungen zurückzuführen ist. Außerdem sind geringere Konzernaufwendungen gegenüber der STW zu verzeichnen. Dies liegt insbesondere im rückläufigen Energiebezug, bedingt durch niedrigere Energieverkäufe im Bereich Personenschiffahrt, begründet. Unter Berücksichtigung der geringeren Personalaufwendungen (671 TEUR), der gestiegenen Abschreibungen (360 TEUR), der niedrigeren sonstigen betrieblichen Aufwendungen (612 TEUR) sowie nahezu konstanten sonstigen Steuern (62 TEUR) sinkt das Betriebsergebnis (EBIT) um 28 TEUR auf 851 TEUR.

Nach Abzug des Finanzergebnisses und der Ertragsteuern beträgt der Jahresüberschuss der Gesellschaft 538 TEUR (i. Vj. 504 TEUR). Dieser wird gemäß Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag an die Konzernobergesellschaft WVV abgeführt.

B.2.1.2.6. Würzburger Stadtverkehrs-GmbH (SVG)

In den von der SVG betreuten Parkeinrichtungen ist die Anzahl der Kurzparker gegenüber dem Vorjahr um 805.269 auf 1.785.553 gesunken. Das entspricht einer Abnahme von 31,1%. Die Zahl der Dauerparker hat sich um 82 auf 1.021 reduziert. Die Umsatzerlöse aus Parkeinnahmen liegen im Jahr 2020 mit 6.850 TEUR (i. Vj. 9.800 TEUR) um 2.950 TEUR unter dem Vorjahr. Grund hierfür ist die Corona-Pandemie, die seit März 2020 für den Rückgang der Parkeinnahmen verantwortlich ist.

Die Erträge aus Dienstleistungen für Dritte haben sich um 561 TEUR auf 1.158 TEUR reduziert, die Dienstleistungen aus Betriebsführungen und Aufschaltungen sind um 130 TEUR auf 4.550 TEUR gestiegen (i. Vj. 4.420 TEUR).

Die Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten erhöhte sich um 5 auf 77 Mitarbeiter. Der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 154 TEUR. Dies resultiert insbesondere aus der Personalverstärkung.

Die Betriebserträge liegen 2.554 TEUR unter dem Vorjahr. Die Unterschreitung erklärt sich insbesondere aus den geringeren Parkeinnahmen aufgrund der Corona-Pandemie. Dazu kommen geringere Erlöse im Nebengeschäft. Die Erlöse für Betriebsführungen und Aufschaltungen konnten im Vergleich zum Vorjahr moderat gesteigert werden. Die Entwicklung bei den sonstigen betrieblichen Erträgen resultiert überwiegend aus der außerordentlichen Wirtschaftshilfe für November 2020 (624 TEUR), die aufgrund der Corona-Pandemie in Anspruch genommen wurde. Die Zahlung der Wirtschaftshilfe für Dezember 2020 ist noch offen. Zudem sind im April und Mai 2020 Teile der Belegschaft in Kurzarbeit geschickt worden. Hier erstattete die Bundesagentur für Arbeit Kurzarbeitergeld einschließlich Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen (73 TEUR) zurück.

Der betriebliche Aufwand mit sonstigen Steuern unterschreitet das Vorjahr um 298 TEUR. Der Rückgang ist aus geringeren Aufwendungen für Mieten/Pachten, gesunkenen Material- und Fremdleistungsaufwendungen im Nebengeschäft, niedrigeren Fremdleistungen sowie aus geringeren Konzernverrechnungen der WVV begründet. Gegenläufig erhöhten sich die Personalaufwendungen und die Konzernaufwendungen der IMG (Miete Betriebsgebäude Skyline-Hill). Des Weiteren wurde eine Drohverlustrückstellung für das Parkhaus Schmalkalden (529 TEUR) gebildet und es kam zu Forderungsausfällen von Kunden für bereits ausgeführte Leistungen.

Das Jahresergebnis vor Verlustübernahme beträgt -719 TEUR (i. Vj. Jahresergebnis vor Gewinnverwendung i.H.v. 1.029 TEUR). An den Gesellschafter Sparkassenstiftung Würzburg wird für das Jahr 2020 eine Mindestausgleichszahlung in Höhe von 135 TEUR (i. Vj. 343 TEUR) geleistet. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von -854 TEUR wird gemäß Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag von der WVV ausgeglichen.

B.2.1.2.7. Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH (TWV)

Die Abgabemenge der Gesellschaft wird beeinflusst vom Bedarf der Endverbraucher. An die STW, an die WW-E und an die Gemeinden Gerbrunn und Zellingen verkaufte die TWV im Geschäftsjahr 2020 10,632 Mio. m³ (i. Vj. 10,848 Mio. m³) Trinkwasser. Weiterhin verkaufte die TWV auf Grundlage des seit 01.01.2017 bestehenden Kooperationsvertrages mit dem Zweckverband FWM 0,427 Mio. m³ (i. Vj. 0,281 Mio. m³) Trinkwasser an die STW. Die Erlöse aus dem Wasserverkauf befinden sich mit insgesamt 10.816 TEUR (i. Vj. 10.973 TEUR) unter dem Vorjahresniveau.

Um die Trinkwasserabgabe abzudecken, wurden 9,167 Mio. m³ (i. Vj. 9,246 Mio. m³) aus eigenen Quellen und Brunnen (82,8 % der Gesamtmenge) gefördert. 1,568 Mio. m³ (i. Vj. 1,554 Mio. m³) wurden von der WW-E und 0,336 Mio. m³ (i. Vj. 0,338 Mio. m³) wurden vom Zweckverband FWM bezogen. Die Bezugskosten betragen 1.589 TEUR (i. Vj. 1.610 TEUR).

Die Zahl der im Jahresdurchschnitt Beschäftigten erhöhte sich um 2 auf 44 Mitarbeiter. Die in den Vorjahren gebildete Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen (TV-Flex) in Höhe von 54 TEUR wurde aufgrund des Renteneintritts eines Mitarbeiters vollständig verbraucht.

Den gegenüber dem Vorjahr um 589 TEUR gesunkenen Betriebsleistungen stehen um 481 TEUR niedrigere Betriebsaufwendungen gegenüber. Das Betriebsergebnis liegt mit 3.022 TEUR um 108 TEUR unter dem Vorjahr. Nach Abzug des Finanzergebnisses in Höhe von 285 TEUR und der Ertragsteuern verbleibt für 2020 ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.857 TEUR (i. Vj. 1.956 TEUR). Vom Jahresüberschuss werden 457 TEUR aufgrund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die WVV abgeführt und 1.400 TEUR zur Verbesserung der Eigenkapitalquote sowie zur Erhöhung der Kreditfähigkeit der Gesellschaft in die Gewinnrücklagen eingestellt.

B.2.1.2.8. Kompostwerk Würzburg GmbH (KWG)

Im Geschäftsjahr 2020 beträgt die Gesamtanlieferungsmenge an Bio- und Gartenabfällen 62.320 t und liegt damit in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (i. Vj. 63.510 t). Am Kompostwerk Würzburg sowie am Kompostwerk Ober-

ANLIEFERUNGEN in t	2020	2019
KOMPOSTWERK WÜRZBURG	56.778	57.188
Bioabfälle	39.378	38.988
Gartenabfälle	17.400	18.200
KOMPOSTWERK OBERPLEICHFELD	5.542	6.322
Gartenabfälle	5.542	6.322
GESAMTANLIEFERUNG	62.320	63.510

pleichfeld ist jeweils ein leichter Mengenrückgang der Anlieferungen von Gartenabfällen zu verzeichnen. Die Anlieferungsmenge der Bioabfälle sind am Kompostwerk Würzburg leicht gestiegen.

Die Umsatzerlöse reduzieren sich entsprechend der gesunkenen Anlieferungen (3.955 TEUR; i. Vj. 4.072 TEUR) (siehe Übersicht) und betragen im Berichtszeitraum 5.107 TEUR (i. Vj. 5.228 TEUR).

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen auf dem Niveau des Vorjahres 172 TEUR (i. Vj. 172 TEUR).

Der Materialaufwand sank um 107 TEUR auf 2.296 TEUR (i. Vj. 2.403 TEUR) aufgrund gesunkener Konzernaufwendungen für Fremdleistungen der STW (Instandhaltungsarbeiten am Betriebsgebäude).

Unter Berücksichtigung der Personalaufwendungen 1.058 TEUR (i. Vj. 957 TEUR), der Abschreibungen 819 TEUR (i. Vj. 735 TEUR), der sonstigen betrieblichen Aufwendungen 539 TEUR (i. Vj. 652 TEUR) sowie nach Abzug des Finanzergebnisses, ergibt sich ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 502 TEUR (i. Vj. 593 TEUR).

Das Geschäftsjahr 2020 schließt nach Ertragsteuern mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 495 TEUR (i. Vj. 320 TEUR) ab.

Der Personalaufwand stieg im Vergleich zum Vorjahr auf insgesamt 1.058 TEUR (i. Vj. 957 TEUR) an. Im Geschäftsjahr 2020 waren durchschnittlich 21 Mitarbeiter in dem Unternehmen beschäftigt (i. Vj. 19 Mitarbeiter).

B.2.1.2.9. Würzburger Recycling GmbH (WRG)

Unter der Fraktion „Gewerbeabfall“ werden alle nicht sinnvoll trennbaren Abfälle gewerblicher Erzeuger zusammengefasst. Getrennt erfasst werden u.a. Papier/ Kartonagen, Altholz, Kunststoffe, Metalle, Glas, Bauschutt etc. Es verbleiben jedoch immer Reste, welche keinem der genannten Abfallarten zuzurechnen sind. Geregelt wird dies in der Gewerbeabfallverordnung.

Die Umsatzerlöse sind im Berichtszeitraum um 5 %, dies entspricht 343 TEUR, auf insgesamt 6.732 TEUR (i. Vj. 6.389 TEUR) gestiegen.

UMSATZERLÖSE in TEURO	2020	2019
Gewerbemüll	2.214	2.162
Pappe / Papier	403	474
Altholz	1.202	996
sonstige Fraktionen	2.913	2.757
GESAMTSUMME	6.732	6.389

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 152 TEUR auf Vorjahres Niveau (i. Vj. 158 TEUR).

Der Materialaufwand beläuft sich auf 4.078 TEUR und unterliegt somit einer Erhöhung in Höhe von 348 TEUR (i. Vj. 3.730 TEUR), die vor allem auf gestiegene Fremdleistungen zurückzuführen ist.

Unter Berücksichtigung der Personalaufwendungen 1.665 TEUR (i. Vj. 1.656 TEUR), der Abschreibungen 483 TEUR (i. Vj. 435 TEUR), der sonstigen betrieblichen Aufwendungen 563 TEUR (i. Vj. 629 TEUR), sowie nach Zurechnung des Finanzergebnisses ergibt sich ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 131 TEUR (i. Vj. 143 TEUR).

Das Geschäftsjahr schließt nach Ertragsteuern mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 75 TEUR (i. Vj. 87 TEUR) ab.

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl sank im Geschäftsjahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um drei Mitarbeiter auf 36 Beschäftigte. Der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 9 TEUR, auf Grund der Tarifierhöhung zum 01.07.2019 in Höhe von 3,5 %, die in 2020 aufs ganze Jahr angefallen ist und durch die Corona Sonderzahlung am 01.08.2020.

B.2.1.2.10. Wassergewinnung Würzburg-Estenfeld GmbH (WW-E)

Die Wasserabgabe an die TWV und die Gemeinde Estenfeld stieg im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr um 13 Tm³ auf 1.793 Tm³ (i. Vj. 1.780 Tm³). Die Gesellschaft erzielte aus Wasserverkäufen einschließlich der weiterverrechneten Fixkosten einen Erlös von insgesamt 1.523 TEUR (i. Vj. 1.546 TEUR).

Den gegenüber dem Vorjahr um 9 TEUR gesunkenen Betriebserträgen stehen 124 TEUR geringere Aufwendungen gegenüber. Die niedrigeren Materialaufwendungen beruhen auf geringeren Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für Fremdleistungen. Im Geschäftsjahr wurden von FWM und TWV 556 Tm³ (i. Vj. 557 Tm³) Wasser bezogen. Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist insbesondere begründet durch niedrigere Prüfungs- und Beratungskosten. Das Betriebsergebnis in Höhe von 195 TEUR liegt um 115 TEUR über dem Vorjahr.

Nach Abzug des Finanzergebnisses und der Ertragsteuern beträgt der Jahresüberschuss der Gesellschaft 89 TEUR (i. Vj. 17 TEUR). Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

B.2.1.2.11. WVV Wirtschaftsstandort Würzburg Immobilien-Management GmbH (IMG)

In 2013 hat die IMG von der Stadt Würzburg Gewerbeflächen am Hubland / Quartier VII (Quartiersbezeichnung „Skyline Hill“) mit einer Gesamtfläche von 61.823 m² erworben. Die IMG übernimmt mit der Vermarktung der erworbenen Flächen eine wichtige Aufgabe hinsichtlich der Entwicklung des neuen Stadtquartiers „Hubland“. Im Berichtsjahr konnten Grundstücke mit einer Gesamtfläche von ca. 29.776 m² veräußert werden. Die zur Veräußerung vorgesehenen Gewerbeflächen im Gewerbegebiet Skyline Hill (Gesamtfläche i.H.v. 50.946 m²; Vermarktungsfläche der Vorjahre: 21.170 m²) konnten somit vollständig vermarktet werden.

Die Mieteinnahmen sind im Geschäftsjahr 2020 um 700 TEUR auf 1.909 TEUR (i. Vj. 1.209 TEUR) gestiegen. Der Anstieg ergibt sich im Wesentlichen aufgrund der Fertigstellung des Skyline Hill Centers. Die hieraus entstandenen Mieteinnahmen betragen rd. 717 TEUR.

Der Anstieg der Umsatzerlöse um 2.314 TEUR lässt sich insbesondere auf höhere Mieteinnahmen (Skyline Hill Center) sowie auf erzielte Veräußerungserlöse für Grundstücksflächen im Gewerbegebiet Skyline Hill zurückführen. Hierbei wurden alle noch zum Verkauf stehenden Grundstücksflächen in 2020 veräußert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge entsprechen nahezu dem Vorjahr.

Die Materialaufwendungen in Höhe von 518 TEUR liegen 184 TEUR über dem Vorjahr. Dies ist insbesondere bedingt durch gestiegene Fremdleistungen (u.a. Rückstellung für Erneuerung Kaltwassererzeuger beim Objekt Virion Serion I) sowie den im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme des Skyline Hill Centers stehenden höheren Aufwendungen für Energie- und Wasserbezug sowie der Inanspruchnahme objektbezogener Reinigungsleistungen.

Die Abschreibungen sind um 385 TEUR auf 693 TEUR gestiegen. Dies lässt sich mit der Aktivierung des Skyline Hill Centers und der entsprechenden Parkfläche begründen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um 13 TEUR auf 250 TEUR (i. Vj. 237 TEUR) erhöht. Während die öffentlichen Abgaben und Gebühren sowie die Versicherungsaufwendungen gestiegen sind, sind gegenläufig die sonstigen Dienst- und Fremdleistungen gesunken.

Das Betriebsergebnis (EBIT) in Höhe von 2.321 TEUR liegt 1.753 TEUR über dem Vorjahr (568 TEUR).

Nach Abzug des Finanzergebnisses und der Ertragsteuern beträgt der Jahresüberschuss der Gesellschaft 1.404 TEUR (i. Vj. 159 TEUR).

Der Jahresüberschuss in Höhe von 1.404 TEUR soll auf Vorschlag der Geschäftsführung in die Gewinnrücklage eingestellt werden.

B.2.1.2.12. Immobilien-Management GmbH – Gebäudeservice, Würzburg (IMG-G)

Die Einnahmen aus dem Geschäft „kommunal“ mit der Stadt Würzburg konnten aufgrund unterjährig akquirierter Aufträge von Reinigungsdienstleistungen für Schulen im Stadtgebiet Würzburg deutlich gesteigert werden (1.978 TEUR; i. Vj. 1.050 TEUR). Die Umsatzerlöse aus Reinigungsdienstleistungen im Konzern belaufen sich im Berichtsjahr auf 1.878 TEUR, was einem Anstieg um 124 TEUR entspricht (i. Vj. 1.754 TEUR). Dies ist u.a. auf die Eröffnung des neuen Familien-, Sport- und Freizeitbades Nautiland (November 2019) sowie aus der Fertigstellung des Skyline Hill Centers und der entsprechenden Erbringung von Reinigungsleistungen für die Würzburger Bäder GmbH und WVV Wirtschaftsstandort Würzburg Immobilien-Management GmbH zurückzuführen. Die sonstigen Umsatzerlöse sanken um 74 TEUR auf 277 TEUR (i. Vj. 351 TEUR).

Die Umsatzerlöse steigerten sich deutlich und betragen im Berichtszeitraum 4.133 TEUR (i. Vj. 3.155 TEUR). Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 46 TEUR in etwa auf Vorjahresniveau (i. Vj. 31 TEUR).

Der Materialaufwand erhöhte sich auftragsbedingt (u. a. Durchführung von Sonderreinigungen und entsprechender Einsatz von Subunternehmen) um 316 TEUR auf 1.296 TEUR (i. Vj. 980 TEUR).

Unter Berücksichtigung der Personalaufwendungen 2.190 TEUR (i. Vj. 1.683 TEUR), der Abschreibungen 35 TEUR (i. Vj. 25 TEUR), der sonstigen betrieblichen Aufwendungen 225 TEUR (i. Vj. 204 TEUR) sowie nach Abzug des Finanzergebnisses, ergibt sich ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 433 TEUR (i. Vj. 294 TEUR).

Das Geschäftsjahr 2020 schließt nach Ertragsteuern mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 300 TEUR (i. Vj. 202 TEUR) ab.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 300 TEUR soll an die IMG ausgeschüttet werden.

B.2.1.2.13. NVG Omnibus-Betriebsgesellschaft (NVG)

In 2020 sind die Umsatzerlöse um 365 TEUR von 14.039 TEUR auf 13.674 TEUR gesunken. Die wesentliche Kompensation im Hinblick auf das nahezu unveränderte Jahresergebnis ergab sich aus der Verringerung des Materialaufwands von 1.087 TEUR. So betrug der Materialaufwand im Geschäftsjahr 3.102 TEUR nach 4.189 TEUR im Vorjahr. Diese Abnahme ist insbesondere durch die Verringerung von konzerninternen Fremdleistungen (460 TEUR) und Aufwendungen des laufenden Betriebs (627 TEUR), wie. z.B. für Material, Instandhaltungen und Treibstoffe, bedingt.

Des Weiteren erhöhten sich die Personalaufwendungen von 7.918 TEUR im Vorjahr um 307 TEUR auf 8.225 TEUR. Somit lag die Erhöhung bei 3,9 % (Vj.: 4,3 %). Gestiegene Abschreibungen (259 TEUR) und sonstige betriebliche Aufwendungen (224 TEUR) führen so im Wesentlichen zu einem Jahresergebnis von 101 TEUR vor Ertragsteuern.

Zum 31.12.2020 betrug der Personalbestand 184 Mitarbeiter, durchschnittlich waren im abgelaufenen Geschäftsjahr 182 (Vj.: 184) Personen beschäftigt. Gegenüber 2019 bedeutet dies eine Verminderung um zwei Personen im Durchschnitt.

B.2.1.2.14. Würzburger Bäder GmbH (WBG)

ANZAHL BESUCHER	2020	2019*
Hallenbad Nautiland	81.725	28.998
Hallenbad Sandermare	27.389	123.981
Dallenbergbad	53.138	129.663
GESAMTSUMME SCHWIMMBÄDER	162.252	282.642
Eisbahn	22.395	53.042
GESAMTSUMME	184.647	335.684

*angepasste Darstellung ohne Schulen und Vereine

Im Jahr 2020 besuchten insgesamt 120.390 Personen weniger die Schwimmbäder als noch im Vorjahr. In den Bädern ist ein deutlicher Besucherrückgang aufgrund der Corona-Pandemie festzustellen. Alle Bäder einschließlich Kunsteisbahn mussten auf Grundlage behördlicher Anordnungen zum 17.03.2020 schließen. Das Dallenbergbad sowie das Nautiland durften jeweils unter Auflagen eröffnen bzw. wiedereröffnen. Das Dallenbergbad bereits zum 08.06.2020, das Nautiland zum 10.07.2020. Bei beiden Bädern galten strikte Hygienevorschriften sowie eine begrenzte Besucherzahl. Im Nautiland waren seit September wieder Schulen und Vereine zu Gast. Das Sandermare eröffnete man im Jahr 2020 nicht mehr für die Öffentlichkeit, jedoch durften Schulen und Vereine das Bad seit Mitte September ebenfalls wieder besuchen. Ende Oktober wurden die Bäder aufgrund des erneuten „Lock-Downs“ vollständig geschlossen. Der Besucheranstieg im Nautiland

erklärt sich aus der Neueröffnung des Neubaus, die erst Ende November 2019 stattfand. Die Kunsteisbahn wurde für die Wintersaison 2020/2021 aufgrund Corona geschlossen gehalten. Insgesamt besuchten 30.647 Personen weniger die Eisbahn als noch im Vorjahr.

Die Zahl der im Jahr 2020 durchschnittlich Beschäftigten stieg auf 60 Mitarbeiter an (i. Vj. 50 Mitarbeiter). Des Weiteren werden bei der WBG zwei Personen als Fachangestellte für Bäderbetriebe ausgebildet. Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 131 TEUR auf 1.840 TEUR (i. Vj. 1.709 TEUR).

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 1.144 TEUR (i. Vj. 1.803 TEUR). Diese setzen sich zusammen aus den Erlösen des Nautilands (586 TEUR), des Hallenbads Sandermare (242 TEUR), des Dallenbergbads (132 TEUR), des Hallenbads Lindleinsmühle (98 TEUR), der Eisbahn (76 TEUR) sowie der Betriebsführung Nordbad (10 TEUR). Aufgrund der Schließungen sowie der Hygienevorschriften während der Öffnung, reduzierten sich die Umsatzerlöse drastisch. Das Hallenbad Lindleinsmühle wurde nach der Schließung im März nicht mehr wiedereröffnet und im Oktober schließlich vom neu errichteten Nordbad abgelöst.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 873 TEUR (i. Vj. 93 TEUR). Die Erhöhung resultiert überwiegend aus den außerordentlichen Wirtschaftshilfen für November und Dezember 2020 (291 TEUR), die aufgrund der Corona-Pandemie in Anspruch genommen wurden. Zudem sind, fast über das komplette Jahr, Teile der Belegschaft in Kurzarbeit geschickt worden. Hier erstattete die Bundesagentur für Arbeit (271 TEUR) Kurzarbeitergeld zurück. Des Weiteren wurden Kosten für die Beseitigung von Mängeln im Hallenbad Sandermare von der Eigentümerin, der Stadt Würzburg, rückerstattet (210 TEUR).

Aufgrund der Corona-Pandemie liegt der Materialaufwand auf niedrigem Niveau und beträgt 1.934 TEUR (i. Vj. 1.993 TEUR). Der vergleichsweise geringe Aufwand im Vorjahr resultiert aus der erst späten Eröffnung des Nautilands Ende November 2019. Geringere Fremdleistungen, Aufwendungen für den laufenden Betrieb sowie Konzernaufwendungen der IMG-G für Reinigungsdienstleistungen sind hauptsächlich verantwortlich für die geringen Aufwendungen im Materialbereich im Vergleich zu einem gewöhnlichen Jahr. Die Konzernaufwendungen der STW für Energielieferungen konnten nur zum Teil eingespart werden, da die Beckenwasseraufbereitung auch während der Schließungen durchgeführt werden musste.

Unter Berücksichtigung der höheren Personalaufwendungen 1.840 TEUR (i. Vj. 1.709 TEUR), der gestiegenen Abschreibungen 1.500 TEUR (i. Vj. 422 TEUR), der geringeren sonstigen betrieblichen Aufwendungen 1.064 TEUR (i. Vj. 1.082 TEUR) sowie des Finanzergebnisses -303 TEUR

(i. Vj. -259 TEUR) steigt der Jahresfehlbetrag vor Steuern auf -4.624 TEUR (i. Vj. -3.569 TEUR). Die höheren Abschreibungen und Zinsaufwendungen lassen sich auf den Neubau des Nautilands zurückführen.

Das Jahresergebnis vor Verlustübernahme beträgt -4.663 TEUR (i. Vj. -3.610 TEUR). Der Jahresfehlbetrag wird gemäß Ergebnisabführungsvertrag von der WVV ausgeglichen.

B.2.1.2.15. Genusswunder Würzburg GmbH (GWW)

Das Nautiland und die Eisbahn mussten aufgrund der Corona-Pandemie zum 17.03.2020 schließen. Somit war hier kein Gastronomiebetrieb der GWW mehr möglich, auch wenn das gastronomische Angebot von den Besuchern bis dahin gut angenommen worden ist. Die Mitarbeiter der GWW wurden in Kurzarbeit geschickt und es wurde versucht sämtliche Aufwendungen einzusparen. Ab dem 10.07.2020 konnte die Gastronomie im Nautiland unter gewissen Auflagen wiedereröffnen. Die Saunalandschaft und deren Gastronomie blieben vollständig geschlossen. In der Wasserlandschaft war nun eine Eröffnung möglich, jedoch blieb hier ein Besucheransturm aus, auch weil das Hygienekonzept nur eine gewisse Anzahl an Besuchern zuließ. Nach den ersten Erfahrungswerten wurde ersichtlich, dass sich das Gastronomieangebot über den kompletten Zeitraum der Öffnungszeiten des Nautilands, als wirtschaftlich nicht sinnvoll erwies. Zunächst wurden hier die Öffnungszeiten unter der Woche angepasst. Später wurde die Gastronomie dann nur noch am Wochenende eröffnet. Ende Oktober wurden die Bäder und somit auch der Gastronomiebetrieb der GWW aufgrund des erneuten „Lock-Downs“ vollständig geschlossen. Der Eisbahn-Kiosk blieb für die Wintersaison 2020/2021 vollständig geschlossen.

Seit dem 01.04.2020 ist das Betriebsrestaurant der Mainfranken Netze GmbH (MFN) in die Genusswunder Würzburg GmbH übergegangen. Das Betriebsrestaurant wurde Corona bedingt vom 18.03.2020 bis einschließlich 15.05.2020 geschlossen gehalten. Ab dem 18.05.2020 wurde das Casino mit einem zunächst reduzierten Angebot und unter Berücksichtigung eines Hygienekonzepts wiedereröffnet. Ab Juni 2020 wurde dann der Normalbetrieb, ebenfalls mit Hygienevorschriften, wieder aufgenommen. Jedoch kam es auch hier zu einem Erlösrückgang, da sich viele Mitarbeiter weiterhin im Home-Office befanden und Gäste von außerhalb das Betriebsrestaurant nicht besuchen durften. Seit dem erneuten Anstieg der Infektionszahlen im Oktober 2020 wurde das Angebot im Betriebsrestaurant wieder deutlich reduziert und die Speisen nur noch „to-go“ angeboten. Auch im Betriebsrestaurant wurde versucht Aufwendungen einzusparen und den Mitarbeiterinsatz zu optimieren.

Die Gesellschaft erzielt im Geschäftsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 382 TEUR (i. Vj. 91 TEUR). Diese setzen sich zusammen aus den Gastronomieerlösen der GWW im Nautiland und auf der Eisbahn (170 TEUR), aus Erlösen aus dem Betriebsrestaurant und für Bewirtungen (211 TEUR) sowie aus sonstigen Umsatzerlösen (1 TEUR). Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 834 TEUR (i. Vj. 1 TEUR). Die Erträge resultieren überwiegend aus den Zuschüssen der Konzerngesellschaften zur Mitarbeiterverpflegung (707 TEUR). Zudem aus den außerordentlichen Wirtschaftshilfen für November und Dezember 2020 (50 TEUR), die aufgrund der Corona-Pandemie in Anspruch genommen worden sind. Des Weiteren wurden, fast über das komplette Jahr, Teile der Belegschaft in Kurzarbeit geschickt. Hier erstattete die Bundesagentur für Arbeit (42 TEUR) Kurzarbeitergeld und Sozialversicherungsbeiträge zurück. Der Werbekostenzuschuss von Nestle Schöller wird außerdem über die Vertragslaufzeit von 5 Jahren anteilig aufgelöst. Dies führt zu zusätzlichen sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von (18 TEUR). Unter Berücksichtigung des Materialaufwands 881 TEUR (i. Vj. 74 TEUR), des Personalaufwands 358 TEUR (i. Vj. 62 TEUR), der Abschreibungen 12 TEUR (i. Vj. 1 TEUR), sowie der sonstigen betrieblichen Aufwendungen 60 TEUR (i. Vj. 40 TEUR), ergibt sich ein Jahresergebnis in Höhe von -95 TEUR (i. Vj. -85 TEUR).

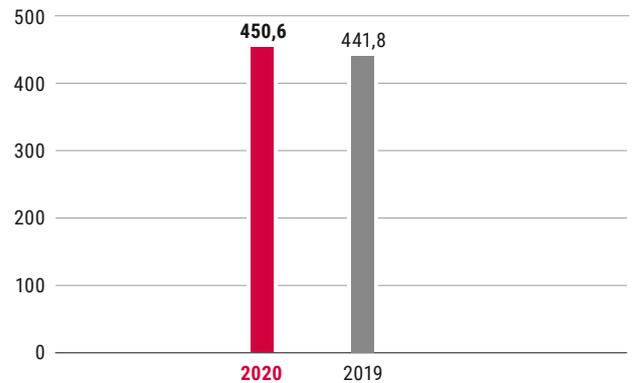
Der Jahresfehlbetrag wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl betrug im Jahr 2020 14 Mitarbeiter (i. Vj. 4 Mitarbeiter). Es fielen Personalaufwendungen in Höhe von 358 TEUR an (i. Vj. 62 TEUR).

B.2.1.3. Ergebnisentwicklung 2020

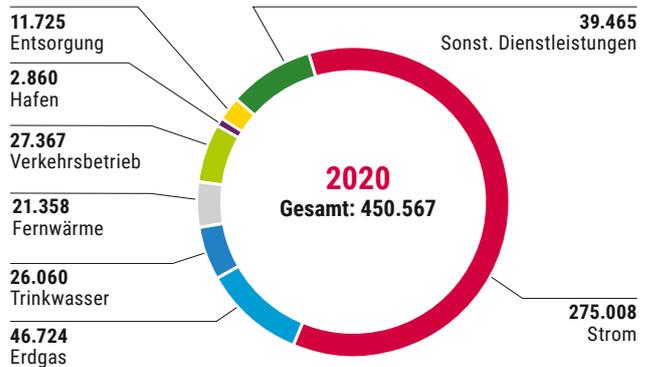
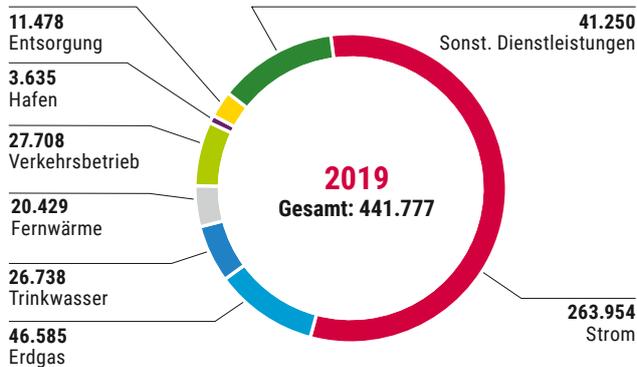
B.2.1.3.1 WVV-Konzern

Konzernumsatz (in Mio. EUR)



Die Erträge im Konzern liegen um 18,7 Mio. EUR über dem Vorjahr (484,8 Mio EUR; i. Vj. 466,1 Mio. EUR). Der Anstieg ist zum einen auf die höheren Erlöse aus dem Stromgeschäft zurückzuführen, zum anderen sind im Berichtsjahr in den sonstigen betrieblichen Erträgen ÖDLA-Ausgleichszahlungen für 2018 und 2020 über insgesamt 4,8 Mio. EUR sowie Verkaufserlöse aus einem Optionsrecht über 4,5 Mio EUR enthalten. Die betrieblichen Aufwendungen liegen vorrangig aufgrund der gestiegenen Bezugsaufwendungen für Strom um 20,4 Mio. EUR über dem Vorjahr. Damit verschlechtert sich das Betriebsergebnis um 1,7 Mio. EUR auf 8,0 Mio. EUR (i. Vj. 9,7 Mio. EUR). Das Beteiligungs- und Finanzergebnis liegt um 0,9 Mio. EUR über dem Vorjahr. Die Aufwendungen für die Ertragsteuern sanken um 1,3 Mio. EUR auf 1,9 Mio. EUR. Der Konzernjahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2020 beträgt für den WVV-Konzern 3,0 Mio. EUR (i. Vj. 2,5 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung des Verlustvortrags, der Einstellung in die Gewinnrücklagen und nach Abzug des auf konzernfremde Gesellschafter entfallenden Gewinns, verbleibt ein Konzernbilanzverlust in Höhe von -6,1 Mio. EUR (i. Vj. -5,3 Mio. EUR).

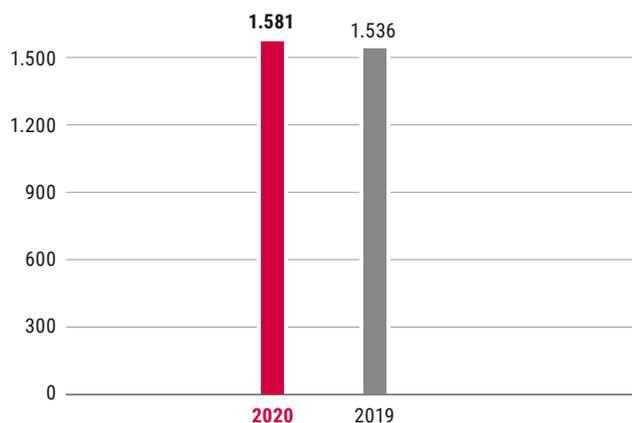
Konzernumsatz nach Bereichen (in TEUR)



Entwicklung im Personalbereich

Die Zahl der Mitarbeiter innerhalb des WVV-Konzerns erhöhte sich im Geschäftsjahr 2020 um 45 auf 1.581 Mitarbeiter. Die Berechnung der Pensionsrückstellungen basiert auf den aktuellen Heubeck-Richttafeln 2018G sowie einem Rechnungszinssatz von 2,30 % (i. Vj. 2,71 %). Die Rückstellungen für Altersteilzeit betragen zum 31. Dezember 2020 im WVV-Konzern insgesamt 2,6 Mio. EUR. Sie stiegen im Geschäftsjahr um 0,2 Mio. EUR an.

Mitarbeiterentwicklung WVV-Konzern



Finanzlage

Aufgrund des Anstiegs der Bilanzsumme sinkt die Eigenkapitalquote des WVV-Konzerns leicht von 26,6 % auf 25,4 %. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich im WVV-Konzern zum Bilanzstichtag auf 207,4 Mio. EUR (i. Vj. 152,5 Mio. EUR).

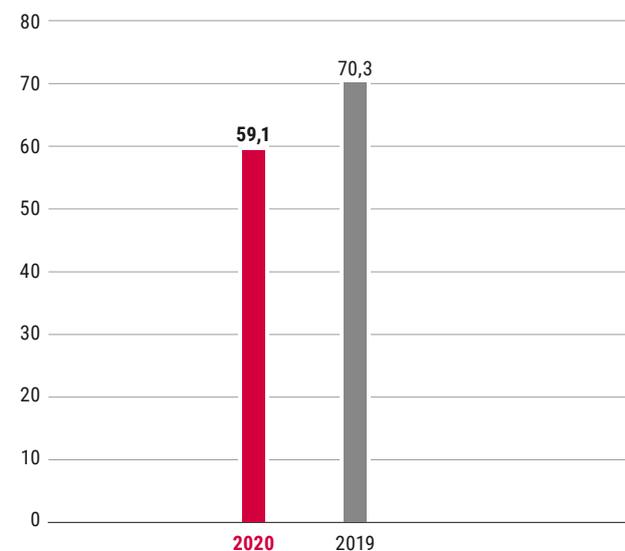
Der Bestand an liquiden Mitteln erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 8,1 Mio. EUR auf 21,2 Mio. EUR. Der Cash-flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug im Geschäftsjahr 13,6 Mio. EUR (i. Vj. 39,7 Mio. EUR).

Vermögenslage

Das Vermögen des WVV-Konzerns beträgt zum Bilanzstichtag 468,9 Mio. EUR (i. Vj. 445,6 Mio. EUR). Dies entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 23,3 Mio. EUR. Die höhere Bilanzsumme resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg des Sachanlagevermögens und der liquiden Mittel. Gegenläufig wirkt sich der Rückgang von Vorräten und sonstigen Vermögensgegenständen aus.

Die Bilanzsumme setzt sich zusammen aus dem Anlagevermögen in Höhe von 357,4 Mio. EUR (i. Vj. 334,9 Mio. EUR), dem Umlaufvermögen in Höhe von 108,0 Mio. EUR (i. Vj. 106,3 Mio. EUR) und dem Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 3,5 Mio. EUR (i. Vj. 4,4 Mio. EUR).

Investitionen (in Mio. EUR)



Investiert wurden im WVV-Konzern im Geschäftsjahr 2020 59,1 Mio. EUR. Davon hat die HKW 23,3 Mio. EUR, hauptsächlich für die Modernisierung des Heizkraftwerks investiert. Die STW investierte im Geschäftsjahr 14,4 Mio. EUR. Die Mittel wurden schwerpunktmäßig im Bereich der Stromversorgung (rd. 3,7 Mio. EUR), im Bereich der Fernwärmeversorgung (2,9 Mio. EUR), im Bereich der Trinkwasserversorgung (2,4 Mio. EUR), im Bereich der Erdgasversorgung (rd. 2,0 Mio. EUR) und für Straßenbeleuchtung, Fernmeldekabel und LWL Netze (3,4 Mio. EUR) ausgegeben. In der NVG betreffen die Investitionen in Höhe von 5,0 Mio. EUR vor allem die Neuanschaffungen von je 7 Gelenk- und Solobussen sowie 2 Elektrobussen. Die WVV gab größtenteils für Zugänge von Hard- und Software 4,1 Mio. EUR aus. In der IMG betreffen Investitionen in Höhe von 3,5 Mio. EUR im Wesentlichen Aufwendungen für das Büro- und Dienstleistungszentrum „Skyline Hill Center“. Die WBG investierte vor allem in Außenanlagen und Parkplatz für das neue Nautiland-Bad 3,2 Mio. EUR. Die Investitionen in der WSB in Höhe von 2,1 Mio. EUR betreffen im Wesentlichen Grunderwerb für die Erweiterung des Schienennetzes der Straßenbahn in Richtung Grombühl, die Herstellung rampentauglicher Haltestellen und den barrierefreien Ausbau der Haltestelle Bürgerbräu.

Das Anlagevermögen ist zu 85,1 % (i. Vj. 81,8 %) durch Eigenmittel sowie mittel- und langfristige Mittel finanziert.

GUT DURCHDACHT

Das Heizkraftwerk an der Friedensbrücke wird seit Anfang 2020 umfangreich modernisiert: ein weiterer Meilenstein zur Reduzierung von CO₂-Emissionen und zum Klimaschutz in Würzburg! Herzstück der Modernisierung ist der neue Wärmespeicher, der sich perfekt in die Architektur anpasst.





C. Nachtragsbericht

Um die mit Winterbeginn im Jahr 2020 wieder erheblich angestiegenen Corona-Infektionszahlen in Deutschland einzudämmen, haben Bund und Länder abermals Einschränkungen des öffentlichen Lebens ab 02.11.2020 beschlossen. Die Beschränkungen wurden sukzessive verschärft und führten zu einem Shutdown ab 16.12.2020, der schrittweise weiter verlängert wurde. Erst ab März 2021 führten stabile Infektionszahlen zu Lockerungen, die in Abhängigkeit vom Infektionsgeschehen in den jeweiligen Bundesländern unterschiedlich umgesetzt wurden. Aufgrund der wieder deutlich angestiegenen Infektionen und der hohen Verbreitung der Covid-19-Variante B.1.1.7 wurde beschlossen, die bereits im März 2021 vereinbarte „Notbremse“ für alle inzidenzabhängigen Öffnungsschritte konsequent umzusetzen. Im April 2021 wurde vom Bundeskabinett eine Ergänzung des Infektionsschutzgesetzes beschlossen, über das der Bundestag am 21.04.2021 entscheiden soll (Stand: 15.04.2021).

Erst wenn die Impfkampagne weiter voranschreitet, ist mit der Aufhebung von Beschränkungen zu rechnen. Daher sind auch weiterhin negative Effekte auf den WVV-Konzern im Jahr 2021 aufgrund der Einschränkungen des öffentlichen Lebens zu verzeichnen, beispielsweise aufgrund der behördlich angeordneten Schließung der Bäder und der vorübergehenden Schließung des Kundenzentrums, durch die rückläufige Nutzung der Parkhäuser sowie durch den Rückgang an Fahrgästen im ÖPNV und den Ausfall von Anlegungen der Kabinenschiffahrt in den Würzburger Häfen, die sich auf die Ertragskraft des WVV-Konzerns auswirken werden. Je nach Fortgang des Infektionsgeschehens und die sich daraus ergebende konjunkturelle Entwicklung sind zudem Auswirkungen, wie z. B. eine reduzierte Zahlungsfähigkeit von Kunden möglich.

Darüber hinaus sind nach Schluss des Geschäftsjahres keine weiteren Ereignisse eingetreten, die eine besondere Bedeutung für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der WVV haben.

D. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

D.1. Prognosebericht

D.1.1. WVV

Das Ergebnis im ersten Quartal 2021 liegt unter dem Plan. Der Wirtschaftsplan sieht für das Jahr 2021 einen Jahresfehlbetrag i.H.v. rd. -2,2 Mio. EUR vor. Aufgrund der Corona-Pandemie, von deren Auswirkungen einige Tochterunternehmen stark betroffen sind, wird für 2021 ein negatives Jahresergebnis in Höhe von rd. 4,4 Mio. EUR erwartet. Eine nähere Beschreibung der Risiken enthalten die Prognosen wesentlicher Tochterunternehmen.

D.1.2. STW

Im 1. Quartal 2021 liegen die Abgabemengen für Strom und Gas über Plan und für Fernwärme unter Plan. Die Wassermengen befinden sich nahezu auf Planniveau. Aufgrund von noch nicht eingetretenen Erlösen aus dem Verkauf einer Immobilie sowie einer unter Plan befindlichen Rohmarge aus der EEZ Vermarktung liegt das Ergebnis des ersten Quartals unter Plan; gegenläufig wirkt sich eine höhere Gewinnabführung der MFN aus.

Laut Wirtschaftsplan wird für das Geschäftsjahr 2021 von einem Jahresüberschuss vor Gewinnverwendung in Höhe von 13,8 Mio. EUR ausgegangen.

Aus heutiger Sicht wird das Planergebnis insbesondere aufgrund von höheren Aufwendungen aus der Verlustübernahme MFN erkennbar unterschritten.

D.1.3. WSB

Im Januar und Februar 2021 ist die Anzahl der Fahrgäste coronabedingt gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 30,6% gesunken. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrkarten sind sogar um 46,2% zurückgegangen. Hier sind aber neben den Auswirkungen der Corona-Pandemie auch die Einflüsse aus der Einführung des 365-Euro-Tickets sowie verschiedener Tarifsenkungen im Bartarif, die sämtlich zum 01.08.2020 eingeführt wurden, zu berücksichtigen. In der Differenzierung nach Tarifgruppen belaufen sich die Einnahmerückgänge im Bartarif auf 66,8%, im Ausbildungstarif auf 58,5% und im Zeitkartentarif Erwachsener auf 21,2%. Die korrespondierende Entwicklung der Fahrkartenverkäufe beträgt im Bartarif -64,2%, im Ausbildungstarif -33,4% und im Zeitkartentarif Erwachsener -20,8%. Nachdem die Corona-Pandemie mittlerweile fast ein Jahr andauert, zeigt sich auch im Segment der Jahreskarten ein zunehmender Rückgang der Fahrkartenverkäufe von mittlerweile rund 11,5%. Die Verkaufszahlen der Monatskarten Erwachsener sind um 55,8% zurückgegangen. Aufgrund der Erfahrungen aus

dem Vorjahr 2020 ist mit einer nachhaltigen Erholung der Fahrgastnachfrage und der Fahrkartenverkäufe vermutlich nicht vor Juni 2021 zu rechnen.

Der Jahresfehlbetrag liegt nach dem ersten Quartal 300 TEUR über dem geplanten Verlust in Höhe von 5.524 TEUR. Der Wirtschaftsplan 2021 geht von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 20.505 TEUR aus. Aus heutiger Sicht wird sich der geplante Jahresfehlbetrag aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie deutlich ausweiten.

Dies liegt hauptsächlich an Mindereinnahmen aus Fahrgelderlösen, insbesondere bei Fahrkartenverkäufen in Folge der andauernden Corona-Pandemie. Eine Fortführung des ÖPNV-Rettungsschirmes auch in 2021 kann das Jahresergebnis noch signifikant verändern.

Positiv wirken sich jedoch die höheren sonstigen betrieblichen Erträge aus, überwiegend aufgrund einer periodenfremden Stromgutschrift sowie die Ausgleichs für Tarifmaßnahmen aus Allgemeinen Vorschriften für das Jahr 2021. Darüber hinaus sind niedrigere Material- und Fremdleistungsaufwendungen zu erwarten. Weiterhin führt die Inanspruchnahme von Kurzarbeit im WSB-Fahrdienst bei gleichzeitiger Aufstockung des Kurzarbeitergeldes gemäß „Covid-19-Tarifvertrag“ zu einer Entlastung des Personalaufwandes.

Durch den Ergebnisabführungsvertrag beziehungsweise die Cash-Pooling-Vereinbarung mit der WVV wird sichergestellt, dass das negative Ergebnis der Gesellschaft ausgeglichen und die Finanzierung ermöglicht wird.

D.1.4. MFN

Der Wirtschaftsplan für 2021 geht von einem negativen Jahresergebnis in Höhe von 1.345 TEUR aus.

Aufgrund der anhaltenden Corona Pandemie ist davon auszugehen, dass der Verlust sich erhöht. Grund dafür ist insbesondere der geringere Stromtransport an Industriebetriebe und Gewerbetunden. Damit einher geht ein Defizit bei den Strom-Netzentgelten. Diese Erlösausfälle können jedoch in den Folgejahren aufgrund der Regulierungssystematik ausgeglichen werden. Im aktuellen Forecast (Stand Mai 2021) wird mit einem negativen Jahresergebnis in Höhe von 2.289 TEUR für das Jahr 2021 gerechnet.

Durch den Ergebnisabführungsvertrag beziehungsweise die Cash-Pooling-Vereinbarung mit der STW wird sichergestellt, dass das negative Ergebnis der Gesellschaft ausgeglichen und die Finanzierung ermöglicht wird.

D.1.5. HKW

In den Monaten Januar bis März 2021 lag der Fernwärmeabsatz witterungsbedingt und aufgrund einer höheren Erzeugungsmenge im MHKW um 16,8 Mio. kWh unter dem Planansatz. Die Stromerzeugung unterschreitet den Plan um 31,5 Mio. kWh.

Das Ergebnis nach dem ersten Quartal 2021 liegt insbesondere aufgrund geringerer Strom- und Fernwärmeerlöse unter Plan. Die niedrigeren Erträge aus der Erdgassteuer-rückerstattung sind durch einen geringeren Gaseinsatz bedingt.

Der Wirtschaftsplan weist für 2021 einen Jahresüberschuss in Höhe von 515 TEUR aus. Das positive Jahresergebnis ergibt sich aus dem Betrieb des Sekundär- und Primärregelleistungspools sowie der anteiligen KWK-Förderung der modernisierten GuD-Anlage, wodurch der Bilanzverlust sukzessive ausgeglichen wird.

Die Geschäftsführung geht nach einer dem aktuellen Stand entsprechenden Einschätzung davon aus, dass sich aus der anhaltenden Corona-Krise keine wesentlichen Auswirkungen auf die Gesellschaft ergeben werden.

D.1.6. WHG

Nach den ersten beiden Monaten in 2021 lag die Gesamtmenge der gelöschten und geladenen Güter in den Würzburger Häfen 20,1 % unter dem Vorjahr (149.804 t, i. Vj. 187.402 t).

Der Wirtschaftsplan für 2021 kalkuliert mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 320 TEUR. Die Gesellschaft erwartet somit laut Wirtschaftsplan einen im Vergleich zu 2020 niedrigeren Jahresüberschuss. Es bleibt abzuwarten, ob das Planergebnis aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie erreicht wird. Im Wirtschaftsplan wird zwar von einem Rückgang der Umsatzerlöse im Bereich der Personenschiffahrt ausgegangen, ob dieser „Abschlag“ jedoch ausreichen wird, ist aus heutiger Sicht noch unklar. Bei den Umsatzerlösen aus Vermietung und Verpachtung und aus Güterverkehr wird aus heutiger Sicht mit keinen größeren Einbußen gerechnet.

D.1.7. SVG

Die ersten zwei Monate des Jahres 2021 verliefen für die Gesellschaft nicht zufriedenstellend. Die Parkeinnahmen sind gegenüber dem Vorjahr um 868 TEUR bzw. 63,2% niedriger; die Anzahl der Kurzparker ist um 62,9% gesunken. Die Umsatzerlöse aus Parkvorgängen liegen nach den ersten beiden Monaten 969 TEUR unter dem Planansatz. Grund hierfür ist die Corona-Pandemie. Der Wirtschaftsplan 2021 geht von einem Jahresüberschuss vor Gewinnverwendung in Höhe von 900 TEUR aus. Aus heutiger

Sicht wird das Planergebnis aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie deutlich unterschritten. Die Beschränkungen im Einzelhandel, Gastronomie- und Tourismusbereich verursachen einen erheblichen Rückgang der Parkeinnahmen. Auch im Bereich der Dienstleistungen wird mit weniger Investitionen bei den Kunden der SVG gerechnet.

D.1.8. TWV

Die Trinkwasserabgabe nach den Monaten Januar bis März 2021 liegt um 0,036 Mio. m³ unter Plan. Den niedrigeren Umsatzerlösen aus Wasserverkauf und Nebengeschäft stehen geringere Materialaufwendungen und sonstige betriebliche Aufwendungen gegenüber, wodurch das Ergebnis nach dem ersten Quartal 2021 den Plan überschreitet.

Das im Wirtschaftsplan 2021 erwartete Ergebnis vor Gewinnverwendung in Höhe von 1.880 TEUR liegt nahezu auf dem Niveau des Jahres 2020.

Die Geschäftsführung geht nach einer dem aktuellen Stand entsprechenden Einschätzung davon aus, dass sich aus der anhaltenden Corona-Krise keine wesentlichen Auswirkungen auf die Gesellschaft ergeben werden.

Die laufende Finanzierung und Liquiditätsausstattung der Gesellschaft wird neben einer Darlehensaufnahme bei Dritten für längerfristige Investitionen im Wesentlichen über die Cash-Pooling-Vereinbarung mit der WVV sichergestellt. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr jederzeit gewährleistet. Durch die Cash-Pooling-Vereinbarung mit der WVV wird die Finanzierung der Gesellschaft sichergestellt. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Konzernfinanzierung mittelfristig so durchgeführt wird.

Um den gesetzlichen Anforderungen der zum 01.11.2011 in Kraft getretenen geänderten Trinkwasserverordnung Rechnung zu tragen, hat die Geschäftsführung mit Schreiben vom 10.10.2011 beim Gesundheitsamt Würzburg einen formellen Antrag auf Zulassung einer Abweichung für den Parameter Sulfat bis zu einem Wert von 500 mg/l für die Anlagen der TWV und der WW-E gestellt. Mit Bescheid des Gesundheitsamts Würzburg vom 20.09.2013 wurde dem Antrag der TWV unter Auflagen stattgegeben. Die Zulassung einer Abweichung des Indikatorparameters Sulfat vom Grenzwert ist auf 10 Jahre befristet. Seit Dezember 2020 laufen erste Gespräche mit dem zuständigen Gesundheitsamt, um die Zulassung für weitere 10 Jahre zu erhalten.

D.1.9. KWG

Der im Wirtschaftsplan 2021 ausgewiesene Jahresüberschuss vor Ertragsteuern in Höhe von 455 TEUR weist ein um 47 TEUR niedrigeres Ergebnis aus als im Jahr 2020 (502 TEUR), dies ist vor allem auf die in 2020 geringer angefallenen Vertriebsaufwendungen zurückzuführen.

Nach den ersten beiden Monaten des Jahres 2021 liegt das Ergebnis der Gesellschaft 90 TEUR unter dem Planansatz (Jahresfehlbetrag 80 TEUR). Aus heutiger Sicht wird das Planergebnis jedoch voraussichtlich erreicht, da die Planunterschreitung überwiegend aus gewöhnlichen Monatsverschiebungen resultiert.

D.1.10. WRG

Der Wirtschaftsplan für 2021 geht von einem Jahresüberschuss vor Gewinnverwendung in Höhe von 85 TEUR aus. Im Vergleich zum Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2020 stellt dies eine Ergebnisverbesserung dar, die aufgrund von höheren Umsatzerlösen aus Gewerbeabfällen erwartet wurde.

Zwischenzeitlich ist durch die im MHKW stattfindenden Arbeiten jedoch mit einem deutlichen Rückgang der Umsatzerlöse für Gewerbeabfälle zu rechnen. In Folge dessen wird sich auch der Materialaufwand reduzieren. Die Geschäftsführung geht daher davon aus, dass das Planergebnis für das Geschäftsjahr 2021 unterschritten wird.

D.1.11. WW-E

Der Absatz liegt nach den Monaten Januar bis Februar 2021 auf Planniveau. Aufgrund geringerer Materialaufwendungen überschreitet das Ergebnis den Plan.

Der Wirtschaftsplan 2021 geht von einer geringeren Absatzmenge gegenüber dem Vorjahr in Höhe von insgesamt 1.450 Tm³ aus. Für 2021 wird ein ausgeglichenes Ergebnis in Höhe von 5 TEUR erwartet.

Um den gesetzlichen Anforderungen der zum 01.11.2011 in Kraft getretenen geänderten Trinkwasserverordnung Rechnung zu tragen, hat die Geschäftsführung mit Schreiben vom 10.10.2011 beim Gesundheitsamt Würzburg einen formellen Antrag auf Zulassung einer Abweichung für den Parameter Sulfat bis zu einem Wert von 500 mg/l für die Anlagen der TWV und der WW-E gestellt. Mit Bescheid des Gesundheitsamts Würzburg vom 20.09.2013 wurde dem Antrag der WW-E unter Auflagen stattgegeben. Die Zulassung einer Abweichung des Indikatorparameters Sulfat vom Grenzwert ist auf 10 Jahre befristet. Seit Dezember 2020 laufen erste Gespräche mit dem zuständigen Gesundheitsamt die Zulassung für weitere 10 Jahre zu erhalten.

Seit 2014 werden die Brunnen wegen häufig auftretender, erhöhter Trübungswerte regelmäßig regeneriert. Die Beeinträchtigung führt zu einer reduzierten Wassergewinnung. Die Verfügbarkeiten der Brunnen können dadurch zukünftig zunehmend negativ beeinflusst werden. Die Gesellschaft prüft in diesem Zusammenhang Maßnahmen zur Verbesserung des Sachverhalts.

Die Geschäftsführung geht nach einer dem aktuellen Stand entsprechenden Einschätzung davon aus, dass sich aus der anhaltenden Corona-Pandemie keine wesentlichen Auswirkungen auf die Gesellschaft ergeben werden.

D.1.12. IMG

Das Ergebnis liegt in den Monaten Januar und Februar 2021 um 21 TEUR unter Plan.

Der im Wirtschaftsplan 2021 ausgewiesene Jahresüberschuss liegt 1.154 TEUR unter dem Ergebnis des Jahres 2020.

Aus heutiger Sicht wird das Planergebnis aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie deutlich unterschritten, da beispielsweise die Vermietbarkeit des Skyline Hill Centers im Hinblick auf Konferenzflächen sowie Apartments nicht gegeben ist.

D.1.13. IMG-G

Das Ergebnis liegt im I. Quartal 2021 55 TEUR über Plan.

Der Wirtschaftsplan 2021 geht von einem um 125 TEUR geringeren Jahresüberschuss als im Jahr 2020 aus. Aus jetziger Sicht wird das Planergebnis aufgrund der Corona-Pandemie unterschritten. Ergebnisrelevante Erlösausfälle resultieren aus der Schließung der Bäder sowie aus der Schließung des Mainfranken Theaters Würzburg, da hier die entsprechenden Reinigungsleistungen / Dienstleistungen nicht benötigt werden.

D.1.14. NVG

Für das Jahr 2021 ist grundsätzlich eine positive Entwicklung für die NVG zu erwarten. Durch den langfristigen Anmietvertrag zur Erbringung der städtischen Linienverkehre ist die wesentliche Geschäftsgrundlage der NVG gesichert. Die von WVV und Stadt Würzburg gemeinsam unter dem Titel „Busnetz+“ angestrebte Angebotsausweitung zur Verbesserung und Neugestaltung des innerstädtischen Busliniennetzes wird pandemiebedingt voraussichtlich erst Mitte September 2021 umgesetzt werden können, sodass mit einer erheblichen Aufstockung der Anmietleistung auch erst ab diesem Zeitpunkt zu rechnen ist.

Mit der Inbetriebnahme von 2 Elektrobussen samt Ladeinfrastruktur im Juni 2020 und der geplanten Ausweitung der vollelektrischen Flotte auf 18 Elektrobusse bis 2024 sind wichtige Weichen gestellt zu einer nachhaltigen Verbesserung der Luftreinhaltung und der Akzeptanz des Omnibuslinienverkehrs im Bereich der Würzburger Innenstadt.

Für die Gesellschaft wird es auch weiterhin eine strategische Hauptaufgabe bleiben, geeignetes Fahrpersonal im benötigten Umfang zu beschaffen und an das Unternehmen zu binden. Der pandemiebedingte Stillstand des Reisebusgewerbes und anderer Wirtschaftszweige hat nicht den erwarteten Schub an Stellenbewerbern für den Linienomnibusbetrieb zur Folge gehabt.

Der Wirtschaftsplan sieht für das Jahr 2021 einen Jahresüberschuss vor Steuern in Höhe von 100 TEUR vor.

D.1.15. WBG

Nach den ersten beiden Monaten im Jahr 2021 liegt der Jahresfehlbetrag 125 TEUR über dem geplanten Verlust. Insbesondere die Corona-Pandemie ist hierfür ausschlaggebend.

Der Wirtschaftsplan für 2021 kalkuliert mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.775 TEUR. Dieser liegt unter dem Niveau des Verlustes vom Berichtsjahr 2020.

Aus heutiger Sicht wird das Planergebnis, insbesondere aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie, nicht erreicht, d. h. es wird mit höheren Verlusten als ursprünglich geplant gerechnet. Auf staatliche Anordnung sind die Bäder seit Ende Oktober 2020 vollständig geschlossen. Die Höhe der Ergebnisverschlechterung ist unter anderem davon abhängig, wie lange die Schließungen der Bäder aufgrund der Pandemie andauern werden. Bei zeitnaher Wiedereröffnung wird es jedoch erneut notwendig sein ein Hygienekonzept vorzuweisen, bei dem die Anzahl der Besucher und somit auch die Umsatzerlöse deutlich niedriger ausfallen werden.

Durch den Gewinnabführungsvertrag beziehungsweise die Cash-Pooling-Vereinbarung mit der WVV wird sichergestellt, dass das negative Ergebnis der Gesellschaft ausgeglichen und die Finanzierung ermöglicht wird. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Situation mittelfristig unverändert bleibt.

D.1.16. GWW

Das Ergebnis liegt in den Monaten Januar und Februar 2021 20 TEUR unter Plan. Der Wirtschaftsplan 2021 geht von einem Jahresüberschuss in Höhe von 10 TEUR aus.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie sind das Nautiland und dessen Gastronomiebetrieb seit Ende Oktober 2020 geschlossen. Es ist derzeit noch unklar, wann und zu welchen Bedingungen die Bäder und damit die Gastronomie wieder öffnen können. Auch das Betriebsrestaurant weist aktuell nur ein eingeschränktes Angebot an Speisen aus. Dies hat jedoch keine Ergebnisauswirkung in der GWV, da der erwirtschaftete Verlust des Betriebsrestaurants in voller Höhe an die Konzerngesellschaften weiter verrechnet wird.

D.1.17. WVV-Konzern

Für das Geschäftsjahr 2021 wird auf Grund der anhaltenden Corona Pandemie mit einem niedrigen positiven Ergebnis gerechnet, das unter Berücksichtigung der auf konzernfremde entfallenden Gewinnanteilen zu einer weiteren Erhöhung des Konzernbilanzverlustes führt.

D.2. Investitionen

Das Bruttoinvestitionsvolumen im WVV-Konzern wird im Geschäftsjahr 2021 80,5 Mio. EUR betragen.

D.2.1. WVV

Der Investitionsplan 2021 der WVV weist für Software, Hardware und für sonstige Anlagen und Geschäftsausstattung 5,7 Mio. EUR aus. Die Gesellschaft finanziert die Investitionen durch die Aufnahme von Darlehen.

D.2.2. STW

Für das Geschäftsjahr 2021 sieht der Wirtschaftsplan Investitionen in Höhe von 24,7 Mio. EUR vor. Enthalten sind Mittel unter anderem für den Ersatzbau Umspannwerk Dürrbachau, die Erweiterung und Umstellung des Fernwärmenetzes auf Heizwasser, für Erweiterungen, Verstärkungen und Neuerschließungen der Netze, für Hausanschlüsse, für den Neu- und Umbau diverser Schalt Häuser/Umspannwerke bzw. Trafostationen. Finanziert werden die Investitionen durch die Aufnahme von Darlehen in Höhe von 33,5 Mio. EUR und den Erhalt von Zuschüssen zu den Sachanlagen.

D.2.3. WSB

Für das Geschäftsjahr 2021 sieht der Wirtschaftsplan 5,5 Mio. EUR für Investitionen vor; darin sind Fördermittel in Höhe von 3,4 Mio. EUR berücksichtigt. Der Schwerpunkt liegt in der Beschaffung von 18 Straßenbahngelenktriebwagen und in der Erweiterung des Schienennetzes der Straßenbahn in Richtung Grombühl. Für das Verwaltungsgebäude am Betriebshof Sanderau sind ebenfalls Mittel für die Erweiterung vorgesehen, zudem für die Errichtung von

Wartehallen und für Haltestellenbeleuchtung. Weitere Ausgaben sind geplant für die Anpassung der Haltestellen an längere Fahrzeuge sowie den barrierefreien Ausbau von Haltestellen. Darüber hinaus sind weitere Mittel für die Herstellung rampentauglicher Haltestellen und für sicherheitstechnische Einrichtungen im Plan berücksichtigt. Die Gesellschaft finanziert ihre Investitionen aus eigenen Mitteln und aus Zuschüssen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG).

D.2.4. MFN

Für das Geschäftsjahr 2021 sind Investitionen in Höhe von 1.273 TEUR vorgesehen. Diese beinhalten Investitionen für die Netzleitstelle (585 TEUR), Investitionen für den Fuhrpark (418 TEUR) sowie Investitionen für Werkzeuge und Inventar (270 TEUR).

D.2.5. HKW

Im Jahr 2021 sind Investitionen in Höhe von 21.803 TEUR vorgesehen, im Wesentlichen für die Modernisierung des Heizkraftwerks. Für den Wärmespeicher ist ein Investitionszuschuss in Höhe von 1.076 TEUR im Plan enthalten.

D.2.6. WHG

Für das Geschäftsjahr 2021 sind gemäß Investitionsplanung Investitionen in Höhe von insgesamt 437 TEUR vorgesehen. Diese Mittel werden u.a. für die Auswechslung von Gleisanlagen, für hafenspezifische Maßnahmen an Grundstücksflächen (u.a. Spundwand) sowie für den Fuhrpark verwendet.

D.2.7. SVG

Für das Geschäftsjahr 2021 sieht der Wirtschaftsplan 638 TEUR für Investitionen vor. Enthalten sind Mittel für neue Parkbetriebssysteme in Höhe von 520 TEUR sowie 20 TEUR für die Digitalisierung der Vertrags- und Dauerparkerverwaltung. Ferner sind für die Erweiterung der Leitstelle sowie der Videoanlage jeweils 20 TEUR enthalten. Ebenfalls mit 20 TEUR berücksichtigt ist die Investition in Störmeldesysteme. Auch bei den Investitionen kann es aufgrund der Corona-Pandemie zu Verzögerungen kommen. Zukünftige Investitionen in die Leitstelle werden auf Basis der laufenden Bewirtschaftungsverträge und deren Entwicklung geplant.

D.2.8. TWV

Für das Jahr 2021 sind Investitionen in Höhe von 1.293 TEUR vorgesehen, u. a. für Notstromaggregate, Brunnenerneuerung, Pumpwerke und Hochbehälter sowie für eine UV-Desinfektionsanlage.

D.2.9. KWG

Die Gesellschaft sieht für das Jahr 2021 Investitionen in Höhe von 1.216 TEUR vor. Um die Erneuerung der Dachkonstruktion der Tunnelhalle weiter fortzuführen, sind Investitionen in Höhe von 1.000 TEUR geplant. Unter anderem sieht der Investitionsplan außerdem vor, die GG-Sieb-anlage aus dem Leasing zu übernehmen. Zur Finanzierung der Investitionen soll Mitte 2021 ein Darlehen in Höhe von 1,2 Mio. EUR aufgenommen.

D.2.10. WRG

Für das Jahr 2021 kalkuliert die Gesellschaft mit Investitionen in Höhe von 1.706 TEUR. Diese Mittel werden u.a. für die Anschaffung der Gewerbeabfallsortieranlage sowie Fahrzeuge verwendet. Die Finanzierung erfolgt zu 100 % aus Eigenmitteln.

D.2.11. WW-E

Für das Jahr 2021 sind Investitionen in Höhe von 380 TEUR geplant. Diese entfallen insbesondere auf ein Notstromaggregat, die Erneuerung von Brunnenpumpen sowie auf Planungskosten für eine Aufbereitungsanlage.

D.2.12. IMG

Für das Jahr 2021 sind laut Investitionsplanung Investitionen in Höhe von 9.156 TEUR vorgesehen. Die geplanten Investitionen betreffen im Wesentlichen den Neubau eines Technischen Betriebsgebäudes sowie das Parkhaus Skyline Hill.

D.2.13. IMG-G

Für das Jahr 2021 sind Investitionen in Höhe von 36 TEUR für Reinigungsmaschinen, Systemerweiterung zur elektronischen Zeiterfassung und Büroausstattung vorgesehen.

D.2.14. NVG

Um weiterhin qualitativ hochwertige Dienstleistungen erbringen zu können, sind Investitionen in Höhe von 3,2 Mio. EUR in den Fuhrpark geplant.

D.2.15. WBG

Für das Geschäftsjahr 2021 sind im Wirtschaftsplan Investitionen in Höhe von insgesamt 55 TEUR vorgesehen.

D.2.16. GWW

Für das Jahr 2021 sind Investitionen in Höhe von 73 TEUR, insbesondere für ein Vakuumiergerät und einen Konvektor im Betriebsrestaurant, vorgesehen.

D.3. Risikobericht

Um alle den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, hat die WVV ein systematisches Risikomanagementsystem im Konzern eingerichtet. Die WVV stellt dabei für die verbundenen Unternehmen als Dienstleister die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen im Rahmen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sicher.

D.3.1. WVV

Die Abläufe für die Umsetzung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages (ÖDLA) zwischen der Stadt Würzburg und der WSB, insbesondere der Ausgleichsmechanismus, sind komplex gestaltet und müssen immer vertragskonform durchgeführt werden. Bei einer nicht vertragskonformen Abwicklung besteht ein finanzielles Risiko. Es könnte sich eine steuerliche Mehrbelastung für die WVV ergeben, wenn der Verlust der WSB nicht mehr vollständig über den Querverbund verrechnet werden könnte oder Zuschüsse der Stadt Würzburg als umsatzsteuerpflichtig gesehen werden.

Des Weiteren existiert für sieben Darlehen der Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH (TWV) eine gesamtschuldnerische Mithaft der WVV. Sollte die TWV ihre Darlehen nicht mehr tilgen können, wäre die WVV in der Haftung. Die Darlehensstände belaufen sich zum Jahresende 2020 auf 10,7 Mio. EUR.

Wesentliche Risiken entstehen der Gesellschaft aus den defizitären Tochtergesellschaften WSB und WBG und den daraus resultierenden Verlustübernahmen und dem damit verbundenen Liquiditätsabfluss, der auch den Spielraum für zukünftige Investitionen einengen kann.

Aus dem Kraftwerksbetrieb des HKW können über die Vertragsgestaltung mit der Stadtwerke Würzburg AG Risiken resultieren, welche im Jahresabschluss durch die Anwendung des IDW RS ÖFA 3 zum wesentlichen Teil neutralisiert werden. Ist diese Neutralisierung nicht mehr möglich oder verschlechtert sich die Kostensituation des HKW durch gesetzliche Änderungen, besteht das Risiko einer deutlich geringeren Abführung des Ergebnisses der Stadtwerke an die Gesellschaft und damit das Risiko eines Konzernverlustes in erheblicher Größenordnung.

Insgesamt stehen in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen vor allem im Bereich des ÖPNV an, deren Finanzierung trotz Zuschüssen den Konzern vor erhebliche Anstrengungen stellen wird.

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.2. STW

Im Geschäftskundensegment erfolgt nach Lieferung der Commodities Strom und Erdgas die Rechnungsstellung monatlich. Ein finanzielles Risiko entsteht im Insolvenzfall des Geschäftspartners, da offene Rechnungsforderungen vorliegen können und diese somit in die Insolvenzmasse des Unternehmens fließen, so dass ein Ausgleich der offenen Forderungen aus Energielieferung der Commodities nicht gewährleistet ist. Im Vorfeld der Belieferung findet im Rahmen der Angebotserstellung ab einem bestimmten Jahresabsatz eine Bonitätsprüfung statt. Die Angebotserstellung erfolgt für potenzielle Kunden nach Bonitätsauskunft nur bis zu einer festgelegten Ausfallwahrscheinlichkeit.

Mit dem Kontrahentenrisiko wird das Risiko bezeichnet, dass eine Vertragspartei möglicherweise nicht mehr in der Lage ist den vertraglichen Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen nachzukommen. Das Kontrahentenrisiko wird für die Beschaffungsseite gemessen.

Für das Darlehen der Heizkraftwerk Würzburg GmbH (HKW) zum Bau der GuD II mit der Sparkasse Mainfranken Würzburg (Darlehens-Laufzeit 2009-2023) sowie zur Modernisierung des Heizkraftwerkes mit der Deutschen Kreditbank AG (DKB) (Darlehens-Laufzeit 2021-2036) gab die Stadtwerke Würzburg AG (STW) eine Bürgschaft. Dem Voraus existiert bis zum 29.12.2021 eine Vorfinanzierung bei der DKB. Sollte die HKW ihre Darlehen nicht mehr tilgen können, wäre die STW in der Haftung.

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.3. WSB

Die vorgesehene Erweiterung des Schienennetzes der Straßenbahn in Richtung Frauenland/Hubland ist abhängig vom Planfeststellungsbeschluss, vom erfolgreichen Abschluss des standardisierten Bewertungsverfahrens, der in Aussicht gestellten Förderung und der Finanzierung. Der Erörterungstermin hat im Dezember 2017 stattgefunden. Der Planfeststellungsbeschluss für diese Maßnahme ist am 20.12.2020 ergangen.

Es besteht das Risiko, dass sich zukünftig ein erhöhter Sanierungsbedarf für die Erneuerung der Rasengleisanlagen ergibt. Es wurden lokal sogenannte Gleissetzungen sowie teilweise schlammige Löcher in Streckenabschnitten mit Rasengleis festgestellt. Das bestehende Fahrbahnsystem der Straßenbahn wird hinsichtlich der Notwendigkeit von Bauaktivitäten permanent überwacht.

Die WSB hat 6 Straßenbahnen der Baureihe GT-D in ihrem Bestand. Der TÜV SÜD Rail kommt in einem Zwischenbericht zu dem Ergebnis, dass die Betriebserlaubnis aufgrund

des hohen Fahrzeugalters (ca. 47 Jahre) auf längstens 31.12.2021 befristet ist.

Neben den sechs Straßenbahnen Typ GT-D befinden sich im Fuhrpark der WSB noch 14 Straßenbahnen des Typs GT-E (Durchschnittsalter 32 Jahre) sowie 20 Stück des Typs GT-N (Durchschnittsalter 25 Jahre). Aufgrund des fortgeschrittenen Fahrzeugalters ist die dauerhafte Ersatzteilversorgung seitens der Hersteller nicht mehr sichergestellt, so dass ggf. die betroffenen Straßenbahnen nicht mehr im Tagesgeschäft eingesetzt werden können. Kurzfristig müsste dies dann über Schienenersatzverkehr abgedeckt werden.

Der Stadtrat der Stadt Würzburg sowie der Aufsichtsrat der WSB haben die Beschaffung von 18 neuen Straßenbahnen beschlossen. Der Beschaffungsprozess wurde in 2018 begonnen und konnte mit der Vertragsunterzeichnung am 09.12.2019 mit der Firma HeiterBlick Straßenbahnen GmbH erfolgreich abgeschlossen werden.

Die ersten neuen Straßenbahnfahrzeuge sollen planmäßig in den Jahren 2022 und 2023 in Betrieb genommen werden. Vor dem Hintergrund der auf den 31.12.2021 befristeten Betriebserlaubnis der 6 Straßenbahnen vom Typ GT-D wird die WSB beim TÜV SÜD Rail eine entsprechende Fristverlängerung bis zum Einsatz der neuen Straßenbahnfahrzeuge beantragen.

Der Jahresabschluss 2020 enthält eine Rückstellung für Vorbehalte gegen die Einnahmenaufteilung beim Semesterticket. Die Rückstellung setzt sich aus einer möglichen Veränderung der Einnahmenaufteilung Semesterticket für die Jahre 2017 bis 2020 sowie aus einem erhöhten Ausgleich der Fahrgelderstattung für Schwerbehinderte gem. § 231 SGB IX zusammen.

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.4. MFN

Durch den Ergebnisabführungsvertrag bzw. der Cash-Pooling-Vereinbarung mit der STW wird sichergestellt, dass ein eventuell negatives Ergebnis der Gesellschaft ausgeglichen und die Finanzierung ermöglicht wird.

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.5. HKW

Die HKW verrechnet ihre Kosten zur Strom- und Fernwärmeerzeugung auf vertraglicher Basis an die STW weiter. Dadurch liegt das absatzwirtschaftliche Risiko bei der STW.

Es bestehen derzeit – auch wegen der bestehenden Vertragsbeziehungen mit der Stadtwerke Würzburg AG, welche eine nahezu vollständige Kostenerstattung vorsehen – keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.6. WHG

Im Zusammenhang mit einem mietvertraglich bedingten Rückbau von vorhandenen Gleisanlagen waren Bodenuntersuchungen auf Teilflächen im Neuen Hafen (nördliche Hafenstraße / Paradiesstraße) zur Ermittlung möglicher Kontaminationen erforderlich. In diesem Zuge wurden im gesamten betroffenen Gleisbereich unterhalb des Gleischotters Verunreinigungen festgestellt, die gegenüber der zuständigen Behörde (Stadt Würzburg) meldepflichtig sind. Es war davon auszugehen, dass Sanierungsmaßnahmen erforderlich sein werden. Im I. Quartal 2021 wurde nun bekannt, dass die zuständige Behörde keine weiteren Sanierungsmaßnahmen fordern wird. Das Risiko wird daher zum I. Quartal 2021 im Risikomanagementsystem gelöscht.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, bestehen derzeit keine. Hält die Corona-Pandemie jedoch das ganze Jahr über an oder kommt es zu einem erneuten Anstieg der Infektionszahlen, könnten die Umsatzerlöse aus Personenschiffahrt fast für das komplette Jahr ausfallen. Zudem könnten aufgrund der angeschlagenen Wirtschaft Mietzahlungen ausbleiben. Aus heutiger Sicht wird hiervon jedoch nicht ausgegangen.

D.3.7. SVG

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.8. TWV

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.9. KWG

Bei der turnusgemäßen Belastungsprüfung der tragenden Dachkonstruktion im Rahmen der Bauteilüberwachung für Holzkonstruktionen im Kompostwerk wurde von einem unabhängigen Sachverständigen festgestellt, dass eine teilweise Schädigung der Dachkonstruktion der Nachrottehalle vorliegt. Als wesentlicher Bestandteil der Kompostieranlage sind die Dachkonstruktion und das Dach der Nachrottehalle zu erneuern, um diesem Risiko entgegenzuwirken. Ein Teil der Sanierung wurde bereits durchgeführt und wird auch im Laufe der nächsten Jahre fortgeführt.

Das Kompostwerk unterliegt dem Marktrisiko der steigenden Entsorgungskosten. Die Entsorgungskosten der Siebüberläufe aus der Kompostierung steigen analog zu den Entsorgungskosten der thermischen Verwertung in der Müllverbrennung. Die Biomasseheizkraftwerke werden ausschließlich mit Abfällen befeuert, die der Preisbildung auf dem Abfallmarkt unterliegen. Hier führen die steigenden Kosten in der Müllverbrennung auch zu einem deutlichen Preisanstieg, da es keine alternativen Entsorgungsmöglichkeiten zur thermischen Verwertung gibt.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, bestehen derzeit keine.

D.3.10. WRG

Die 2017 in Kraft getretene GewAbfV verlangt die Zuführung gemischter Gewerbeabfälle an Sortieranlagen, welche ab dem 01.01.2019 mit vorgegebenen Komponenten ausgestattet sein müssen (Aggregate für Zerkleinerung, Siebung, Metallabscheidung, manuelle Sortierung sowie Austrag von Holz, Papier oder Kunststoffen). Kann die WRG die Anforderungen nicht erfüllen, so sind entsprechende Abfälle an andere Sortieranlagen weiter zu geben, was mit Kostensteigerungen von voraussichtlich 25-30 % einhergeht. Weiterhin werden Großanlieferer, welche bisher durch die WRG bedient werden, direkt an andere Sortieranlagen liefern. Dies hätte einen Umsatzeinbruch von ca. 1 Mio. EUR sowie die Verringerung der Marge bei verbleibenden Kunden i.H.v. 400 TEUR zur Folge.

Es bestehen derzeit keine Risiken, die die Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen oder ihren Bestand gefährden können.

D.3.11. WW-E

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.12. IMG

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.13. IMG-G

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.3.14. NVG

Das wesentliche Risiko im Geschäftsmodell der NVG liegt in der Fortführung des Anmietvertrages mit der WSB, der mit Ablauf des 26. Juli 2023 endet. Für eine vorzeitige Verlängerung des ÖDLA durch den Aufgabenträger sind bereits entscheidende Weichen gestellt. Aufgrund gesetz-

licher Vorgaben kann die Stadt Würzburg allerdings die Verlängerung frühestens im Juli 2021 für eine Laufzeit von dann 22,5 Jahren vornehmen.

Strategische Überlegungen können damit auf einer soliden und transparenten Basis erarbeitet und entschieden werden. Weiterhin werden die regelmäßig erstellten Abweichungsanalysen genutzt, um auch kurzfristig auf relevante Entwicklungen zu reagieren.

Die bis dato bestehenden Planungen weisen für die nächsten Jahre neben den hier aufgezeigten Entwicklungen keine weiteren wesentlichen Vorgänge oder bestandsgefährdenden Risiken aus.

D.3.15. WBG

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Jedoch wird sich die Corona-Pandemie deutlich auf die Gesellschaft und deren Ertragskraft auswirken. Es wird darauf ankommen, wie lange die Pandemie anhält und ob es zu einem erneuten Anstieg der Infektionszahlen kommen wird.

D.3.16. GWW

Es bestehen derzeit keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D.4. Chancenbericht

D.4.1. WVV

Einen besonderen Fokus legt der WVV-Konzern aktuell auf den Ausbau und die Kommunikation nachhaltiger und energieeffizienter Lösungen und die damit verbundene Positionierung als nachhaltiges und umweltkonformes Unternehmen. Als regionaler Versorger ist sich die WVV ihrer Verantwortung bewusst, die ausgezeichnete Lebensqualität in der Stadt Würzburg und der Region auch für künftige Generation zu sichern. Ein konsequentes Bekenntnis zum Klimaschutz und die Umsetzung und Messbarkeit nachhaltiger Werte sind dabei selbstverständlich.

Auch Investitionen in innovative Produkte und Prozesse sowie die stetige Weiterentwicklung neuer Dienstleistungen sieht die WVV als Chance und nutzt sie, um den permanenten Herausforderungen im Umfeld der Energiebranche zukunftsweisend zu begegnen. Besonders der digitalen Transformation kommt dabei eine wichtigere Rolle zu.

Eine leistungsfähige Infrastruktur auszubauen, zu erhalten und zu betreiben, ist für den WVV-Konzern ein weiterer

wichtiger Leistungsbaustein. Die Infrastruktur soll hierbei stets bedarfsgerecht, hochverfügbar und effizient sein. Das Vorgehen ist kontinuierlich und durch seine strategische Planung sowie durch eine permanente Qualitätssicherung gekennzeichnet.

D.4.2. STW

Das Jahr 2020 war weiterhin geprägt durch die fortgesetzte Optimierung der Wertschöpfungsstufen Energieerzeugung, Netzbetrieb und Marktmanagement. Das Unternehmen ist damit gut gerüstet, um die Chancen in den jeweiligen sehr dynamischen Geschäftsfeldern zu nutzen.

Energieerzeugung: Deutschland hat sich vorgenommen, den Ausstoß von Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn sich alle Sektoren dieser Aufgabe annehmen. Der Umbau des Energieversorgungssystems kann sich dabei nicht nur auf den Wandel in der Stromerzeugung konzentrieren, sondern muss auch die Wärmeversorgung einbeziehen. Denn: Der Wärmesektor ist für mehr als ein Drittel der energiebedingten CO₂-Emissionen verantwortlich.

Die Wärmeversorgung der Zukunft wird auf die lokalen Gegebenheiten abgestimmt. Es gibt keine Pauschallösung. Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit haben in diesem Zusammenhang eine wesentliche Bedeutung. Die kommunalen Unternehmen sind vor allem als Infrastrukturbetreiber und Systemmanager ein unverzichtbarer Partner für die Wärmewende. Sie sind regional verankert und leisten bereits heute einen wesentlichen Beitrag zur preisgünstigen und klimafreundlichen Wärmeversorgung durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Wärme- und Gasnetze.

Für die erfolgreiche Wärmewende muss verstärkt das große Ganze in den Blick genommen werden und es bedarf einer weiteren Steigerung der Effizienz, von der Energieerzeugung bis zur -verwendung, insbesondere durch Kraft-Wärme-Kopplung.

Die hocheffizienten, regelbaren KWK-Systeme sind weiterhin der Partner der volatilen erneuerbaren Energien, da sie ihre witterungsbedingte Volatilität flexibel kompensieren können. Und es braucht eine vermehrte Nutzung von erneuerbaren Energien und Abwärme. Um erneuerbare Wärme sowie Abwärme im großen Stil zu integrieren, bedarf es Wärmenetze. Damit jedoch niedrigtemperierte Wärme aus diesen Quellen aufgenommen werden kann, müssen intelligente, effiziente und zukunftsweisende Systemlösungen entwickelt werden.

Dafür benötigen die kommunalen Unternehmen die richtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das gilt einer-

seits für die Förderung von Wärmenetzsystemen unter Einbindung von KWK, Wärmespeichern und Power-to-Heat. Das gilt aber auch für einen Ordnungsrahmen, der Raum lassen muss, um vor Ort maßgeschneiderte Lösungen für eine klimafreundliche Wärmeversorgung entwickeln zu können.

Bereits mit dem Beginn der Dampfnetzumstellung von Dampf auf Heißwasser im Jahr 2010 wurden erste Schritte zur Wärmewende vollzogen. Ein geringer Brennstoffeinsatz bei der Erzeugung und geringere Verluste im Verteilnetz, nicht zuletzt auch durch eine Reduzierung der Vorlauftemperaturen im Sommer und der Übergangszeit führen bereits zu einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Der zweite und dritte Schritt ist der Einsatz eines Wärmespeichers und eine weitere deutliche Steigerung der Effizienz im Heizkraftwerk im Rahmen des laufenden Modernisierungsprojektes im Heizkraftwerk an der Friedensbrücke.

Im Heizkraftwerk kann weiterhin der neue Wärmespeicher mit einem Elektrodenkessel ergänzt werden, um aus regenerativem Strom „grüne“ Wärme zu erzeugen und speichern zu können, sobald die gesetzlichen Rahmenbedingungen einen wirtschaftlichen Betrieb zulassen.

Weitere Schritte zum Einstieg in die Nutzung von Abwärme und Power-to-Heat sind bereits in Planung. So werden erste Überlegungen angestellt, den Stadtteil Sanderau südlich des bestehenden Fernwärmenetzes mit einem Wärmenetz zu versehen, das fast ausschließlich mit regenerativer Wärme durch eine Flusswasserwärmepumpe versorgt wird.

Die fortschreitende Energiewende verändert auch die strategischen Ziele unseres Kraftwerkstandortes. Vorhaben zur weiteren Steigerung der Anlagenflexibilität sowie die Bereitstellung von Regelleistung in einem bundesweiten Erzeuger-Pool werden weiterhin als Beitrag zur Integration der Erneuerbaren Energien berücksichtigt.

Im Bereich Marktmanagement wurden wesentliche strategische, vertriebliche Aktivitäten vorbereitet und umgesetzt.

Ein strategischer Schwerpunkt liegt in der Stärkung der Kundenbindung bei Haushalts- und Gewerbekunden, da in diesem Kundensegment der preisaggressive Wettbewerb 2020 weiter anhält.

Auf der Basis der Markt- und Segmentierungsstudien wurden zielgruppenspezifische Angebote und Kommunikationskonzepte entwickelt. Der zunehmende Preiswettbewerb zeigt anhaltende Wechselquoten, die durch eine Stärkung der Produkt- und Kommunikationsleistung in Verbindung mit dem Aufbau eines Mehrwertportfolios reduziert werden. Die Vertriebsstrategie wurde zur Stär-

kung der Sondervertragsprodukte und erhöhter Kundenbindung durch das Kundenmanagement modifiziert.

Der Ansatz des Mehrwertportfolios wurde ausgebaut. Der Aufbau von kundensegmentspezifischen überregionalen Produktkampagnen erweitert im Jahr 2020 die Vertriebsaktivitäten. Regional verstärkt die Mehrwertstrategie die Kundenbindung im Produktvertrieb.

Für das Kundensegment Geschäftskunden erfolgt in 2020 durch die Fortführung des Vertriebs- und Beschaffungskonzeptes eine kontinuierliche Portfoliooptimierung. Das Produktportfolio wurde risikominimierend durch Spotmarktprodukte ergänzt.

Auch in diesem Kundensegment hält der Wettbewerb 2020 in der Region an. Die Weiterführung der Prozessoptimierung für Prognose und Kalkulation führt zur Stabilisierung des Ergebnisbeitrages. Die Erweiterung der Vertriebsprozesse zur Direktakquise und Kundenbindung führen zu einer nachhaltigen Portfoliostruktur. Für die Frontjahre ist erneut mit einem Wachstum durch die vertriebliche Weiterentwicklung zu rechnen.

Ein Schwerpunkt liegt in der Fortführung des kontinuierlichen Ausbaus des Geschäftsfelds Energiedienstleistungen. Durch den Aufbau eines Direktvermarktungspools konnte in den vergangenen Jahren ein wesentlicher Bestandteil der Energiewende in das Produktportfolio integriert werden. Der Ausbau des Dienstleistungsangebots zur Direkt- und Regelenergievermarktung für Betreiber von EEG-Anlagen (Biogas- und Photovoltaik Anlagen) wurde 2020 ausgebaut. Ebenfalls konnte das Dienstleistungsportfolio für die Vermarktung von Lösungen zur Photovoltaik und Elektromobilität erfolgreich integriert und ausgebaut werden. Zusätzliche Erlöspfade sind 2020 bereits realisiert, dadurch werden in den Folgejahren positive Geschäftsentwicklungen prognostiziert.

Zwischen dem Commodity Vertrieb und dem Dienstleistungsaufbau entwickeln sich wertbeitragende Cross-Selling-Potenziale.

Die Erweiterung des Produktportfolios im Dienstleistungsbereich wird kontinuierlich im Bereich Marktmanagement ausgebaut.

Netzgeschäft: Die derzeitige Situation im Umfeld des Netzgeschäftsfeldes eröffnet der MFN weiterhin Möglichkeiten für zusätzliche Dienstleistungsangebote.

Zum einen zählen hierzu Möglichkeiten aus dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDEW) in Verbindung mit dem Messstellenbetriebsgesetz (MsbG). Zwar wurde die Branche durch den Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Münster zur Einstellung der Einbaupflichtung von intelligenten Messsystemen verunsichert,

wir sind jedoch der Auffassung, dass das Beherrschen der Prozesse wie der Technik in Zukunft viele Chancen birgt. Hier zählt z. B. für uns intern, die Digitalisierung des Ableseprozesses, jedoch auch das Angebot an andere Messstellenbetreiber, die notwendigen, technischen Arbeiten bzw. Montagen zu übernehmen.

Das vorhandene Wissen wie auch die Fähigkeiten der Mitarbeiter ermöglichen das bereits vorhandene Dienstleistungsangebot weiter auszubauen. Hier seien als Beispiel die Anforderungen aus dem „Redispatch 2.0“ genannt. Es ist davon auszugehen, dass kleine oder auch mittlere Betreiber von Stromnetzen die Anforderungen langfristig nicht alleinig umsetzen werden können und die MFN sich als Kooperationspartner etablieren könnte. Hierbei wird der geographische Standort nicht entscheidend sein. Somit könnte ein solches Angebot sicherlich auch bundesweit ausgelobt werden.

Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Webportalangebote für Kunden und Partner, wie z. B. Installateure, lassen sich unsere internen Prozesse schlanker aufstellen und somit beiderseits schneller abwickeln. Hierzu wird es jedoch erforderlich sein, die Portale tief in unsere Systemlandschaft zu integrieren. Die Möglichkeiten unsere zum Teil sehr regelbasierten Prozesse zu automatisieren wird die Durchlaufgeschwindigkeit deutlich erhöhen.

D.4.3. WSB

Auch der Beginn des Jahres 2021 ist von den coronabedingten Einschränkungen, die sich sehr nachteilig auf die Fahrkartenverkäufe und Fahreinnahmen der WSB im VVM auswirken, geprägt. Zur Unterstützung der schwierigen finanziellen Situation des ÖPNV planen Bund und Freistaat auch im Jahr 2021 die Errichtung eines ÖPNV-Rettungsschirms, der die entstehenden Mindereinnahmen in 2021 möglichst zu 100 % ausgleichen soll. Die Ausgleichszahlungen werden an die Aufgabenträger ausgereicht, so dass die WSB die entsprechenden finanziellen Mittel über die Stadt Würzburg erhält.

Im Jahre 2020 wurde im Rahmen der Baumaßnahme der WSB zur Weiterführung der Straßenbahnlinien 1 und 5 in Grombühl mit der Ausführungsplanung für den Tiefbau und Gleisbau begonnen. Für das Jahr 2021 ist der Beginn der Planungsarbeiten für Fahrleitung und Bahnstromversorgung sowie der Abschluss der Tiefbauarbeiten durch das Staatliche Bauamt vorgesehen. Anschließend kann mit der Verlegung der Versorgungsleitungen begonnen werden. Die Baumaßnahme ist geprägt von der planerischen Herausforderung, den motorisierten Individualverkehr während der Bauzeit möglichst weitgehend in zweisepurigem Betrieb aufrechtzuerhalten.

Ende 2019 wurde seitens der WSB der Lieferauftrag an die Fa. Heiterblick über die Herstellung und Lieferung von 18 Straßenbahngelenktriebwagen erteilt. Die Auslieferung und Inbetriebnahme der ersten Fahrzeuge ist für Ende 2022/Anfang 2023 vorgesehen. Nach einem im November 2020 erlassenen Änderungsbescheid der Regierung von Unterfranken werden nun sämtliche 18 Fahrzeuge aus den Programmen Fahrzeugförderung, Luftreinhaltung und Innovationsprojekte mit insgesamt rd. 20,15 Mio. EUR gefördert.

Nach einer Dauer von mehr als acht Jahren wurde das Planfeststellungsverfahren für die Erweiterung der Straßenbahn in die Stadtbezirke Frauenland und Hubland Würzburg („Linie 6“) abgeschlossen. Der offizielle Planfeststellungsbeschluss wurde durch die Regierung von Unterfranken übermittelt. Für das Jahr 2021 ist die Einarbeitung der Planfeststellungsaufgaben sowie die Aktualisierung der sog. „Standardisierten Bewertung“ als Voraussetzung für die Gewährung von Fördermitteln geplant. Mittlerweile liegen jedoch die Klagen zweier Privatpersonen auf Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses vor.

Im Verlauf des Jahres 2020 wurden der Manteltext und sämtliche Anlagen und Anhänge für den neuen ÖDLA erstellt. Nach Abschluss der verbindlichen Auskunft durch das Finanzamt erfolgt im Frühjahr 2021 die Beantragung der Konzessionen bei der Regierung von Unterfranken. Der Vollzug des neuen ÖDLA ist für den 01.07.2021 über eine Laufzeit von 22,5 Jahren vorgesehen.

D.4.4. MFN

Die derzeitige Situation im Umfeld des Netzgeschäftsfeldes eröffnet der MFN weiterhin Möglichkeiten für zusätzliche Dienstleistungsangebote.

Zum einen zählen hierzu Möglichkeiten aus dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDEW) in Verbindung mit dem Messstellenbetriebsgesetz (MsbG). Zwar wurde die Branche durch den Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Münster zur Einstellung der Einbauverpflichtung von intelligenten Messsystemen verunsichert, wir sind jedoch der Auffassung, dass das Beherrschen der Prozesse wie der Technik in Zukunft viele Chancen birgt. Hier zählt z. B. für uns intern, die Digitalisierung des Ableseprozesses, jedoch auch das Angebot an andere Messstellenbetreiber, die notwendigen technischen Arbeiten bzw. Montagen zu übernehmen.

Das vorhandene Wissen wie auch die Fähigkeiten der Mitarbeiter ermöglichen das bereits vorhandene Dienstleistungsangebot weiter auszubauen. Hier seien als Beispiel die Anforderungen aus dem „Redispatch 2.0“ genannt. Es ist davon auszugehen, dass kleine oder auch mittlere Betreiber von Stromnetzen die Anforderungen langfristig nicht alleinig umsetzen werden können und die MFN sich

als Kooperationspartner etablieren könnte. Hierbei wird der geographische Standort nicht entscheidend sein. Somit könnte ein solches Angebot sicherlich auch bundesweit ausgelobt werden.

Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Webportalangebote für Kunden und Partner wie z. B. Installateure, lassen sich unsere internen Prozesse schlanker aufstellen und somit beiderseits schneller abwickeln. Hierzu wird es jedoch erforderlich sein, die Portale tief in unsere Systemlandschaft zu integrieren. Die Möglichkeiten unsere zum Teil sehr regelbasierten Prozesse zu automatisieren wird die Durchlaufgeschwindigkeit deutlich erhöhen.

D.4.5. HKW

Deutschland hat sich vorgenommen, den Ausstoß von Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn sich alle Sektoren dieser Aufgabe annehmen. Der Umbau des Energieversorgungssystems kann sich dabei nicht nur auf den Wandel in der Stromerzeugung konzentrieren, sondern muss auch die Wärmeversorgung einbeziehen. Denn: Der Wärmesektor ist für mehr als ein Drittel der energiebedingten CO₂-Emissionen verantwortlich.

Die Wärmeversorgung der Zukunft wird auf die lokalen Gegebenheiten abgestimmt. Es gibt keine Pauschallösung. Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit haben in diesem Zusammenhang eine wesentliche Bedeutung. Die kommunalen Unternehmen sind vor allem als Infrastrukturbetreiber und Systemmanager ein unverzichtbarer Partner für die Wärmewende. Sie sind regional verankert und leisten bereits heute einen wesentlichen Beitrag zur preisgünstigen und klimafreundlichen Wärmeversorgung durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Wärme- und Gasnetze.

Für die erfolgreiche Wärmewende muss verstärkt das große Ganze in den Blick genommen werden und es bedarf einer weiteren Steigerung der Effizienz, von der Energieerzeugung bis zur -verwendung, insbesondere durch Kraft-Wärme-Kopplung.

Die hocheffizienten, regelbaren KWK-Systeme sind weiterhin der Partner der volatilen erneuerbaren Energien, da sie ihre witterungsbedingte Volatilität flexibel kompensieren können. Und es braucht eine vermehrte Nutzung von erneuerbaren Energien und Abwärme. Um erneuerbare Wärme sowie Abwärme im großen Stil zu integrieren, bedarf es Wärmenetzen. Damit jedoch niedrigtemperierte Wärme aus diesen Quellen aufgenommen werden kann, müssen intelligente, effiziente und zukunftsweisende Systemlösungen entwickelt werden.

Dafür benötigen die kommunalen Unternehmen die richtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das gilt einerseits für die Förderung von Wärmenetzsystemen unter Einbindung von KWK, Wärmespeichern und Power-to-Heat. Das gilt aber auch für einen Ordnungsrahmen, der Raum lassen muss, um vor Ort maßgeschneiderte Lösungen für eine klimafreundliche Wärmeversorgung entwickeln zu können.

Bereits mit dem Beginn der Dampfnetzumstellung von Dampf auf Heißwasser im Jahr 2010 wurden erste Schritte zur Wärmewende vollzogen. Ein geringer Brennstoffeinsatz bei der Erzeugung und geringere Verluste im Verteilnetz, nicht zuletzt auch durch eine Reduzierung der Vorlauftemperaturen im Sommer und der Übergangszeit führen bereits zu einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Der zweite und dritte Schritt ist der Einsatz eines Wärmespeichers und eine weitere deutliche Steigerung der Effizienz im Heizkraftwerk im Rahmen des laufenden Modernisierungsprojektes im Heizkraftwerk an der Friedensbrücke.

Im Heizkraftwerk kann weiterhin der neue Wärmespeicher mit einem Elektrodenkessel ergänzt werden, um aus regenerativem Strom „grüne“ Wärme zu erzeugen und speichern zu können, sobald die gesetzlichen Rahmenbedingungen einen wirtschaftlichen Betrieb zulassen.

Weitere Schritte zum Einstieg in die Nutzung von Abwärme und Power-to-Heat sind bereits in Planung. So werden erste Überlegungen angestellt, den Stadtteil Sanderau südlich des bestehenden Fernwärmenetzes mit einem Wärmenetz zu versehen, das fast ausschließlich mit regenerativer Wärme durch eine Flusswasserwärmepumpe versorgt wird.

Die fortschreitende Energiewende verändert auch die strategischen Ziele unseres Kraftwerkstandortes. Vorhaben zur weiteren Steigerung der Anlagenflexibilität sowie die Bereitstellung von Regelleistung in einem bundesweiten Erzeuger-Pool werden weiterhin als Beitrag zur Integration der Erneuerbaren Energien berücksichtigt.

D.4.6. WHG

Im Zusammenhang mit der weltweiten Ausbreitung des Corona-Virus hat die Personenschiffahrt starke Erlöseinbußen zu verzeichnen. Dennoch wird davon ausgegangen, dass die Tourismusbranche – und somit auch die Nachfrage nach Reisen mit Fahrgastkabinenschiffen – mit Abklingen der Covid-19-Pandemie einem wirtschaftlichen Aufschwung unterliegen wird.

Ferner trägt der Güterumschlag zur Stärkung der Ertragslage der WHG bei. Ein großer Teil der Güter im Neuen Hafen wird über die Schiene umgeschlagen. Es ist daher notwendig, in den Erhalt der Gleisinfrastruktur zu inves-

tieren, um auch zukünftig einen sicheren Bahnverkehr zu gewährleisten.

Überdies plant die WHG zukünftig die Vermarktung von Dienstleistungen rund um die Anlegestelle sowie den Vertrieb von Energieterminals zu intensivieren.

D.4.7. SVG

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass das Vorantreiben der Digitalisierung immer wichtiger wird. Dies zeigt sich auch im Parkraummanagement. Generell werden sich nach der Corona-Pandemie die Parkeinnahmen nur langsam erholen, da das Kundenverhalten in Bezug auf die Verweildauer, sich nur langsam normalisieren wird. Die Dienstleistungen, insbesondere die Aufschaltungen auf die SVG-Parkleitstelle werden weiterhin verstärkt angefragt, welche die Kapazitäten der SVG zusätzlich auslasten. Die Digitalisierung wie z.B. Kennzeichenerkennung, Online-Dauerparker-Management oder Free-Flow-Parkraummanagement werden in Zukunft stärker am Markt gefragt und bieten weiteres Potenzial. Dieses Potenzial gilt es auch weiterhin verstärkt zu nutzen.

D.4.8. TWV

In der Gesellschaft werden aufgrund von verschiedenen Optimierungsmaßnahmen Kostensenkungen bei den Materialaufwendungen vorgenommen. Weiterhin werden durch Dienstleistungen in Form von Betriebsführungen von Anlagen zur Gewinnung, Aufbereitung, Speicherung und Verteilung von Trinkwasser umliegender Gemeinden sowie von Wasseranalysen für externe Dritte durch ein eigenes akkreditiertes Labor zusätzliche Erlöse generiert.

All diese Maßnahmen tragen zur Ergebnisverbesserung bei.

D.4.9. KWG

Die Anlieferungsmengen der kommunalen Partner werden weiter stabil bleiben. Im Raum Main-Tauber werden intensiv Informations- und Werbemaßnahmen für eine geordnete Biomüllabfuhr durchgeführt, was sich positiv auf die Anliefermenge und die -qualität auswirken sollte. Insgesamt sind die Kommunen und Körperschaften aufzufordern, weitere Informationskampagnen zur Verbesserung der Bioabfallqualität zu starten. Sofern die Witterung entsprechend günstig ist, können Zuwächse in der Grüngut-anlieferung erwartet werden.

Für 2021 ist der 2. Abschnitt der Dachsanierung vorgesehen. Die dazu nötigen Mittel sind eingeplant. Es bleibt abzuwarten, ob und wie sich die Folgen des Lockdowns auf die Umsetzung derartiger Projekte auswirken. Die Corona bedingten Schließungen von Baumärkten und Einzelhandelsgeschäften dämpfen möglicherweise die

Absatzmengen und damit Verkaufserlöse. Die Kontrakte mit Erdenlieferanten wurden neu geregelt und sollten eine erfolgreiche Kooperation und eine stabile Liefersicherheit gewährleisten.

Nach Fertigstellung der neuen Verbrennungslinie im MHKW Würzburg sollte ein gesicherter und wirtschaftlicher Abfluss der übrigbleibenden Störstoffe sichergestellt sein.

Die hohe Qualität der KWG-Produkte fördert eine stetig steigende Nachfrage. Für die Privat- und kleinen Gewerbetkunden könnten sich durch neue Produktkreationen zusätzliche Absatzpotenziale ergeben. Die typischen Endkunden erwarten auch weiterhin eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Produktportfolios. Eine enge Zusammenarbeit mit verschiedenen Forschungsanstalten soll dabei helfen, alle sich bietenden Möglichkeiten auszuschöpfen.

Für die Abgabe in großen Mengen wird die Positionierung am Markt der Bioerzeuger eine interessante Herausforderung darstellen. Die Düngeverordnung bietet Chancen und Risiken für die KWG-Produkte. Letztendlich wird deren Umsetzung wesentlich darüber entscheiden, ob organischer Dünger in der Landwirtschaft seinen Platz behaupten kann.

Der Betrieb der KWG befindet sich insgesamt auf einem sehr hohen Niveau. Sowohl Annahme, Verarbeitung und Logistik, als auch die marktgerechte Distribution heben sich von Marktkonkurrenten ab. Die technische Ausstattung bietet ausreichend Möglichkeiten, nachgefragte Produkte zu produzieren oder zu beschaffen. Während im Vertrieb und in der Administration die Mannschaft bereits verjüngt und neu aufgestellt werden konnte, bedarf es für den technischen Bereich nach wie vor zusätzlicher Unterstützung durch Neueinstellung geeigneten Fachpersonals.

Die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den kommunalen Partnern lässt auch für die Zukunft auf eine intensive Kooperation hoffen. Dazu ist die zuverlässige Annahme der Stoffe und die Sicherung der hohen Qualität der Produkte unabdingbare Voraussetzung. Die kontinuierliche Sanierung des Kompostwerkes ist Grundvoraussetzung dafür. Die notwendigen Entscheidungen sind getroffen und deren Umsetzung auf den Weg gebracht.

D.4.10. WRG

Die Gesellschaft wird sich in 2021 bei anstehenden Ausschreibungen in Nachbarlandkreisen beteiligen. Sofern sich die Möglichkeit bietet, sollten regionale Angebote mit Kooperationspartnern gemeinsam angegangen werden. Ferner ist anzustreben mit Rundum-Paketen für Handwerksbetriebe neue Geschäftsbeziehungen aufzubauen.

Die bestehenden Kontrakte mit Industriekunden sollen ausgebaut werden und das hierzu erforderliche Produktportfolio geschaffen werden.

Wesentlicher Arbeitsschwerpunkt wird die Vorantreibung der geplanten Investitionsmaßnahmen sein. Allen voran die Beschaffung und Installation einer Sortieranlage. Nur damit wird es möglich sein, den Anforderungen der neuen GewAbfV gerecht zu werden und letztendlich marktfähig zu bleiben. Nachdem offensichtlich die letzten Auflagen der Genehmigungsbehörde erfüllt sind, kann die Realisierung des Projektes angegangen werden. Sofern keine weiteren Verhinderungen eintreten, soll im letzten Quartal die Anlage geliefert und eingebaut werden, sodass ab dem 01. Quartal 2022 der Regelbetrieb der Sortieranlage anlaufen könnte.

Durch verbesserten Service und lukrative Angebote sollte eine noch bessere Auslastung der Containerkapazitäten erreichbar sein. Neben rentierlichen Standardprodukten müssen längerfristige Kontrakte mit gesicherten Umsätzen angestrebt werden.

Die Optimierung der Lager- und Produktionsabläufe hängt wesentlich von der Inbetriebnahme der Sortieranlage ab. Bis dahin gilt es durch kleinere Maßnahmen eine optimale Flächennutzung und eine sichere Arbeitsstättenausstattung zu gewährleisten.

Altersbedingte Personalrohaden werden auch in 2021 weiter umgesetzt. Bedarfsgerechte Aus- und Weiterbildungsprogramme sollen eine erfolgreiche Nachfolgeplanung sicherstellen. Konzernweite und innerbetriebliche Präventionsmaßnahmen sollen dazu beitragen, die krankheitsbedingten Ausfälle zu reduzieren und ausreichende Personalressourcen zu sichern.

D.4.11. WW-E

Das Wasserrechtsverfahren ist abgeschlossen. Die Bewilligung zur Entnahme von Grundwasser bis zu 2,5 Mio. m³/a ist bis zum Jahr 2035 erteilt. Weitere nennenswerte Chancen bestehen derzeit aufgrund des Gesellschaftszweckes des Unternehmens nicht.

D.4.12. IMG

Ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung des Wirtschafts- und Technologiestandortes Würzburg war die Entscheidung der IMG im neu entstehenden Stadtteil Hubland eine 61.823 m² große Gewerbefläche (Skyline Hill) zu erwerben und nach erfolgter Erschließung zu vermarkten. Auf diesen Flächen sollen in den nächsten Jahren insbesondere verwaltungsorientierte Unternehmen, Unternehmen der IT-Branche, universitätsaffine Nutzungen, Forschungseinrichtungen usw. angesiedelt werden. Für die IMG ergeben sich hierdurch neue und zusätzliche Aufgaben im Bereich

der Wertschöpfungskette „Immobilien / Asset Management“.

Für die zur Veräußerung stehenden Gewerbeflächen Skyline Hill konnten geeignete Erwerber akquiriert werden. Im Zusammenhang mit der erfolgreichen Vermarktung der Grundstücksflächen lässt sich für die Quartiersentwicklung eine rasch einsetzende Dynamik feststellen.

Um sich im dortigen Bereich jedoch nicht nur auf die „Maklerfunktion“ (Erwerb und Verkauf der Flächen des Quartiers VII / Skyline Hill) zu beschränken, sondern mit einer zentralen Funktion und dem breit aufgestellten Know-how der IMG und des WVV-Konzerns (z. B. technische und infrastrukturelle Immobiliendienstleistungen, usw.) auch mittel- und langfristig im neuen Stadtquartier Hubland vor Ort präsent zu sein, wurde ein modernes Bürogebäude (Skyline Hill Center) erstellt sowie eine Parkfläche errichtet. Das Skyline Hill Center bietet neben Büroflächen ebenso Nutzungen wie Apartments auf Zeit, Konferenz sowie Gastronomie / Cafeteria / Catering.

Die anliegenden Grundstückserwerber sehen in diesem umgesetzten Bauprojekt eine wichtige, richtungsweisende und der Entwicklung des Quartiers sehr dienliche Infrastruktureinrichtung, welche bei den weiteren individuellen Planungen entsprechend Berücksichtigung finden wird. Nicht zuletzt wird dem Thema „Parken“ bei dem jeweiligen Flächenbedarf und damit bei der „Flächennutzung“ eine besondere Bedeutung beigemessen. Mit der sich fortschreitenden Quartiersentwicklung – und der damit einhergehenden, bereits existierenden steigenden Parkflächennachfrage (u.a. erforderliche Stellplatznachweise) – soll nun auch das geplante Bauvorhaben Parkhaus Skyline Hill auf der Fläche des bestehenden Parkplatzes realisiert werden. Die Bauzeit des Parkhauses soll sich plangemäß auf die Geschäftsjahre 2021 / 2022 erstrecken.

Die für das Bauvorhaben erforderliche Ausweisung eines sogenannten Sondergebietes (SO) innerhalb des Gewerbegebietes „Skyline Hill“ als solches ist im Bebauungsplan entsprechend berücksichtigt.

D.4.13. IMG-G

Die IMG-G sieht gute Chancen, das Geschäft im kommunalen sowie im sonstigen Dienstleistungs-Bereich aufgrund des vorhandenen Marktpotenzials weiter auszubauen.

D.4.14. NVG

Die gute Entwicklung des Unternehmens wird durch ein regelmäßiges und ganzheitliches Monitoring unterstützt. Die Auftragslage ist für die nächsten Jahre über die Vergabeleistungen der WSB gesichert. Es ist davon auszugehen, dass die zwischenzeitlich massiv eingebrochenen Fahrgastzahlen nach Überwindung der Coronapandemie wie-

der das ursprüngliche Niveau erreichen werden und eine Kürzung der Vergabeleistungen nicht zu erwarten ist.

D.4.15. WBG

Das Nautiland wurde nach 2½-jähriger Bauzeit am 23.11.2019 eröffnet, konnte jedoch lediglich bis Mitte März 2020 aufgrund der Corona-Pandemie offengehalten werden. Zudem war das Bad ab Mitte Juli bis Ende Oktober 2020 unter Einhaltung strenger Hygienevorschriften für die Besucher geöffnet. Seither ist das Bad, genau wie die anderen Bäder, geschlossen. Durch verschiedene Kampagnen soll die Einrichtung den Menschen aus Würzburg und der Umgebung in Zukunft nähergebracht werden. Hier sollen die unterschiedlichen Bereiche wie Sauna und Wasserlandschaft den heterogenen Zielgruppen attraktiv vorgestellt werden, um so im Laufe des Jahres eine fundierte Marktplatzierung zu erreichen. Die neuen Parkplätze, die durch die SVG in Zukunft bewirtschaftet werden, sowie die in Nautiland umbenannte Straßenbahnhaltestelle sollen die schnelle, barrierefreie Erreichbarkeit hervorheben. Durch den Aufbau eines breit aufgestellten Kursprogrammes und die Durchführung von besonderen Aktionstagen in der Wasserlandschaft und in der Sauna sollen neue Personengruppen akquiriert werden.

Das Sandermare soll weiterhin als Sport- und Gesundheitsstätte dargestellt werden. Angebote wie Textilsauna, Damensauna und Familiensauna sollen hier die Aufmerksamkeit der Bevölkerung erreichen. Es soll dadurch erreicht werden, dass der Verlagerungseffekt in das Nautiland gemindert wird.

Die im Jahr 2018 wiedereröffnete Eislauffläche neben dem Freizeitbad konnte sich bereits eines hohen Besucherinteresses erfreuen. Durch die Bewerbung des Nautilands kann die Eisbahn aufgrund der geografischen Lage sehr gut mit eingebunden werden. Es bietet sich so die Chance einer weiteren Besuchersteigerung.

Aktionstage im Dallenbergbad sollen über die ganze Saison verteilt durchgeführt werden und somit in den Sommermonaten beworben werden. Es dient als kostengünstige Alternative zum Nautiland für alle sonnenhungrigen Badegäste. Weiterhin wird hier mit dem Thema Sicherheit geworben, da die Gefahren im Dallenbergbad deutlich geringer sind als der Sprung in den Main.

Aufgrund der aktuellen pandemischen Lage ist derzeit noch unklar, inwieweit die genannten Chancen im Jahr 2021 genutzt werden können. Es bleibt abzuwarten, wann und unter welchen Bedingungen die Bäder wiedereröffnen können.

D.4.16. GWW

Die gastronomischen Tätigkeiten in den Bereichen der Würzburger Bäder GmbH sollen durch wechselnde und interessante Angebote beworben werden und dadurch für den Besucher der Freizeitanlagen stärker in den Fokus gelangen. Stetige Auswertungen der einzelnen Artikelumsätze lassen zu, dass das Speisen- und Getränkeangebot kontinuierlich überarbeitet werden kann. Dieses ermöglicht eine schlankere Lagerhaltung zur Verringerung der Kosten. Kombiangebote, wie Kindergeburtstage, Saunapakete und Veranstaltungen, sollen in Zukunft noch weiter etabliert werden und tragen zur Steigerung des Umsatzes bei.

Die Übernahme der Mitarbeiterverpflegung in der Konzernzentrale und bei der Würzburger Straßenbahn GmbH seit dem 01.04.2020 ermöglicht eine höhere Abnahmemenge bei Lieferanten. Diese bietet einen höheren Verhandlungsspielraum und somit bessere Einkaufskonditionen. Personalengpässe können zwischen den verschiedenen Bereichen ausgeglichen werden und somit kann eine höhere Versorgungssicherheit erreicht werden.

Aufgrund der aktuellen pandemischen Lage ist derzeit noch unklar, inwieweit die genannten Chancen im Jahr 2021 genutzt werden können. Es bleibt abzuwarten, wann und unter welchen Bedingungen die Bäder und somit die Gastronomie wiedereröffnen können.

E. Menschen – das wichtigste Kapital

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor unseres Unternehmens. In Zeiten von demographischem Wandel und Fachkräftemangel wird es immer wichtiger, sich als attraktiver Arbeitgeber zu präsentieren, um neue Beschäftigte zu gewinnen und langfristig zu halten. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WVV profitieren von einem familienfreundlichen Umfeld, in dem sich Arbeit und Freizeit durch das Angebot an flexiblen Arbeitszeitmodellen ausgewogen gestalten lässt. Spannende Arbeitsaufgaben, ein angenehmes Arbeitsklima und individuelle Weiterbildungsmöglichkeiten erweitern den Horizont. Jeder kann sein Potential dort entfalten, wo die eigenen Stärken liegen. Gestaltungsfreiraum und das Einbringen eigener Ideen sind ausdrücklich erwünscht, hierfür steht eigens ein digitales Ideenmanagement im Intranet zur Verfügung.

Die WVV war schon immer eine gute Adresse für eine qualifizierte Ausbildung in vielen Berufsfeldern. In über 50 Jahren haben rund 900 junge Menschen in neun ver-

schiedenen Ausbildungsberufen eine kaufmännische oder gewerbliche Ausbildung absolviert. Als einer der größten regionalen Arbeitgeber bietet der Konzern gute Übernahmechancen. Auf Teamwork unter Kollegen und eine qualitativ hochwertige Ausbildung mit erfahrenen und kompetenten Ausbildern, die die Azubis individuell unterstützen, wird bei der WVV Wert gelegt. Weitere Benefits, wie Kennenlertage und Skifreizeiten, sowie ein moderner Arbeitsplatz in zentraler Lage machen die WVV als Ausbildungsbetrieb zusätzlich attraktiv.

Einmal im Jahr führen konzernweit Mitarbeiter mit ihren direkten Vorgesetzten ein verpflichtendes Mitarbeitergespräch. Das Gespräch trägt zu einer Verbesserung der Kommunikation in beide Richtungen bei und ist damit ein wirksamer Beitrag für ein gutes Arbeitsklima. Ebenso haben sich regelmäßige Meinungsumfragen innerhalb des Konzerns bewährt, die den Mitarbeitern Gelegenheit bieten, anonym Feedback zu geben.

Die Unternehmenskultur der WVV lebt von gegenseitiger Wertschätzung. Werte wie Respekt, Fairness und Verbindlichkeit sind bei der WVV nicht nur Schlagworte, sie werden im Unternehmen aktiv im Umgang mit Vorgesetzten und Mitarbeitern gelebt. Herausforderungen werden im Team gemeistert – vertrauensvoll, engagiert, zielstrebig und mit Spaß am Erfolg. Als moderner Dienstleister investiert die WVV in die Personalentwicklung. Dazu gehört auch ein breites Weiterbildungsangebot innerhalb des Unternehmens, beispielsweise durch die Angebote im Rahmen der E-Learning-Plattform „WVV-eAkademie“. Theoretische Themen und bedarfsorientierte fachliche Schulungen oder Seminare werden dort ansprechend und verständlich digital vermittelt. Externe Angebote zur allgemeinen berufsbegleitenden oder zur bedarfsorientierten Weiterbildung werden ebenfalls ermöglicht.

Digitalisierung und „Arbeiten 4.0“

Globalisierung und Digitalisierung verändern den Arbeitsalltag kontinuierlich. So sind heute flexible Angebote wie mobiles Arbeiten und Homeoffice für einen modernen Arbeitgeber unabdingbar. Sie werden unter den Begriffen „Arbeiten 4.0“ oder „New Work“ gefasst. Auch bei der WVV wurde, gerade im Zuge der Corona-Pandemie, das vernetzte Arbeiten und die damit verbundene Möglichkeit zum mobilen Arbeiten weiter aktiv vorangetrieben.

Um Flächen und Arbeitsplätze effizienter zu nutzen, soll zukünftig im Sinne des „New Work“ in den Büros ein neues Konzept etabliert und getestet werden. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die keinen festen Arbeitsplatz im Unternehmen haben und gelegentlich einen PC im Unternehmen nutzen müssen, werden dort flexible Arbeitsplätze angeboten. Auch können sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum ruhigen und konzentrierten Arbeiten oder für Videokonferenzen in diese gesonderten Räume zurück-

ziehen. Dabei wird bei solchen „(Co-)Working-Spaces“ die IT-Ausstattung effizienter verwendet und neue technische Möglichkeiten werden eingesetzt, um doppelte Ausstattung beim mobilen Arbeiten zu vermeiden.

Seit einiger Zeit vereinfacht zudem eine Mitarbeiter-App die Arbeitszeiterfassung. Von unterwegs lässt sich die aktuelle Arbeitszeit erfassen, einsehen und auch korrigieren.

Compliance als Selbstverständlichkeit

Gerade in Zeiten von Wandel und Krisen, die mit Veränderungen und Anpassungen einhergehen, halten wir fest an Moral, Ethik und Recht – an unseren Wertvorstellungen, die in unserem Verhaltenskodex verankert sind und bewusst im Arbeitsalltag gelebt werden. Der WVV-Verhaltenskodex ist das Kernstück unseres Compliance-Management-Systems, das seit 2018 Compliance-Strukturen und -Prozesse einrichtet und überwacht. Die klassischen Compliance-Themen wie Korruptionsprävention, Datenschutz, Interessenskonflikte etc. sind hier klar geregelt. Insgesamt sieht die WVV die selbstgestellte Verpflichtung eines Unternehmens zum Thema Compliance als Selbstverständlichkeit.

Würzburg, 17. Mai 2021

WÜRZBURGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRS-
GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

Der Geschäftsführer



Thomas Schäfer

GUT VERNETZT

Es gibt Zeiten, da ist eine gute Netzverbindung das A und O! Durch den Ausbau des Glasfasernetzes und den Anschluss vieler Schulen und Betriebe an ein schnelles Internet fördern wir die Digitalisierung in der Region und schaffen beste Voraussetzungen für die Arbeits- und Schulwelt der Zukunft.





Zusammenfassung der Gesellschaften

Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (Konzernobergesellschaft)	2020
Bilanzsumme	75,8 Mio
Eigenkapitalquote	29,3%
Umsatzerlöse	29,7 Mio. EUR
Jahresfehlbetrag	26 TEUR
durchschn. Beschäftigte	257

Stadwerke Würzburg AG	2020
Bilanzsumme	213,7 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	24,4%
Umsatzerlöse	376,0 Mio. EUR
Fernwärmeverkauf	274,4 Mio. kWh
Stromverkauf	778,9 Mio. kWh
Erdgasverkauf	1.850,7 Mio. kWh
Trinkwasserverkauf	9.063 Tm³
Jahresüberschuss vor Gewinnverwendung	9.768 TEUR
durchschn. Beschäftigte	234

Mainfranken Netze GmbH	2020
Bilanzsumme	18,2 Mio. EUR
Umsatzerlöse	138,6 Mio. EUR
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung	1.825 TEUR
durchschn. Beschäftigte	254

Würzburger Straßenbahn GmbH	2020
Bilanzsumme	55,9 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	45,7%
Umsatzerlöse	28,1 Mio. EUR
Anzahl der Fahrgäste	29,8 Mio.
Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	15.813 TEUR
durchschn. Beschäftigte	264

Würzburger Hafen GmbH	2020
Bilanzsumme	8,0 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	32,0%
Umsatzerlöse	3,0 Mio. EUR
Güterumschlag	1,1 Mio. t
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung	538 TEUR
durchschn. Beschäftigte	9

Würzburger Stadtverkehrs-GmbH	2020
Bilanzsumme	10,0 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	39,4%
Umsatzerlöse	13,3 Mio. EUR
Kurzparker	1,8 Mio.
Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	719 TEUR
durchschn. Beschäftigte	77

Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH	2020
Bilanzsumme	27,9 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	37,5%
Umsatzerlöse	12,9 Mio. EUR
Trinkwasserverkauf	11,1 Mio. m³
Jahresüberschuss vor Gewinnabführung	1.857 TEUR
durchschn. Beschäftigte	44

Würzburger Bäder GmbH	2020
Bilanzsumme	33,0 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	0,1%
Umsatzerlöse	1,1 Mio. EUR
Besucher Nautiland	81.725
Besucher Sandermare	27.389
Besucher Dallenbergbad	53.138
Besucher Eisbahn	22.395
Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	4.663 TEUR
durchschn. Beschäftigte	60

Heizkraftwerk Würzburg GmbH	2020
Bilanzsumme	74,4 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	25,6%
Umsatzerlöse	42,3 Mio. EUR
Stromverkauf	336,5 Mio. kWh
Fernwärmeverkauf	260,8 Mio. kWh
Jahresfehlbetrag	2.561 TEUR

Kompostwerk Würzburg GmbH	2020
Bilanzsumme	8,2 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	48,3%
Umsatzerlöse	5,1 Mio. EUR
Anlieferung	62.320 t
Jahresüberschuss	495 TEUR
durchschn. Beschäftigte	21

Würzburger Recycling GmbH	2020
Bilanzsumme	5,9 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	86,9%
Umsatzerlöse	6,7 Mio. EUR
Jahresüberschuss	75 TEUR
durchschn. Beschäftigte	36

WVV-Wirtschaftsstandort Würzburg Immobilien-Management GmbH	2020
Bilanzsumme	31,0 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	23,9%
Umsatzerlöse	3,8 Mio. EUR
Jahresüberschuss	1.404 TEUR

Wassergewinnung Würzburg-Estenfeld GmbH	2020
Bilanzsumme	6,6 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	84,0%
Umsatzerlöse	1,5 Mio. EUR
Wasserabgabe	1,8 Mio. m ³
Jahresüberschuss	89 TEUR

NVG Omnibus-Betriebsgesellschaft mbH	2020
Bilanzsumme	12,0 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	30,9%
Umsatzerlöse	13,7 Mio. EUR
Betriebsleistung	3,0 Mio. km
Jahresüberschuss	73 TEUR
durchschn. Beschäftigte	182

Immobilien-Management GmbH - Gebäudeservice Würzburg	2020
Bilanzsumme	0,8 Mio. EUR
Eigenkapitalquote	47,1%
Umsatzerlöse	4,1 Mio. EUR
Jahresüberschuss	300 TEUR
durchschn. Beschäftigte	163

Genusswunder Würzburg GmbH	2020
Bilanzsumme	0,3 Mio. EUR
Umsatzerlöse	0,4 Mio. EUR
Jahresfehlbetrag	95 TEUR
durchschn. Beschäftigte	14

KONZERNABSCHLUSS

der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Würzburg

Konzernbilanz

zum 31. Dezember 2020

in TEUR	Anhang	31.12.2020	31.12.2019
AKTIVSEITE			
Anlagevermögen	(1)		
Immaterielle Vermögensgegenstände		7.161	5.489
Sachanlagen		342.621	321.794
Finanzanlagen	(2)	7.656	7.649
		357.438	334.932
Umlaufvermögen			
Vorräte	(3)	14.017	16.793
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(4)	72.777	76.343
Flüssige Mittel	(5)	21.198	13.140
		107.992	106.276
Rechnungsabgrenzungsposten		3.484	4.393
		468.914	445.601
PASSIVSEITE			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	(6)	10.226	10.226
Kapitalrücklage	(6)	17.910	17.910
Gewinnrücklagen		29.538	27.817
Nicht beherrschende Anteile		40.819	41.435
Konzernbilanzverlust		-6.072	-5.338
		92.421	92.050
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	(7)	26.593	26.593
Empfangene Ertragszuschüsse		15.175	15.095
Rückstellungen	(8)	43.224	47.759
Verbindlichkeiten	(9)	272.718	246.070
Rechnungsabgrenzungsposten	(10)	18.492	17.757
Passive Latente Steuern	(11)	291	277
		468.914	445.601

Konzern Gewinn- und Verlustrechnung

für das Geschäftsjahr 2020

in TEUR	Anhang	2020	2019
Umsatzerlöse	(12)	450.567	441.777
Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen		806	76
Andere aktivierte Eigenleistungen		309	138
Sonstige betriebliche Erträge	(13)	33.113	24.107
Materialaufwand	(14)	-316.075	-299.558
Personalaufwand	(15)	-100.061	-98.692
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-23.794	-23.410
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(16)	-35.830	-33.880
Finanzergebnis	(17)	-3.121	-4.069
Steuern	(18)	-1.852	-3.189
Ergebnis nach Steuern		4.062	3.300
sonstige Steuern		-1.013	-834
Konzernjahresüberschuss		3.049	2.466
Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-5.338	-5.153
Einstellung in die Gewinnrücklagen		-1.721	-0
Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Gewinn		-2.700	-2.893
Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust		638	242
KONZERNBILANZVERLUST		6.072	5.338

Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2020

Die Veränderung des Finanzmittelfonds sowie die dafür ursächlichen Mittelbewegungen werden anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung aufgezeigt:

in Mio. EUR	2020
Periodenergebnis vor Ergebnisabführung	3,0
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	23,8
Abnahme der Rückstellungen	-5,1
Ertragswirksame Auflösung von empfangenen Ertragszuschüssen und Sonderposten	-1,2
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen	0,0
Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	7,3
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-17,5
Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen	0,1
Zinsaufwendungen	3,7
Sonstige Beteiligungserträge	-0,5
CASHFLOW AUS DER LAUFENDEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	13,6
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-3,0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,6
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-56,0
Erhaltene Beteiligungserträge (Dividenden)	0,5
Erhaltene Zinsen	0,0
CASHFLOW AUS DER INVESTITIONSTÄTIGKEIT	-57,9
Veränderung Ausgleichsposten	0,2
Auszahlungen aus der Gewinnabführung	-2,9
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	92,4
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	-46,9
Einzahlungen aus empfangenen Ertragszuschüssen	13,3
Gezahlte Zinsen	-3,2
CASHFLOW AUS DER FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	52,9
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	8,6
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	11,8
FINANZMITTELFONDS AM ENDE DER PERIODE	20,4
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds	
Flüssige Mittel	21,2
Jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-)	-0,8
	20,4

Eigenkapitalspiegel für das Geschäftsjahr 2020

GESCHÄFTSJAHR 2020

in TEUR	Mutterunternehmen					Minderheitsgesellschafter			
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzern-eigenkapital	Kumuliertes übriges Konzern-ergebnis	Eigenkapital	Minderheitenkapital	Kumuliertes übriges Konzern-ergebnis	Eigenkapital	Konzern-eigenkapital
Stand 31.12.2019	10.226	17.910	22.479		50.615	-	41.435	41.435	92.050
Gezahlte Dividenden	-	-	-	-	-	-	-2.886	-2.886	-2.886
Änderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige Veränderungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	-	-	987	-	987	-	2.062	2.062	3.049
Übriges Konzernergebnis	-	-	-	-	-	-	208	208	208
Konzern-gesamtergebnis	-	-	987	-	987	-	2.270	2.270	3.257
Stand 31.12.2020	10.226	17.910	23.466	-	51.602	-	40.819	40.819	92.421

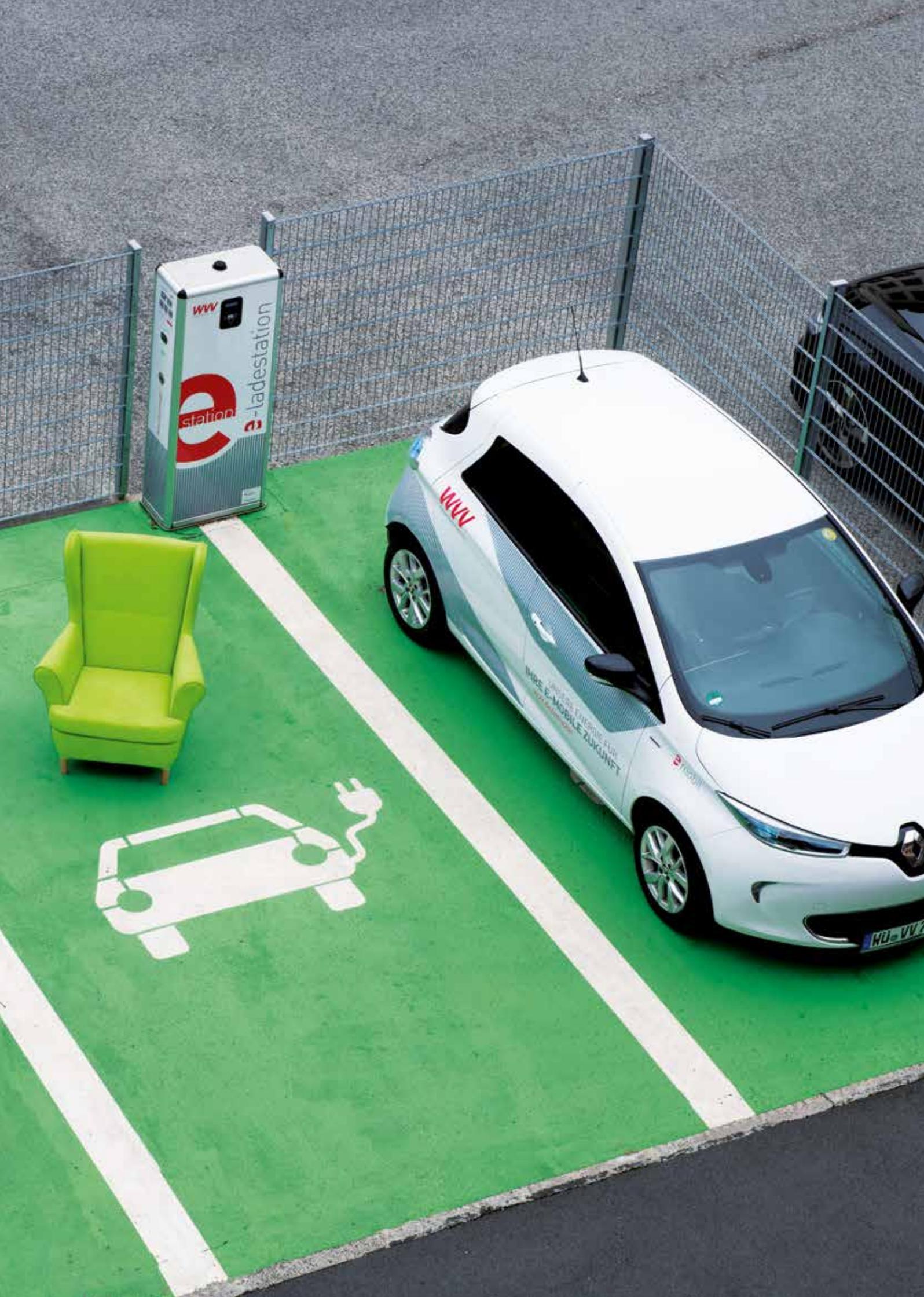
GESCHÄFTSJAHR 2019

in TEUR	Mutterunternehmen					Minderheitsgesellschafter			
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzern-eigenkapital	Kumuliertes übriges Konzern-ergebnis	Eigenkapital	Minderheitenkapital	Kumuliertes übriges Konzern-ergebnis	Eigenkapital	Konzern-eigenkapital
Stand 31.12.2018	10.226	17.910	22.663		50.799	-	41.926	41.926	92.725
Gezahlte Dividenden	-	-	-	-	-	-	-3.069	-3.069	-3.069
Änderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige Veränderungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	-	-	-184	-	-184	-	2.650	2.650	2.466
Übriges Konzernergebnis	-	-	-	-	-	-	-72	-72	-72
Konzern-gesamtergebnis	-	-	-184	-	-184	-	2.578	2.578	2.394
Stand 31.12.2019	10.226	17.910	22.479	-	50.615	-	41.435	41.435	92.050

GUT ANS ZIEL

Die Mobilität der Zukunft ist klima- und umweltschonend. Deshalb setzen wir auf innovative Mobilitätskonzepte für die Region und sind aktiv daran beteiligt, umweltfreundliche und emissionsarme Formen der Mobilität sowie eine flächendeckende Ladestruktur voranzubringen.





WVV
station
e-ladestation

WVV

HIER E-MOBILE ZUKUNFT

WVV

KONZERNANHANG FÜR 2020

Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Würzburg
Amtsgericht Würzburg HRB 162

I. Angaben zur Form und Darstellung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Der Konzernabschluss der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung (WVV) ist nach den Vorschriften des HGB und des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Die Gliederung des Konzernabschlusses ist um versorgungs- und verkehrsspezifische Posten erweitert.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) vom 24.07.2015 erstellt.

Die Anwendung der Vorschriften erfolgte erstmals für das Geschäftsjahr 2016.

Die Konzerngewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Der Konzernanhang wird nachfolgend zusammengefasst dargestellt.

Einzelne Posten der Konzernbilanz sowie der Konzerngewinn- und Verlustrechnung sind zusammengefasst, um die Klarheit der Darstellung zu verbessern. Diese Posten werden im Konzernanhang gesondert ausgewiesen.

II. Konsolidierungskreis

Die Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist Mutterunternehmen für nachfolgend aufgeführte Tochterunternehmen im Sinne des § 290 HGB, die damit auch verbundene Unternehmen im Sinne des § 271 Abs. 2 HGB sind.

In den Konzernabschluss sind neben der WVV als Mutterunternehmen gemäß § 294 Abs. 1 HGB folgende Gesellschaften einbezogen:

Name der Gesellschaft in TEUR	Eigenkapital 2020	Anteil %	Ergebnis 2020
Verbundene Unternehmen			
Stadtwerke Würzburg AG (STW)	52.240	56,8	**9.768
Würzburger Straßenbahn GmbH (WSB)	25.530	74,0	***-15.813
Würzburger Hafen GmbH (WHG)	2.574	74,0	***538
Würzburger Stadtverkehrs-GmbH (SVG)	3.955	66,7	**720
Würzburger Bäder GmbH (WBG)	25	100,0	***-4.663
Genusswunder Würzburg GmbH (GWW)	145	100,0	-95
Kompostwerk Würzburg GmbH (KWG)	3.974	100,0	495
Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH (TWV)	10.466	100,0	****1.857
Mainfranken Netze GmbH (MFN)	25	56,8	***1.825
Würzburger Recycling GmbH (WRG)	5.138	50,5	75
Heizkraftwerk Würzburg GmbH (HKW) *	19.061	49,6	-2.560
Wassergewinnung Würzburg- Etenfeld GmbH (WW-E) *	5.561	80,0	89
WVV Wirtschaftsstandort Würzburg Immobilien- Management GmbH (IMG)	7.411	100,0	1.404
Immobilien-Management GmbH - Gebäudeservice Würzburg (IMG-G) *	359	100,0	300
NVG Omnibus-Betriebs- gesellschaft mbH (NVG) *	3.698	65,1	73

* aus unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung

** vor Ergebnisabführung und Ausgleichszahlungen an außenstehende Aktionäre

*** vor Ergebnisabführung

**** vor Ergebnisabführung und Einstellung in die Gewinnrücklagen

Assoziierte Unternehmen gemäß § 311 Abs. 1 HGB:

Name der Gesellschaft in TEUR	Eigenkapital 2020	Anteil %	Ergebnis 2020
Verkehrsunternehmens- Verbund Mainfranken GmbH (VVM), Würzburg *	30	33,7	-
Rhön-Saale-Umweltdienste GmbH, Hammelburg *	1.294	15,6	127

* aus unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung

Die assoziierten Unternehmen sind mit dem Buchwert, der dem anteiligen Eigenkapital entspricht, angesetzt.

III. Konsolidierungsgrundsätze

Die Jahresabschlüsse der Tochtergesellschaften sind in den Konzernabschluss nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden einbezogen.

Die Abschlüsse der einbezogenen Tochtergesellschaften und der einbezogenen assoziierten Unternehmen wurden auf den Bilanzstichtag des Mutterunternehmens, den 31. Dezember 2020, aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt gemäß § 301 Abs. 1 Ziffer 1 und Abs. 2 HGB a.F. nach der Buchwertmethode durch Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem anteiligen Eigenkapital des jeweiligen Tochterunternehmens. Anteile, die erstmalig nach dem 1. Januar 2010 erworben wurden, werden nach der Neubewertungsmethode konsolidiert.

Als Zeitpunkt der Erstkonsolidierung wurden die Verhältnisse zum 01.01.1987 zugrunde gelegt. Bei später zugegangenen Beteiligungen wurde der Zeitpunkt des Erwerbs bzw. der Gründung als Zeitpunkt der Erstkonsolidierung zugrunde gelegt.

Die Konsolidierung nach der Equity-Methode erfolgt für assoziierte Unternehmen nach der Buchwertmethode gemäß § 312 Abs. 1 Nr. 1 HGB a.F. Hiernach wird der Wertansatz der Beteiligung, ausgehend von den Anschaffungskosten, entsprechend der Entwicklung des anteiligen bilanziellen Eigenkapitals des assoziierten Unternehmens fortgeschrieben. Als Zeitpunkt der Erstkonsolidierung wurde der Zeitpunkt des Erwerbs bzw. der Gründung zugrunde gelegt.

In der Konzernbilanz wird für die nicht der Muttergesellschaft zustehenden Anteile an den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen die Position „nicht beherrschende Anteile“ in Höhe ihres Anteils am Eigenkapital gesondert im Konzern-Eigenkapital ausgewiesen.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen konsolidierten Unternehmen werden aufgerechnet.

Erlöse aus Innenumsätzen sowie konzerninterne Erträge werden mit den entsprechenden konzerninternen Aufwendungen verrechnet.

IV. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Zur Verbesserung des Einblickes in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wurden die Gliederungen von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 265 HGB um branchentypische Posten erweitert.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) vom 24.07.2015 erstellt.

Die Anwendung der Vorschriften erfolgte erstmals für das Geschäftsjahr 2016.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden konzerneinheitlich angewandt.

Die Darstellung des Anlagevermögens im Anlagenspiegel gemäß § 265 HGB ist um branchentypische Posten erweitert. Zum besseren Einblick in die Vermögens- und Finanzlage ist auf der Passivseite ein Bilanzposten hinzugefügt.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Nutzungsdauern betragen 1 bis 33 Jahre.

Die Zugänge zum Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibungen werden planmäßig linear entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Anlagegüter vorgenommen, einzelne vorhandene Alt-Anlagen werden degressiv abgeschrieben. Die Nutzungsdauern betragen 1 bis 99 Jahre.

Für geringwertige Vermögensgegenstände zwischen 250,00 EUR und 1.000,00 EUR wurde ein jährlicher Sammelposten gebildet. Der jährliche Sammelposten wird über fünf Jahre gewinnmindernd aufgelöst. Scheidet ein Vermögensgegenstand vorzeitig aus dem Betriebsvermögen aus, wird der Sammelposten nicht vermindert. Zugänge, deren Anschaffungskosten 250,00 EUR nicht übersteigen, wurden direkt als Betriebsausgaben abgesetzt.

Die Investitionszuschüsse werden von den Anschaffungs- und Herstellungskosten der Anlagen abgesetzt. In der

Würzburger Straßenbahn GmbH wurden im Jahr 2020 139 TEUR Bauzeitzinsen für die Verlängerung einer Straßenbahnlinie und die Neuanschaffung von 18 Straßenbahnzügen im Anlagevermögen aktiviert. In der Heizkraftwerk Würzburg GmbH wurden im Jahr 2020 für die Modernisierungsmaßnahmen des Heizkraftwerks 55 TEUR Bauzeitzinsen aktiviert.

Die bis 31. Dezember 2002 vereinnahmten Baukostenzuschüsse sind passiviert und werden jährlich mit 5 % zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst. Die ab 1. Januar 2003 zugegangenen Baukostenzuschüsse werden von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt. Die ab 1. Januar 2010 zugegangenen Baukostenzuschüsse für Fernwärme und Wasser sind passiviert und werden jährlich mit 5 % zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

Beteiligungen und Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die für das Geschäftsjahr 2020 unentgeltlich zugeteilten Emissionsrechte werden zum Zeitwert bilanziert. Die entgeltlich erworbenen Emissionsrechte werden zu den Anschaffungskosten erfasst. Alle bilanzierten Emissionsrechte werden zum Bilanzstichtag auf den beizulegenden Teilwert abgewertet. Die zum Verbrauch bestimmten Rechte sind als gesonderte Position unter den Vorräten ausgewiesen; der Gegenwert ist unter den Rückstellungen dargestellt.

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder zu den niedrigeren Tageswerten bewertet, die unfertigen Leistungen zu Einzelkosten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Bei Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet ist, werden grundsätzlich angemessene Wertabschläge vorgenommen. Uneinbringliche Forderungen werden vollständig abgeschrieben.

Zur Abdeckung des allgemeinen Kreditrisikos bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 1–3 % auf den um die einzelwertberichtigten Forderungen und die Umsatzsteuer verminderten Forderungsbestand gebildet. Dieser Wert wurde auf Grund der Corona-Pandemie und den zu erwartenden höheren Forderungsausfällen teilweise von 1 % auf 3 % angepasst.

Bei der Bewertung der Forderungsabgrenzung wurde für die Energiearten Fernwärme, Trinkwasser und Strom wie im Vorjahr auf die Hochrechnung aus dem Abrechnungssystem zurückgegriffen. Für Erdgas erfolgt die Bewertung wie im Vorjahr aufgrund einer manuellen Hochrechnung,

die der standardlastprofilbasierten Hochrechnung nach G685 aus dem Abrechnungssystem gegenübergestellt und mit einem Korrekturfaktor verplausibilisiert wurde.

Die erhaltenen Anzahlungen für Energie- und Wasserlieferungen sind bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abgesetzt.

Die liquiden Mittel werden zum Nennwert bilanziert. Der in der Kapitalflussrechnung ausgewiesene Finanzmittelfonds enthält Kassen- und Bankbestände abzüglich jederzeit fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden entsprechend der periodengerechten Abgrenzung der Aufwendungen ermittelt.

Die Pensions-, Beihilfe- und Energiepreisermäßigungs-rückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung eines Zinsfußes von 2,30 %, die Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellungen unter Zugrundelegung eines Zinsfußes von 1,60 %, sowie den Richttafeln 2018G von Prof. Dr. Klaus Heubeck bei Anwendung des Teilwertverfahrens gebildet worden. Die angenommene Rentensteigerung bei den Pensionsrückstellungen beträgt 1 %. Bei den Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellungen wurde ein Einkommenstrend von 1,5 % unterstellt. Es wurde eine Fluktuation von 0,5 % bei den Energiepreisermäßigungs- und Jubiläumsrückstellungen angenommen.

Steuerrückstellungen und sonstige Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden die Rückstellungen mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind.

Zur Ermittlung der Drohverlustrückstellung im Strom-, Erdgas-, Trinkwasser- und Fernwärmebereich wurden Portfolios aus Absatz- und Bezugsgeschäften gebildet. Die Erlöse des jeweiligen Portfolios werden den relevanten Aufwendungen gegenübergestellt. Bei einem negativen Deckungsbeitrag bewertet je Portfolio, wird eine Drohverlustrückstellung gebildet.

Die Aufwandsrückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB a. F. in Höhe von insgesamt 1.492 TEUR (i.Vj. 1.818 TEUR) wurden gemäß Art. 67 Abs. 3 S. 1 EGHGB beibehalten.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden entsprechend der periodengerechten Abgrenzung der Erträge ermittelt.

Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB aus den Einzelgesellschaften wird kein Gebrauch gemacht.

Die sich insgesamt ergebenden passiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus Unterschieden zwischen Handels- und Steuerrecht im Anlagevermögen aufgrund des steuerrechtlich nicht zulässigen Komponentenansatzes des Hallendachs bei der KWG.

Die aktiven latenten Steuern ergäben sich in der WVV und den verbundenen Unternehmen aus den Positionen Anlagevermögen, Vorräte, Pensions-, personalbezogene und andere sonstige Rückstellungen sowie dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Es wurde ein unternehmensindividueller Steuersatz von 30,53 % zugrunde gelegt.

V. Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens des WVV-Konzerns wird in der Anlage 6.1.4 a zum Konzernanhang gezeigt.

(2) Finanzanlagen

Die Entwicklung der Finanzanlagen des WVV-Konzerns wird in der Anlage 6.1.4 a zum Konzernanhang gezeigt.

(3) Vorräte

in TEUR	31.12.20	31.12.19
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.173	7.194
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	0	4.815
Unfertige Leistungen	1.611	805
Waren	331	238
Schadstoffemissionsrechte	4.880	3.555
Geleistete Anzahlungen	22	186
	14.017	16.793

(4) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

in TEUR	31.12.20	31.12.19
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	43.158	41.815
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.588	2.328
Sonstige Vermögensgegenstände	28.031	32.199
	72.777	76.342

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im WVV-Konzern ist auch die Verbrauchsabgrenzung für noch nicht abgerechnete Energie- und Wasserlieferungen 80.206 TEUR (i. Vj. 79.042 TEUR) enthalten. Die von Kunden hierfür erhaltenen Abschlagszahlungen 72.683 TEUR (i. Vj. 70.812 TEUR) sind von den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abgesetzt. Des Weiteren ist die Verbrauchsabgrenzung für noch nicht abgerechnete Netznutzung in Höhe von 9.269 TEUR (i. Vj. 8.516 TEUR), für Mehr- und Mindermengen in Höhe von 11 TEUR (i. Vj. 14 TEUR) und aus Energieumlagen mit 281 TEUR (i. Vj. 172 TEUR) enthalten. Die von Kunden hierfür erhaltenen Abschlagszahlungen in Höhe von 8.551 TEUR (i. Vj. 8.025 TEUR) sind von den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abgesetzt.

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen die Gesellschafterin Stadt Würzburg in Höhe von 1.702 TEUR (i. Vj. 1.303 TEUR) enthalten.

Alle Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im WVV-Konzern haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

In den sonstigen Vermögensgegenständen im WVV-Konzern sind 1.708 TEUR (i. Vj. 2.608 TEUR) noch nicht abzugsfähige Vorsteuer und 13.744 TEUR (i. Vj. 17.014 TEUR) Forderungen gegenüber dem Hauptzollamt Schweinfurt enthalten.

Von den sonstigen Vermögensgegenständen des WVV-Konzerns haben 5 TEUR (i. Vj. 9 TEUR) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

(5) Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel betreffen überwiegend laufende Guthaben und Festgeldanlagen bei Kreditinstituten.

(6) Eigenkapital, gezeichnetes Kapital, Kapitalrücklage und Verlustvortrag

Beim WVV-Konzern handelt es sich um das gezeichnete Kapital der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung sowie um Kapitaleinlagen bei einbezogenen Unternehmen.

Die Kapitalrücklage des WVV-Konzerns setzt sich wie folgt zusammen:

in TEUR	31.12.20	31.12.19
WVV	1.190	1.190
WSB	16.480	16.480
WHG	190	190
WRG	50	50
	17.910	17.910

Die Gesellschaft weist in der Kapitalrücklage im Konzernabschluss auch Einzahlungen in die Kapitalrücklage von vollkonsolidierten Tochtergesellschaften durch andere Gesellschafter aus. Diese Einzahlungen wurden nach dem Zeitpunkt der Erstkonsolidierung geleistet und haben den Beteiligungsbuchwert der WVV nicht erhöht. Die Einzahlungen bei der WSB stammen aus weitergereichten ÖPNV-Mitteln der Gesellschafterin Stadt Würzburg. Eine zwischenzeitlich durchgeführte Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln bei der WSB, durch die sich die Beteiligungsverhältnisse an der WSB nicht verändert haben, hat den Ausweis dieser Mittel als Kapitalrücklage nicht beeinflusst.

Der auf Konzernfremde entfallende Gewinn teilt sich wie folgt auf:

in TEUR	2020
Karl Fischer & Söhne GmbH & Co. KG, Würzburg	9
Balthasar Höhn Bauunternehmung GmbH & Co. KG, Würzburg	14
Zweckverband Abfallwirtschaft Raum Würzburg	8
REMONDIS Kommunale Dienste Süd GmbH, München	16
Thüga AG, München	2.491
Wagner, Gerhard	9
Gemeinde Estenfeld	18
Sparkassenstiftung	*135
	2.565

* resultiert aus vertraglicher Mindestausgleichszahlung

Der auf Konzernfremde entfallende Verlust von 638 TEUR betrifft die Thüga AG, München.

(7) Aktiver und passiver Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung wird unter Anwendung der Buchwertmethode (§ 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB) a. F. in der Weise vorgenommen, dass eine Verrechnung des anteiligen Eigenkapitals des Tochterunternehmens mit dem Beteiligungsbuchwert der jeweiligen Obergesellschaft verrechnet wird. Als Zeitpunkt der Erstkonsolidierung wurde der 1. Januar 1987 bzw. der spätere Gründungs- bzw. Erwerbszeitpunkt zugrunde gelegt. Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstandene passive Unterschiedebeträge werden gemäß § 301 Abs. 3 HGB als Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung ausgewiesen. Aktive Unterschiedebeträge in Höhe von 396 TEUR wurden erfolgsneutral verrechnet. Darüber hinaus wurden aktive Unterschiedebeträge als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert und über eine Nutzungsdauer von 4 Jahren abgeschrieben.

(8) Rückstellungen

in TEUR	31.12.20	31.12.19
Rückstellungen für Pensionen	7.068	8.319
Steuerrückstellungen	3.098	3.942
Sonstige Rückstellungen	33.058	35.498
	43.224	47.759

Die sonstigen Rückstellungen im WVV-Konzern betreffen im Wesentlichen noch abzugeltende Überstunden und Urlaubsverpflichtungen sowie Energie- und Strompreisermäßigungen und Beihilfeverpflichtungen (6.103 TEUR; i. Vj. 7.354 TEUR), Altersteilzeit (2.574 TEUR; i. Vj. 2.432 TEUR), Jubiläums- (1.351 TEUR; i. Vj. 1.348 TEUR) und sonstige personalbezogene Rückstellungen (1.554 TEUR; i. Vj. 1.865 TEUR), diverse Netzsanierungen (913 TEUR; i. Vj. 1.239 TEUR), Zählerauswechslungen (315 TEUR; i. Vj. 315 TEUR), diverse Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (1.626 TEUR; i. Vj. 1.988 TEUR) und Abrechnungsverpflichtungen (1.006 TEUR; i. Vj. 834 TEUR). Des Weiteren sind Rückstellungen enthalten für im Geschäftsjahr verbrauchte Emissionsrechte, die im Jahr 2021 zurückgegeben werden (4.131 TEUR; i. Vj. 3.013 TEUR), mögliche Rückzahlungen aus KWK-Förderung (2.459 TEUR; i. Vj. 2.459 TEUR) noch ausstehende Netznutzungsrechnungen fremder Netzbetreiber (557 TEUR; i. Vj. 945 TEUR), ausstehende Rechnungen (774 TEUR; i. Vj. 1.781 TEUR), EEG und KWK Abrechnungen an TenneT (260 TEUR; i. Vj. 2.098 TEUR), Prozesskosten (284 TEUR; i. Vj. 254 TEUR), eine Rückstellung aufgrund bestehender Vorbehalte gegen die Einnahmenaufteilung für das Semesterticket (2.513 TEUR; i. Vj. 1.641 TEUR), eine Drohverlustrückstellung für das Parkhaus Schmalkalden (529 TEUR; i. Vj. 0 TEUR), eine Rückstellung für die Verdämmung der FH-Haubenkanäle (2.206 TEUR; i. Vj. 0 TEUR) und Rückstellungen für Umsatzsteuerliche Risiken und Zinsen (650 TEUR; i. Vj. 70 TEUR). Im Vorjahr bestand unter anderem noch eine Rückstellung für regulatorische Risiken (0 TEUR; i. Vj. 2.644 TEUR) und eine Drohverlustrückstellung für EEZ-Vermarktung (0 TEUR; i. Vj. 386 TEUR).

Die Gesellschaften sind Mitglieder der Zusatzversorgungskasse der Bayerischen Gemeinden (ZVK). Im Geschäftsjahr betrug das umlagepflichtige Entgelt im Konzern als Bemessungsgrundlage für die Zusatzversorgungskasse 61.998 TEUR (i. Vj. 61.784 TEUR). Dabei betrug der Umlagesatz grundsätzlich 3,75 % und der Zusatzbeitrag 4,00 % des pflichtigen Entgelts. Der Arbeitgeberanteil entspricht dem Umlagesatz zuzüglich des Zusatzbeitrags.

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Jahren und dem durchschnittlichen Marktzinssatz nach den vergangenen sieben Jahren

beträgt 380 TEUR und ist ausschüttungsgesperrt, jedoch nicht abführungsgesperrt.

(9) Verbindlichkeiten

in TEUR	31.12.20	31.12.19
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	207.391	152.492
Erhaltene Anzahlungen	0	2
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	33.914	48.910
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.327	6.941
Sonstige Verbindlichkeiten	26.087	37.725
	272.719	246.070
davon aus Steuern	22.166	21.887
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	30	21

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 46.258 TEUR sind durch Bürgschaften der Gesellschafterin Stadt Würzburg besichert. Des Weiteren ist ein Betrag in Höhe von 17.297 TEUR durch eine Gesamtbuchgrundschuld an den Objekten Friedrich-Bergius-Ring 19, Haugerring 6 und Heinestraße 9 sowie durch Gesamtbuchgrundschuld an dem Objekt in Würzburg, nahe Hubland Teilfläche aus Fl.Nr. 3066. Ebenfalls durch Grundschuld besichert ist das Objekt Leightonstraße, in Würzburg. Außerdem sind 4.754 TEUR durch eine Grundschuld an

dem Betriebsanwesen Delpstraße 18 sowie durch Sicherungsübereignung von Bussen besichert.

Für einen zum Bau der Gas- und Dampfturbinenanlage II aufgenommenen Kredit in Höhe von 6.000 TEUR besteht eine Ausfallbürgschaft der Stadtwerke Würzburg AG. Für ein im Geschäftsjahr 2019 und 2020 neu aufgenommenes Darlehen in Höhe von 30.143 TEUR für die Modernisierung der Gas- und Dampfturbinenanlage besteht ebenso eine Ausfallbürgschaft der Stadtwerke Würzburg AG. Außerdem haftet die Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung zusammen mit der Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH für gewährte Darlehen in Höhe von insgesamt 10.725 TEUR gesamtschuldnerisch.

Des Weiteren sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 953 TEUR durch eine Bürgschaft der Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH besichert.

In den Verbindlichkeiten des WVV-Konzerns sind Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin Stadt Würzburg in Höhe von 85 TEUR (i. Vj. 9 TEUR) in den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie in den sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 0 TEUR (i. Vj. 3.327 TEUR) enthalten.

Verbindlichkeitspiegel

in EUR	31.12.2020 Gesamt	mit einer Restlaufzeit von			31.12.2019 Gesamt in EUR
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	207.390.823	53.511.097	78.237.803	75.641.923	152.491.817
(Vorjahr)		(27.772.097)	(68.951.262)	(55.768.458)	
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		-	-	-	1.862
(Vorjahr)		(1.862)	(-)	(-)	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	33.913.979	33.868.598	45.381	-	48.910.340
(Vorjahr)		(48.783.608)	(126.732)	(-)	
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.326.792	5.326.792	-	-	6.940.799
(Vorjahr)		(6.940.799)	(-)	(-)	
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	-	-	-	-	-
(Vorjahr)		(-)	(-)	(-)	
Sonstige Verbindlichkeiten	26.087.065	24.842.107	1.185.945	59.013	37.725.027
(Vorjahr)		(36.455.227)	(1.212.353)	(57.447)	
	272.718.659	117.548.594	79.469.129	75.700.936	246.069.845

(10) Rechnungsabgrenzungsposten

Der Abgrenzungsposten beinhaltet hauptsächlich (16.502 TEUR, i. Vj. 16.161 TEUR) Baukostenzuschüsse für verpachtete Netze, die ratierlich aufgelöst werden.

(11) Passiv latente Steuern

Die latenten Steuern kommen aus der Kompostwerk Würzburg GmbH und resultieren aus Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerrecht im Anlagevermögen aufgrund des steuerlich unzulässigen handelsrechtlich angesetzten Komponentenansatz eines Hallendachs. Der angewendete Steuersatz beträgt 30,525 %.

Derivative Finanzinstrumente

Zum Bilanzstichtag bestehen die folgenden Bewertungseinheiten gemäß § 285 Nr. 23 HGB:

STW

RISIKO		GRUNDGESCHÄFT	
Variable	Art	Art	Betrag
Zins	Wertänderung	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.000.000,00 € (nominal)

SICHERUNGSTRUMENT		LAUFZEIT	
Art	Betrag	Abgesichertes Risiko	(Designationszeitraum)
Zinsswap	4.000.000,00 €	4.000.000,00 €	29.07.2011 – 30.06.2021

Art der Bewertungseinheit	Ermittlungsmethode	Ausgleichsgründe	Prospektive/Retrospektive Effektivität
Micro-Hedge	Barwertmethode	vollständige Laufzeit- und Volumenkongruenz (100 %)	vollständig / vollständig (100 % / 100 %)

Es besteht eine Bewertungseinheit mit dem unter der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesenen Darlehensvertrag der Sparkasse Mainfranken Würzburg, über 200 TEUR.

Die für Sicherungszwecke abgeschlossenen Finanztermingeschäfte weisen zum Bilanzstichtag insgesamt einen Zeitwert in Höhe von -2 TEUR aus. Der Zeitwert bestimmt sich aus den abgesicherten Zinsrisiken, bewertet mit dem Sicherungskurs am Bilanzstichtag. Die Ermittlung des Marktwertes erfolgt nach der Barwertmethode.

Das Grund- und Sicherungsgeschäft sind denselben Risiken ausgesetzt, auf die identische Faktoren in gleicher Weise einwirken. Das Sicherungsgeschäft weist keine anderen Risiken auf als das Grundgeschäft (z.B. Basiswertidentität 4.000 TEUR, Währungsidentität EUR), welches zu 100 % gegen das Zinsrisiko abgesichert ist.

Es liegen keine Fristenunterschiede zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft vor.

Art	Bezugsbetrag	Währung	Anfangsdatum	Enddatum	Stand am Bilanzstichtag
Grundgeschäft	4.000.000,00	EUR	29.07.2011	30.06.2021	200.000,00
Sicherungsgeschäft	4.000.000,00	EUR	29.07.2011	30.06.2021	200.000,00

WW-E

RISIKO		GRUNDGESCHÄFT	
Variable	Art	Art	Betrag
Zins	Wertänderung	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.100.000,00 € (nominal)

SICHERUNGSMITTEL		LAUFZEIT	
Art	Betrag	Abgesichertes Risiko	(Designationszeitraum)
Zinsswap	4.100.000,00 €	4.100.000,00 €	01.08.2001 - 01.08.2026

Art der Bewertungseinheit	Ermittlungsmethode	Ausgleichsgründe	Prospektive/Retrospektive Effektivität
Micro-Hedge	Barwertmethode	vollständige Laufzeit- und Volumenkongruenz (100 %)	vollständig / vollständig (100 % / 100 %)

Es besteht eine Bewertungseinheit mit dem unter der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesenen Darlehensvertrag der Sparkasse Mainfranken Würzburg über 953 TEUR. Die für Sicherungszwecke abgeschlossenen Finanztermingeschäfte weisen zum Bilanzstichtag insgesamt einen Zeitwert in Höhe von TEUR -178 aus. Der Zeitwert bestimmt sich aus den abgesicherten Zinsrisiken, bewertet mit dem Sicherungskurs am Bilanzstichtag. Die Ermittlung des Marktwertes erfolgt nach der Barwertmethode.

Das Grund- und Sicherungsgeschäft sind denselben Risiken ausgesetzt, auf die identische Faktoren in gleicher Weise einwirken. Das Sicherungsgeschäft weist keine anderen Risiken auf als das Grundgeschäft (z.B. Basiswertidentität 4.100 TEUR, Währungsidentität EUR), welches zu 100 % gegen das Zinsrisiko abgesichert ist.

Es liegen keine Fristenunterschiede zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft vor.

Art	Bezugsbetrag	Währung	Anfangsdatum	Enddatum	Stand am Bilanzstichtag
Grundgeschäft	4.100.000,00	EUR	01.08.2001	01.08.2026	952.525,32
Sicherungsgeschäft	4.100.000,00	EUR	01.08.2001	01.08.2026	952.525,32

IMG Nr. 1

RISIKO		GRUNDGESCHÄFT	
Variable	Art	Art	Betrag
Zins	Wertänderung	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.900.000,00 € (nominal)

SICHERUNGSTRUMENT		LAUFZEIT	
Art	Betrag	Abgesichertes Risiko	(Designationszeitraum)
Zinsswap	3.900.000,00 €	3.900.000,00 €	30.03.2011 - 28.03.2031

Art der Bewertungseinheit	Ermittlungsmethode	Ausgleichsgründe	Prospektive/Retrospektive Effektivität
Micro-Hedge	Barwertmethode	vollständige Laufzeit- und Volumenkongruenz (100 %)	vollständig / vollständig (100 % / 100 %)

Es besteht eine Bewertungseinheit mit dem unter der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesenen Darlehensvertrag der Sparkasse Mainfranken Würzburg über 1.999 TEUR. Die für Sicherungszwecke abgeschlossenen Finanztermingeschäfte weisen zum Bilanzstichtag insgesamt einen Zeitwert in Höhe von TEUR -450 aus. Der Zeitwert bestimmt sich aus den abgesicherten Zinsrisiken, bewertet mit dem Sicherungskurs am Bilanzstichtag.

Das Grund- und Sicherungsgeschäft sind denselben Risiken ausgesetzt, auf die identische Faktoren in gleicher Weise einwirken. Das Sicherungsgeschäft weist keine anderen Risiken auf als das Grundgeschäft (z. B. Basiswertidentität 3.900 TEUR, Währungsidentität EUR), welches zu 100 % gegen das Zinsrisiko abgesichert ist.

Die Ermittlung des Marktwertes erfolgt nach der Barwertmethode.

Es liegen keine Fristenunterschiede zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft vor

Art	Bezugsbetrag	Währung	Anfangsdatum	Enddatum	Stand am Bilanzstichtag
Grundgeschäft	3.900.000,00	EUR	30.03.2011	28.03.2031	1.998.750,00
Sicherungsgeschäft	3.900.000,00	EUR	30.03.2011	28.03.2031	1.998.750,00

IMG Nr. 2

RISIKO		GRUNDGESCHÄFT	
Variable	Art	Art	Betrag
Zins	Wertänderung	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.300.000,00 € (nominal)

SICHERUNGSMITTEL		LAUFZEIT	
Art	Betrag	Abgesichertes Risiko	(Designationszeitraum)
Zinsswap	1.300.000,00 €	1.300.000,00 €	30.04.2011 - 30.03.2031

Art der Bewertungseinheit	Ermittlungsmethode	Ausgleichsgründe	Prospektive/Retrospektive Effektivität
Micro-Hedge	Barwertmethode	vollständige Laufzeit- und Volumenkongruenz (100 %)	vollständig / vollständig (100 % / 100 %)

Es besteht eine Bewertungseinheit mit dem unter der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesenen Darlehensvertrag der Sparkasse Mainfranken Würzburg über 666 TEUR. Die für Sicherungszwecke abgeschlossenen Finanztermingeschäfte weisen zum Bilanzstichtag insgesamt einen Zeitwert in Höhe von TEUR -149 aus. Der Zeitwert bestimmt sich aus den abgesicherten Zinsrisiken, bewertet mit dem Sicherungskurs am Bilanzstichtag.

Das Grund- und Sicherungsgeschäft sind denselben Risiken ausgesetzt, auf die identische Faktoren in gleicher Weise einwirken. Das Sicherungsgeschäft weist keine anderen Risiken auf als das Grundgeschäft (z. B. Basiswertidentität 1.300 TEUR, Währungsidentität EUR), welches zu 100 % gegen das Zinsrisiko abgesichert ist. Die Ermittlung des Marktwertes erfolgt nach der Barwertmethode.

Es liegen keine Fristenunterschiede zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft vor.

Art	Bezugsbetrag	Währung	Anfangsdatum	Enddatum	Stand am Bilanzstichtag
Grundgeschäft	1.300.000,00	EUR	30.04.2011	30.03.2031	666.250,00
Sicherungsgeschäft	1.300.000,00	EUR	30.04.2011	30.03.2031	666.250,00

Sonstige finanzielle Verpflichtungen / Haftungsverhältnisse des Konzerns

Das Bestellobligo für Investitionen beträgt 118.608 TEUR.

Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

in TEUR	bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Verpflichtung aus Wasser- lieferungsverträgen	291	582	-
Miet-/Pachtverpflichtungen	3.843	11.424	21.389
Leasingverpflichtungen	713	882	-
Wartungsverpflichtungen	1.451	5.119	4.703
Erbbaurechtsverpflichtungen	135	537	5.411
Abnahmeverpflichtungen	92.877	120.991	1
Sonstige Verpflichtungen	211	845	-
Dienstleistungsverträge	-	-	-
	99.521	140.380	31.504



A modern, multi-story office building with a prominent overhang and large windows. A young tree with green leaves is in the foreground, supported by a wooden frame. The building has a clean, architectural design with grey and white tones. A yellow vertical panel is visible near the base of the building. A person is walking in the distance under the overhang.

GUT GEPLANT

Nachhaltigkeit unter einem Dach! Mit seinen modernen Büroflächen und den variablen Möglichkeiten für Konferenzen und Wohnen auf Zeit bietet das Skyline Hill Center das ideale Umfeld für Unternehmen. Untrennbar mit seinen innovativen Standards verbunden ist die Erfüllung höchster Ansprüche im Bereich Nachhaltigkeit.

VI. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(12) Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse im WVV-Konzern gliedern sich nach Tätigkeitsbereichen wie folgt:

in TEUR	2020	2019
Stromversorgung	275.008	263.954
Erdgasversorgung	46.724	46.585
Trinkwasserversorgung	26.060	26.738
Fernwärmeversorgung	21.358	20.429
Verkehrsbetrieb	27.367	27.708
Hafenbetrieb	2.860	3.635
Entsorgung	11.725	11.478
Sonstige Dienstleistungen	39.465	41.250
	450.567	441.777

Die Umsatzerlöse wurden überwiegend im Inland erzielt. 17 TEUR (i. Vj. 19 TEUR) der abgerechneten Umsatzerlöse betreffen NATO-Umsätze. In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Anteile in Höhe von 2.171 TEUR (i. Vj. 2.727 TEUR) enthalten.

(13) Sonstige betriebliche Erträge

Im WVV-Konzern sind in dieser Position insbesondere Erträge aus der Energiesteuerrückerstattung (5.615 TEUR, i. Vj. 6.332 TEUR), aus der Auflösung von Rückstellungen (6.919 TEUR; i. Vj. 7.309 TEUR), aus dem Verbrauch der Drohverlustrückstellung (386 TEUR; i. Vj. 1.998 TEUR) aus Schadensabrechnungen (3.429 TEUR; i. Vj. 1.643 TEUR), aus dem Verlustausgleich im Rahmen des ÖDLA von der Gesellschafterin Stadt Würzburg (4.822 TEUR; i. Vj. 0 TEUR), aus einer Ausgleichszahlung der Sparkassenstiftung (4.530 TEUR; i. Vj. 0 TEUR) aus der ÖPNV-Zuweisung der Regierung von Unterfranken (1.604 TEUR; i. Vj. 1.337 EUR), Erträge aus der Auflösung von Pachtanlagen in Höhe von 1.235 TEUR (i. Vj. 1.157 TEUR), Corona-Hilfen für die WBG und die SVG (915 TEUR; i. Vj. 0 TEUR), sowie Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (124 TEUR; i. Vj. 256 TEUR) enthalten. Im Vorjahr wurden Erträge aus der Zuschreibung der Beteiligung an der va-Q-tec AG (0 TEUR; i. Vj. 995 TEUR) berücksichtigt. Erträge in Höhe von 354 TEUR (i. Vj. 316 TEUR) betreffen Vorjahre.

(14) Materialaufwand

in TEUR	2020	2019
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-234.165	-227.911
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-81.910	-71.647
	-316.075	-299.558

(15) Personalaufwand

in TEUR	2020	2019
Löhne und Gehälter	78.152	76.777
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	21.909	21.915
	100.061	98.692
davon für Altersversorgung	5.613	5.603
Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten:		
Arbeitnehmer	1.581	1.536
Auszubildende	63	58
	1.644	1.594
Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten bei assoziierten Unternehmen	23	23

(16) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen unter anderem Versicherungsprämien (2.901 TEUR; i. Vj. 2.534 TEUR), Prüfungs- und Beratungskosten (1.443 TEUR; i. Vj. 1.704 TEUR) sowie Konzessionsabgaben (10.631 TEUR; i. Vj. 10.789 TEUR). Von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind 350 TEUR periodenfremd (i. Vj. 161 TEUR).

(17) Finanzergebnis

in TEUR	2020	2019
Erträge aus Beteiligungen an sonstigen und assoziierten Unternehmen	470	560
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	174	163
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	46	884
Aufwendungen aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	-18	-31
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.793	-5.645
	-3.121	-4.069

Im Zinsergebnis sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen 390 TEUR (i. Vj. 520 TEUR), von Personalarückstellungen in Höhe von 184 TEUR (i. Vj. 276 TEUR) und von sonstigen Rückstellungen in Höhe von 8 TEUR (i. Vj. 11 TEUR). Ebenfalls enthalten sind Zinsaufwendungen in Höhe von 190 TEUR (i. Vj. 1.881 TEUR) und Zinserträge in Höhe von 37 TEUR (i. Vj. 874 TEUR) für Steuern, im Vorjahr größtenteils aus der Betriebsprüfung 2010–2013.

(18) Steuern

in TEUR	2020	2019
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.838	-3.005
Latente Steuern	-14	-184
Sonstige Steuern	-1.013	-834
	-2.865	-4.023

VII. Ergänzende Angaben

Geschäftsführer der Konzernobergesellschaft ist Herr Thomas Schäfer.

Auf die Angabe der Gesamtbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Den Aufsichtsratsmitgliedern der Konzernobergesellschaft wurden 57 TEUR (i. Vj. 61 TEUR) vergütet. Die Namen der Mitglieder des Aufsichtsrats sind gesondert in der Anlage 1.4b angegeben.

Den früheren Mitgliedern der Geschäftsführung der Konzernobergesellschaft wurden Gesamtbezüge in Höhe von 2.141 TEUR gezahlt. Die für diese Personengruppe gebildeten Rückstellungen für laufende Pensionen betragen 2.082 TEUR.

Das von dem Abschlussprüfer des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2020 berechnete Gesamthonorar gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB beträgt 232 TEUR. Davon entfallen 176 TEUR auf Abschlussprüfungsleistungen und 56 TEUR auf Bestätigungsleistungen.

Vorschlag zur Ergebnisverwendung der Muttergesellschaft

Der Jahresfehlbetrag für das Geschäftsjahr 2020 beträgt 26 TEUR. Es wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag und den Verlustvortrag in Höhe von 1.987 TEUR, i. Höhe von insgesamt 2.013 TEUR auf neue Rechnung vorzutragen.

VIII. Nachtragsbericht

Um die mit Winterbeginn im Jahr 2020 wieder erheblich angestiegenen Corona-Infektionszahlen in Deutschland einzudämmen, haben Bund und Länder abermals Einschränkungen des öffentlichen Lebens ab 02.11.2020 beschlossen. Die Beschränkungen wurden sukzessive verschärft und führten zu einem Shutdown ab 16.12.2020, der schrittweise weiter verlängert wurde. Erst ab März 2021 führten stabile Infektionszahlen zu Lockerungen, die in Abhängigkeit vom Infektionsgeschehen in den jeweiligen Bundesländern unterschiedlich umgesetzt wurden. Aufgrund der wieder deutlich angestiegenen Infektionen und der hohen Verbreitung der Covid-19-Variante B.1.1.7 wurde beschlossen, die bereits im März 2021 vereinbarte „Notbremse“ für alle inzidenzabhängigen Öffnungsschritte konsequent umzusetzen. Im April 2021 wurde vom Bundeskabinett eine Ergänzung des Infektionsschutzgesetzes beschlossen, über das der Bundestag am 21.04.2021 entscheiden soll (Stand: 15.04.2021).

Erst wenn die Impfkampagne weiter voranschreitet, ist mit der Aufhebung von Beschränkungen zu rechnen. Daher sind auch weiterhin negative Effekte auf den WVV-Konzern im Jahr 2021 aufgrund der Einschränkungen des öffentlichen Lebens zu verzeichnen, beispielsweise aufgrund der behördlich angeordneten Schließung der Bäder und der vorübergehenden Schließung des Kundenzentrums, durch die rückläufige Nutzung der Parkhäuser sowie durch den Rückgang an Fahrgästen im ÖPNV und den Ausfall von Anlegungen der Kabinenschiffahrt in den Würzburger Häfen, die sich auf die Ertragskraft des WVV-Konzerns auswirken werden. Je nach Fortgang des Infektionsgeschehens und die sich daraus ergebende konjunkturelle Entwicklung sind zudem Auswirkungen, wie z. B. eine reduzierte Zahlungsfähigkeit von Kunden möglich.

Darüber hinaus sind nach Schluss des Geschäftsjahres keine weiteren Ereignisse eingetreten, die eine besondere Bedeutung für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der WVV haben.

Unterschrift gemäß § 245 HGB.

Würzburg, 17. Mai 2021

WÜRZBURGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRS-
GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

Der Geschäftsführer



Thomas Schäfer

Entwicklung des Konzernanlagevermögens für das Geschäftsjahr 2020

in TEUR	Anschaffungs- und Herstellungskosten				31.12.2020
	01.01.2020	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen/ Zuschüsse ¹	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	17.608	971	148	889	19.320
2. Geschäfts- oder Firmenwert	3.866	-	-	-	3.866
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.535	1.996	-	-839	2.692
	23.009	2.967	148	50	25.878
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	192.241	7.902	148	13.169	213.164
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	168.308	2.149	408	621	170.670
3. Verteilungsanlagen	536.750	12.444	2.883	-935	545.376
4. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	35.979	565	67	-	36.477
5. Fahrzeuge für Personen- und Güterverkehr	61.138	4.903	770	-1.648	63.623
6. Technische Anlagen und Maschinen	18.346	1.169	55	-221	19.239
7. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	47.079	4.695	2.981	176	48.969
8. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	42.110	22.240	81	-23.190	41.079
	1.101.951	56.067	7.393	-12.028	1.138.597
III. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen					
a) an assoziierten Unternehmen	6.490	39	-	-	6.529
b) sonstige	6.978	-	-	-	6.978
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9	-	-	-	9
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	645	-	-	-	645
4. Sonstige Ausleihungen	28	2	15	-	15
	14.150	41	15	-	14.176
	1.139.110	59.075	7.556	-11.978	1.178.651

1) Davon Investitionszuschüsse: 11.978 TEUR

01.01.2020	Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte		
	Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	Umbuchungen	31.12.2020	31.12.2020	31.12.2019
13.654	1.337	140	-	-	14.851	4.469	3.954
3.866	-	-	-	-	3.866	-	-
-	-	-	-	-	-	2.692	1.535
17.520	1.337	140	-	-	18.717	7.161	5.489
105.844	3.711	52	-	-	109.503	103.661	86.397
138.834	4.263	408	-	-	142.689	27.981	29.474
405.548	8.038	2.707	-	-	410.879	134.497	131.202
32.526	259	67	-	-	32.718	3.759	3.453
57.767	1.356	771	-	-	58.352	5.271	3.371
8.625	989	55	-	-	9.559	9.680	9.721
31.013	3.840	2.577	-	-	32.276	16.693	16.066
-	-	-	-	-	-	41.079	42.110
780.157	22.456	6.637	-	-	795.976	342.621	321.794
6.119	19	-	-	-	6.138	391	371
297	-	-	-	-	297	6.681	6.681
9	-	-	-	-	9	-	-
76	-	-	-	-	76	569	569
-	-	-	-	-	-	15	28
6.501	19	-	-	-	6.520	7.656	7.649
804.178	23.812	6.777	-	-	821.213	357.438	334.932

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Christian Schuchardt

Oberbürgermeister, Vorsitzender
Dipl.-Verw. Wiss.

Thomas Schmitt bis 20.05.2020

Stadtrat, 1. stellv. Vorsitzender
Diakon

Manfred Dürr ab 20.05.2020

Stadtrat, 1. stellv. Vorsitzender
Dipl. Ingenieur

Christian Hertlein

Arbeitnehmersvertreter, 2. stellv. Vorsitzender
Betriebsratsvorsitzender WVV, Bilanzbuchhalter

Claudia Adam ab 20.05.2020

Stadträtin
Marketing- und Eventmanagerin

Dr. Simone Artz ab 20.05.2020

Stadträtin
Projektleiterin

Dr. Adolf Bauer bis 20.05.2020

Bürgermeister
Finanzdirektor a.D.

Thomas Diesel

Arbeitnehmersvertreter
Dipl.-Ing. (FH)
Betriebsratsvorsitzender MFN

Andre Fleck ab 24.07.2020

Arbeitnehmersvertreter
Fachinformatiker

Michael Gerr bis 20.05.2020

Stadtrat
Künstler

Alexander Kolbow bis 20.05.2020

Stadtrat
Geschäftsführender Diözesansekretär

Nadine Lexa ab 20.05.2020

Stadträtin
MAS Palliative Care

Monika Martin bis 24.07.2020

Arbeitnehmersvertreterin
Managementassistentin

Ernst Müller bis 24.07.2020

Arbeitnehmersvertreter
Versicherungskaufmann

Dirk Münch ab 24.07.2020

Arbeitnehmersvertreter
Betriebsratsvorsitzender WSB

Volker Omert ab 20.05.2020

Stadtrat
Journalist/Medienberater

Gisela Pfannes bis 20.05.2020

Stadträtin
Dipl. Sozialpädagogin (FH)

Matthias Pilz bis 20.05.2020

Stadtrat
Rechtsanwalt

Wolfgang Roth bis 20.05.2020

Stadtrat
Landwirtschaftsmeister

Robert Scheller

berufsm. Stadtrat
Stadtkämmerer

Charlotte Schloßareck bis 20.05.2020

Stadträtin
Selbst. Kauffrau

Michael Stock

Arbeitnehmersvertreter
Vertriebsberater

Prof. Dr. Andrew Ullmann ab 20.05.2020

Stadtrat
Facharzt für Innere Medizin

Dr. Sandra Vorlová ab 20.05.2020

Stadträtin
Dipl. Chemikerin

Sabine Wolfinger ab 20.05.2020

Stadträtin
Selbst. Kauffrau

Geschäftsführung

Thomas Schäfer

Dipl.-Kaufmann

Input/Output – Basisdaten HKW

		2020	2019	2018	2017	2016	2015	2014
Brennstoffe – absolut								
Steinkohle	t	0	0	0	0	0	0	0
Heizöl EL	l	0	0	0	0	0	0	0
Erdgas H	m ³	90.187.463	101.651.184	98.122.241	97.729.070	104.411.167	70.144.087	79.357.500
Brennstoffeinsatz nach Energie								
Steinkohle	%	0	0	0	0	0	0	0
Heizöl EL	%	0	0	0	0	0	0	0
Erdgas H	%	100	100	100	100	100	100	100
Stromerzeugung								
Gesamterzeugung	GWh	344	396	377	371	406	254	284
Strom – Kondensation	GWh	116	150	135	119	134	33	37
Strom – KWK	GWh	228	246	242	252	272	222	246
Fernwärmeerzeugung								
Wärme	GWh	254	274	271	281	284	214	239
Energie – Eigenverbrauch								
Wärme	GWh	14	14	21	27	21	7	15
Strom	GWh	10	12	11	11	12	11	12
Betriebsstoffe								
Kalk	t	0	0	0	0	0	0	0
Reststoffe								
Filterstaub	t	0	0	0	0	0	0	0
Schlacke	t	0	0	0	0	0	0	0
Emissionen HKW								
CO ₂ – absolut	Tsd. t/a	187	210	201	204	218	147	165
CO ₂ – spezifisch	t/GWh _{el}	498	491	490	504	495	524	529
NO _x – absolut	t/a	93	111	90	121	125	106	137
NO _x – spezifisch	kg/GWh _{el}	271	282	239	326	308	415	481
Staub – absolut	t/a	0	0	0	0	0	0	0
Staub – spezifisch	kg/GWh _{el}	0	0	0	0	0	0	0
SO ₂ – absolut	t/a	0	0	0	0	0	0	0
SO ₂ – spezifisch	kg/GWh _{el}	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt Nettostromerzeugung								
Gesamt Nettostromerzeugung	GWh	420	473	469	455	501	342	377
Nettostromerzeugung HKW	GWh	344	396	377	371	406	255	284
Nettostromerzeugung BHKW	GWh	7,6	8,2	3,1	6,0	6,0	5,8	5,5
Nettostromerzeugung MHKW	GWh	68	69	89	78	89	81	87
Gesamt KWK-Nettostromerzeugung								
Gesamt KWK-Nettostromerzeugung	GWh	242	259	252	264	283	239	260
KWK Nettostromerzeugung HKW	GWh	228	246	242	252	272	222	246
KWK Nettostromerzeugung BHKW	GWh	7,3	7,9	3,1	5,9	6,0	5,8	5,5
KWK Nettostromerzeugung MHKW	GWh	6,6	5,4	6,6	5,7	5,4	11,1	8,4
Anteil KWK-Erzeugung an Eigenerzeugung	%	58	55	54	58	57	70	69



GUT UNTERWEGS

Seit über 125 Jahren verbindet die Würzburger Straßenbahn Menschen. Sie steht wie kein anderes Verkehrsmittel für sichere und zuverlässige Mobilität. Auch heute ist die Straßenbahn eines der modernsten und innovativsten Fortbewegungsmittel in der Stadt – und nicht zuletzt eines der umweltfreundlichsten.



BERICHT DES AUF SICHTSRATS

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Die Geschäftsführung unterrichtete den Aufsichtsrat durch schriftliche Vierteljahresberichte und mündliche Vorträge in sieben Sitzungen, abgehalten am 20. Januar, 28. Februar, 20. Mai, 22. Juni, 28. September, 19. Oktober und 30. November 2020. Die geplante Aufsichtsratssitzung am 23. März wurde aufgrund der Corona-Pandemie im schriftlichen Umlaufverfahren durchgeführt. Thematisiert wurden die Lage der Gesellschaft, die Geschäftsentwicklung sowie folgende wesentliche Themen: Vermarktung der Eigenerzeugung, regelmäßig Corporate Governance, Modernisierung eines Kraftwerkes, Projekt Kosten- und Prozessoptimierung, die Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden und stellv. Aufsichtsratsvorsitzenden, Gründung einer Gesellschaft, Angelegenheiten und Beschlüsse von Tochtergesellschaften, Personalangelegenheiten, Vollmachten, ein Teilbetriebsübergang, Innenraumgestaltung der neuen Straßenbahnen, Abschluss eines Darlehensvertrags, Vertragsangelegenheiten, der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2019, der Konzernplanung für die Geschäftsjahre 2020–2024 und der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021 sowie die Mittelfristplanung 2022–2025.

Außerdem fanden sieben schriftliche Umlaufverfahren statt. Dabei wurde am 23. März über die Beschlüsse der geplanten Aufsichtsratssitzung im März entschieden. Am 12. und 20. Mai stimmte der Aufsichtsrat über Beschlüsse vorangegangener Tochtergesellschaften ab. Im Umlaufverfahren am 26. Mai befasste sich der Aufsichtsrat mit der Einzahlung einer Kapitaleinlage und am 24. Juli mit der Wahl des zweiten stellv. Aufsichtsratsvorsitzenden. Am 07. Oktober ging es um eine Auftragsvergabe in der STW und am 04. November um die Abhaltung einer digitalen Aufsichtsratssitzung statt.

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung bei der Leitung des Unternehmens beratend begleitet und sich davon überzeugt, dass die Führung der Gesellschaft ordnungsgemäß war.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 sowie der Lagebericht wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner, Nürnberg, geprüft und mit dem im Geschäftsbericht abgedruckten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts durch den Aufsichtsrat hat keine Beanstandungen ergeben. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2020 in der vorgelegten Form. Den Konzernabschluss sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2020 hat der Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat dankt der Geschäftsführung, dem Betriebsrat und den Mitarbeitern für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und spricht allen seine Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Würzburg, im Juni 2021

Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH

Der Aufsichtsrat



Christian Schuchardt
Vorsitzender

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Würzburg

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs -Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Würzburg, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2020, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Würzburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2020 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Der gesetzliche Vertreter ist für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, den inhaltlich geprüften Bestandteilen des Lageberichts oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung des gesetzlichen Vertreters und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von dem gesetzlichen Vertreter zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Nürnberg, den 7. Juni 2021

Rödl & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Bär	Langenbach
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

5-JAHRESVERGLEICH DES WVV-KONZERNS

		2020	2019	2018	2017	2016
Bilanzsumme	Mio. EUR	468,9	445,6	398,3	394,1	375,7
Investitionen	Mio. EUR	59,1	70,3	44,7	30,8	35,9
Eigenkapital	Mio. EUR	92,4	92,0	92,7	94,7	84,6
Anlagevermögen	Mio. EUR	357,4	334,9	291,5	281,8	276,1
Umsatzerlöse	Mio. EUR	450,6	441,8	402,9	434,0	460,2
Personalaufwand	Mio. EUR	100,1	98,7	94,7	90,8	87,8
Konzessionsabgaben	Mio. EUR	10,6	10,8	10,8	10,9	10,8
Konzernjahresüberschuss	Mio. EUR	3,0	2,5	1,0	13,5	8,3
Fernwärmeverkauf	Mio. kWh	274,4	287,8	292,1	305,1	305,0
Stromverkauf	Mio. kWh	778,9	733,8	700,3	954	1.119,1
Erdgasverkauf	Mio. kWh	1.850,7	1.983,9	1.907,4	1.980,8	2.076,8
Trinkwasserverkauf	Mio. m³	9,1	9,1	9,1	8,7	8,7
Fahrgäste Nahverkehr	Mio.	29,82	*32,46	*32,01	*31,79	*31,58
Güterumschlag	Tonnen in 1.000	1.149,0	1.166,1	1.051,0	1.126,0	1.206,8
Stadtverkehr	Kurzparker in 1.000	1.786,6	2.590,8	2.605,5	2.561,2	2.581,1
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt		1.581	1.536	1.475	1.457	*1.465

* Vorjahreszahlen wurden angepasst

Herausgeber
Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH
Haugerring 5
97070 Würzburg
Tel.: 0931 36-0
Fax: 0931 36-1354
info@wvv.de
wvv.de

Gestaltung
Hummel + Lang, Würzburg
www.hummel-fotografie.de

Druck
XPress Digital Media GmbH
Würzburg, www.xpress-wue.de

Bildnachweis
© Hans-Joachim Hummel

Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH

Haugerring 5, 97070 Würzburg

Tel.: 0931 36-0 • Fax: 0931 36-1354

E-Mail: info@wvv.de

wvv.de